Nr. 284. 28. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Wahlkampf im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

II.

Sind im ersten Artikel die Wahlkreise im engeren Industriegebiet betrachtet, so soll im zweiten Artikel die Lage in den Kreisen des größeren rheinisch-westfälischen Industriebezirks geschildert werden:

An die besprochenen Wahlkreise Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen grenzt der Wahlkreis **Hagen-Schwelm.** Die in den Augen der Anhänger Eugen Richters einst uneinnehmbare Hochburg des Freisinns ist schon fast seit einem Jahrzehnt stark durch die Sozialdemokratie gefährdet. Bereits bei der Wahl im Jahre 1903 erhielt in der Hauptwahl der sozialdemokratische Kandidat mit 13 870 die meisten Stimmen, wohingegen die Freisinnige Volkspartei es nur auf 10 572 Stimmen brachte. Außerdem erhielten die Nationalliberalen 5786, das Zentrum 4526, die Christlichsozialen 1855 und der Pole 101 Stimmen. Bei der Wahl im Jahre 1907 kandidierte für den verstorbenen Abgeordneten Richter der Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Cuno. Die Nationalliberalen verzichteten auf eine eigene Kandidatur. Cuno erhielt in der Hauptwahl infolgedessen 18 032 Stimmen. Auf den sozialdemokratischen Kandidaten Max König-Dortmund entfielen 17 579, während das Zentrum es nur auf 5044, der Christlichsoziale auf 1682 und der Pole auf 197 Stimmen brachte. In der Stichwahl siegte, obwohl das Zentrum sich als Aequivalent für die sozialdemokratische Unterstützung in Hamm-Soest verpflichtet hatte, König zu wählen, durch Zentrumsstimmen der freisinnige Kandidat mit 22 607 Stimmen. König erhielt 20 670.

Die Parteikonstellation ist diesmal eine andere. Für die Sozialdemokratie kandidiert wieder König-Dortmund. Herrn Cuno sind dahingegen die Trauben anscheinend zu sauer. Nachdem er durch seine parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit den Freisinn reichlich kompromittiert hat, hat er auf eine nochmalige Aufstellung großmütig Verzicht geleistet. Nach langem Suchen hat die Fortschrittliche Volkspartei schließlich den Landtagsabgeordneten Dr. Crüger-Charlottenburg als Kandidaten erkoren. Die übrigen Parteien, die Nationalliberalen, das Zentrum und die Christlichsozialen, haben einen gemeinsamen Kandidaten in der Person des nationalliberalen Industriellen Springmann-Hagen aufgestellt. Diese Kandidatur dürfte aus einer starken Verärgerung geboren sein, weil sich die genannten Parteien bei den Stadtverordnetenwahlen in Hagen durch den Freisinn benachteiligt fühlen. Trotz eifrigster Agitation dürften die vereinigten Parteien mit der unpopulären Kandidatur Springmann Fiasko machen. Andererseits haben sich weite Kreise der Arbeiter, die sich einst mit Haut und Haaren dem Freisinn verschrieben hatten, von dieser Partei abgewandt. Im Kreise Hagen-Schwelm bilden die Metallarbeiter das Gros. Eine Reihe Lohnkämpfe, in denen sich das Unternehmertum und die hier noch vielfach vertretenen mittleren Fabrikanten in ihrer ganzen Brutalität gezeigt haben, haben den Arbeitern die Augen darüber geöffnet, daß die Harmonie der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern ein leerer Wahn ist. Der prozentuale Anteil der sozialdemokratischen Stimmen betrug schon bei der letzten Wahl 41,3 Proz. Seitdem hat die Organisation erhebliche Fortschritte gemacht. Hagen-Schwelm dürfte für die Sozialdemokratie reif sein.

Auch der Nachbarwahlkreis **Iserlohn-Altena** galt zur Zeit des Justizrats Lenzmann als einer der zuverlässigsten Kreise des Freisinns, und doch ging der Kreis schon in der Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Lenzmann an die Sozialdemokratie verloren. Bei der letzten Reichstagswahl errangen die Freisinnigen mit Hilfe der Nationalliberalen und der Christlichsozialen das Mandat wieder. Die Sozialdemokratie war schon 1903 die stärkste Partei im Kreise. Damals wurden abgegeben: für die Sozialdemokratie 10 146, für den Freisinn 7737, für die Nationalliberalen 7440, für die Christlichsozialen 1457 und für das Zentrum 6604 Stimmen. Bei der Wahl im Jahre 1907 erhielt der freisinnige Kandidat mit der schon erwähnten Unterstützung 19 152, die Sozialdemokratie 12 129 und das Zentrum 7785 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Freisinn mit 21 061 Stimmen über den Sozialdemokraten, auf den 15 825 Stimmen entfielen.

Für die bevorstehende Wahl ist in den letzten Tagen zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei folgende Vereinbarung getroffen:

„Die fortschrittliche Volkspartei unterstützt bei den nächsten Reichstagswahlen im ersten Wahlgange die nationalliberalen Kandidaten in Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen und verpflichtet sich außerdem, bei den nächsten Landtagswahlen in Altena-Iserlohn für die nationalliberalen Kandidaten einzutreten, während die nationalliberale Partei im Reichstagswahlkreise Altena-Iserlohn im ersten Wahlgange für den fortschrittlichen Kandidaten eintritt."

Die Unterstützung der nationalliberalen Kandidaten in Dortmund-Hörde und Bochum-Gelsenkirchen durch die Fortschrittliche Volkspartei hat nicht allzuviel zu bedeuten, denn in beiden Kreisen sind die Fortschrittsleute ziemlich spärlich. Wichtiger ist schon die Unterstützung des fortschrittlichen Kandidaten durch die Nationalliberalen im Kreise Iserlohn-Altena.

Die wirtschaftliche Struktur des Kreises ist der des Hagener Kreises ähnlich. Vorherrschend ist die Kleineisenindustrie. Auch im Kreise Iserlohn-Altena sind erbitterte Lohnkämpfe geführt. Was in bezug auf diese über Hagen-Schwelm gesagt ist, gilt auch hier. Im Gegensatz zu Hagen haben die Genossen in der Lüdenscheider „Volksstimme" ein eigenes Organ. In einer ganzen Reihe von Orten haben wir sozialdemokratische Stadtverordnete bezw. Gemeindevertreter. Zudem hat die Organisation an Mitgliedern und die Presse an Abonnenten in den letzten Jahren gut zugenommen. Unsere Genossen täuschen sich nicht darüber, daß der Kampf heiß werden wird, aber sie ziehen mit froher Zuversicht in diesen Kampf.

Im Westen grenzt an Hagen-Schwelm der Wahlkreis **Elberfeld-Barmen.** Elberfeld-Barmen ist eine historische Stätte des Sozialismus. Schon im Norddeutschen Reichstag war der Kreis durch einen Sozialdemokraten vertreten. Die Sozialdemokratie hat den Kreis ferner innegehabt von 1874—77, von 1878—81 und dann ununterbrochen von 1884 bis zu den Januarwahlen 1907. Im Rausche der Hottentottenbegeisterung siegte damals Oberlehrer Linz-Barmen über unseren Genossen Molkenbuhr. Das Stimmenverhältnis stellte sich bei der Hauptwahl 1907 bei einer Wahlbeteiligung von 92,1 Proz. wie folgt: Sozialdemokratie 28 256, Reichspartei 14 157, Nationalliberalen 13 214 und Zentrum 6079 Stimmen. In der Stichwahl siegte Linz mit 33 628 Stimmen über den Genossen Molkenbuhr, der 29 469 Stimmen erhielt. Bei der Wahl im Jahre 1903 siegte Molkenbuhr im ersten Wahlgang mit 27 056 Stimmen, gleich 51,1 Proz. der abgegebenen Stimmen.

Für die Sozialdemokratie kandidiert diesmal der Genosse Ebert vom Parteivorstand. Wenngleich auch die Gegner verzweifelte Anstrengungen machen, so bedarf es doch keiner Frage, daß die Elberfelder Genossen das Mandat der Partei zurückerobern werden.

Auch der Nachbarwahlkreis **Lennep-Mettmann-Remscheid** ging der Sozialdemokratie bei den Hottentottenwahlen verloren. Lennep-Mettmann-Remscheid wurde im Norddeutschen Reichstag gleich Elberfeld von der Sozialdemokratie vertreten. Wir haben das Mandat dann noch besessen von 1893—95 und von 1903—1907. Bei der Wahl im Jahre 1903 entfielen 49,1 Proz. der bei der Hauptwahl abgegebenen Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, den verstorbenen Genossen Karl Meist. Bei der Wahl im Jahre 1907 siegte der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei, Professor Richard Eickhoff. An Stimmen erhielten: die Sozialdemokratie 21 371 (1903 21 802), die Freisinnige Volkspartei, für die gleich im ersten Wahlgange die Nationalliberalen stimmten, 16 660, die Christlichsozialen 7065 und das Zentrum 6259. In der Stichwahl unterlag unser Kandidat mit 23 002 Stimmen, Eickhoff erhielt 28 585 Stimmen. Für die Sozialdemokratie kandidiert Genosse Dittmann-Solingen. Die Genossen von Lennep-Mettmann-Remscheid werden den bürgerlichen Parteien bei der kommenden Wahl zeigen, daß ihr Sieg von 1907 ein Pyrrhussieg war.

Zu dem sicheren Besitzstand der Sozialdemokratie ist der **Wahlkreis Solingen** zu zählen. Der Kreis wurde zum ersten Male im Jahre 1877 von uns erobert. Die Sozialdemokratie hat das Mandat dann von 1881—1899 und seit 1903 wieder besessen. Bei der Wahl 1903 entfielen mit 17 225 Stimmen 57,1 Proz. der abgegebenen Stimmen auf den sozialdemokratischen Kandidaten. Die gesamten Gegner erhielten nur 14 407 Stimmen. Auch bei der Wahl im Jahre 1907 behauptete die Sozialdemokratie mit 19 589 Stimmen das Mandat im ersten Wahlgange. Die Nationalliberalen erhielten 10 833, das Zentrum 7992 Stimmen. Die Wiederwahl des Genossen Scheidemann steht auch dieses Mal wohl außer Frage.

Als nächster würde der Wahlkreis **Düsseldorf** zu betrachten sein, in dem erst vor Wochen für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Kirsch die Ersatzwahl stattgefunden hat. Die Hauptmomente aus dieser Wahl dürften noch in aller Erinnerung sein. Der Kreis ist seit 1871 im Besitz des Zentrums, das ihn bis zum Jahre 1890 stets im ersten Wahlgang behauptete. Seitdem findet Stichwahl zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie statt. Der Kreis, in dem die Industrie im letzten Jahrzehnt gewaltige Fortschritte gemacht hat, zählte 1907 rund 105 000 Wahlberechtigte, 61 Proz. der Bevölkerung sind katholisch. Bei der Wahl im Jahre 1907 erhielten Stimmen: die Sozialdemokratie 25 389, das Zentrum 29 259, der Kandidat der „Liberalen Vereinigung" 14664, der Pole 268 und die Freisinnige Volkspartei 593. Die Stimmen des Kandiaten der „Liberalen Vereinigung", eines höchst sonderbaren Gebildes von rechts- und linksliberalen Leuten, stiegen unter der allgemeinen „nationalen" Begeisterung um rund 100 Proz. In der Stichwahl siegte das Zentrum mit 33 317 Stimmen gegen 25 233 sozialdemokratische. Am 19. September dieses Jahres erhielten dann Stimmen: der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Haberland, 34 071, das Zentrum 29 291, die Demokratischen Vereinigung 3315, der Kandidat eines „nationalen Wahlausschusses" 3148, der Pole 329. In der Stichwahl siegte Haberland mit einer Mehrheit von 3153 Stimmen über den Zentrumskandidaten. Die Sozialdemokratie erhielt 39 264, das Zentrum 36 111 Stimmen. Die sogenannte „Liberale Vereinigung" hatte bei der Ersatzwahl keinen Kandidaten aufgestellt. Es kann deshalb wohl nicht zweifelhaft sein, daß namentlich einige linksliberale Elemente schon in der Hauptwahl sozialdemokratisch gewählt haben. Groß kann aber diese Zahl — wie das Düsseldorfer Parteiblatt überzeugend nachgewiesen hat — nicht gewesen sein. Der stattliche Stimmengewinn, den die Ersatzwahl gegen 1907 uns mit 8682 Stimmen brachte, kann in der Hauptwahl demnach auf unser eigenes Konto gebucht werden. Daß das Zentrum bei der diesmaligen Wahl verzweifelte Anstrengungen machen wird, um die Septemberschlappe wieder wettzumachen, ist ganz selbstverständlich zu erwarten, andererseits werden aber auch unsere Genossen alles daransetzen, das errungene Mandat in Ehren zu behaupten.

An der Peripherie des rheinisch-westfälischen Industriebezirks liegt zwischen Düsseldorf und Duisburg der Wahlkreis **Krefeld.** Die Bevölkerung ist zu 81 Proz. katholisch, aber trotzdem hat auch die Sozialdemokratie im Kreise Krefeld festen Fuß gefaßt. Das Mandat ist seit 1871 im Besitz der Zentrumspartei. Bei der Wahl 1907 erhielt das Zentrum 15 964 Stimmen, die Sozialdemokratie 8617, die Nationalliberalen 6202. Das Zentrum dürfte dieses Mal das Mandat schwerlich in der Hauptwahl behaupten.

An den Kreis Solingen grenzt im Süden der Wahlkreis **Mülheim-Rhein-Wipperfürth.** Auch hier macht die Industrialisierung gewaltige Fortschritte. Der Kreis, den das Zentrum seit 1874 besitzt und 1907 mit knapper Majorität im ersten Wahlgang behauptete, mußte vom Zentrum bei der Nachwahl im Februar 1910 gegen die Sozialdemokratie verteidigt werden. Bei der Wahl im Jahre 1907 stellte sich das Stimmenverhältnis wie folgt: Zentrum 19 958, Nationalliberale 11 218, Sozialdemokratie 8538. In der Nachwahl entfielen auf das Zentrum 20 376, auf die Sozialdemokratie 10 924 und auf die Nationalliberalen 8465 Stimmen. Die Stichwahl brachte dem Zentrum mit 21 496 gegen 13 385 sozialdemokratische Stimmen den Sieg. Bei einer Bevölkerung, die zu 69 Proz. katholisch ist, ist dies Wahlergebnis immerhin durchaus beachtenswert, und auch die diesmalige Wahl wird erneut dartun, daß die Sozialdemokratie auch in überwiegend katholischen Gegenden siegreich vordringt.

Als letzte Kreise im Westen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes wären dann noch die beiden Kreise **Köln-Stadt** und **Köln-Land** zu erwähnen. Beide Wahlkreise sind seit dem Jahre 1871 im Besitz des Zentrums. Die Bevölkerung ist in Köln-Stadt zu 78 Proz., in Köln-Land zu 86 Prozent katholisch, aber trotzdem ist die Sozialdemokratie in beiden Kreisen unaufhaltsam vorwärts geschritten. In Köln-Stadt mußte das Zentrum bei der letzten Wahl sein Mandat gegen die Sozialdemokratie in der Stichwahl verteidigen. Es entfielen damals in der Hauptwahl Stimmen: auf die Sozialdemokratie 15 661, auf das Zentrum 17 859 und auf die Nationalliberalen 10 844. In der Stichwahl erhielt die Sozialdemokratie 18 731, das Zentrum 22 009 Stimmen. Den Kreis Köln-Land behauptete das Zentrum 1907 im ersten Wahlgange mit 27 910 Stimmen, gegen 17 310 Stimmen der Sozialdemokratie. Die Nationalliberalen erhielten 7675 Stimmen. Die Parteikonstellation dürfte im wesentlichen für die bevorstehende Wahl die gleiche sein, in Köln-Stadt werden auch die Demokraten einen eigenen Kandidaten aufstellen. Für die Sozialdemokratie kandidieren in Köln-Stadt Genosse Hoffrichter, in Köln-Land Genosse Gilsbach. Zwischen der letzten Wahl und heute liegen fünf Jahre intensiver Agitation und Propaganda unserer Genossen. Namentlich unsere Presse hat seit der letzten Wahl erheblich an Abonnenten gewonnen. Dazu kommt das unendlich große Schuldkonto des Zentrums. Die kürzlich stattgefundenen Kölner Stadtratswahlen können einen Maßstab für die Reichstagswahlen nicht abgeben, weil bei den ersteren eine Reihe eingemeindeter, fast ausschließlich katholischer Orte mitgewählt haben, die bei den Reichstagswahlen zum Kreise Köln-Land zählen. Das Gesamtbild wurde hierdurch sehr wesentlich verschoben. Die Kölner Genossen sind sich natürlich darüber nicht im Unklaren, daß ihnen ein harter Kampf bevorsteht, aber sie ziehen voll guter Hoffnungen in den Kampf.

Durch zwei rein ländliche Kreise vom eigentlichen Industriebezirk getrennt, liegt im Nordosten Westfalens der Kreis Bielefeld, der vielfach noch zum Industriebezirk gezählt wird. Der Kreis ist seit 1907 durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Severing vertreten. Der Kreis ist zum großen Teil rein ländlich. Bei der Hauptwahl 1907 erhielten Stimmen: die Sozialdemokratie 13 642, die Nationalliberalen 14 277 und das Zentrum 9329. Die Konservativen, Christlichsozialen, die Nationalliberalen und die Freisinnigen dürften 1907 einmütig für den früheren Minister v. Möller gestimmt haben, der in der Stichwahl mit 16 403 gegen 18 409 für Severing abgegebenen Stimmen unterlag. Den Kreis haben wir seinerzeit mit Zentrumshilfe geholt. Bei der bevorstehenden Wahl haben sich die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Freisinnigen, auf die Sammelkandidatur des Grafen Posadowski geeinigt. Obwohl mancherlei Vorkommnisse, vor allen

Dingen auch die brutale Behandlung der Tabakarbeiter, manchem indifferenten Arbeiter die Augen geöffnet haben dürften, werden unsere Genossen in Bielefeld keinen leichten Stand haben.

Im Rahmen der vorstehenden Ausführungen war es naturgemäß nicht möglich, die verschiedenartigen Parteikonstellationen erschöpfend zu behandeln. So ist bis zur Stunde etwas Positives über Stichwahlabkommen zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum noch nicht bekannt. Mehrfach behauptete Unterhandlungen zwischen beiden Parteien werden von beiden Seiten mit Nachdruck dementiert. Dieses Dementi ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß auf beiden Seiten gleich große Neigung zu Kompromißverhandlungen bestehen. Unsere Genossen müssen deshalb mit allen solchen Möglichkeiten rechnen. Aber selbst unter Erwägung dieser Möglichkeit kam ein liberales Blatt, die „Rhein- und Ruhr-Zeitung" in Duisburg, vor einiger Zeit zu folgendem Schluß:

„Es bedarf keiner besonderen Prophetengabe, wenn man annimmt, daß bei den Hauptwahlen der ganze rheinisch-westfälische Industriebezirk von Köln bis Bielefeld im roten Meere ertrinkt."

Die Genossen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks werden alles daran setzen, um diese Worte wahr zu machen!

Bebel vor seinen Wählern.

Hamburg, 3. Dezember 1911.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses im ersten Hamburger Wahlkreise sprach heute nachmittag in öffentlicher, von etwa 4000 Personen besuchter Versammlung August Bebel über die kommenden Reichstagswahlen. Der Redner, der mit stürmischem Beifall begrüßt wurde, erörterte zunächst, ausgehend von der allgemeinen weltpolitischen Lage, in ausführlicher Weise die Marokkofrage. Diese Affäre, die sicher noch manche Verwickelungen mit sich bringen wird, hat gezeigt, in wie großem Maße sich in den letzten Jahren die Gegensätze zwischen den führenden Großmächten Europas verschärft haben. Monatelang stand der Weltkrieg unmittelbar bevor, und die deutsche Regierung ist nicht die letzte gewesen, die in unverantwortlicher Weise mit dem Weltfrieden gespielt hat. Dabei wäre es eine einfache Torheit für das deutsche Volk, sich Marokkos wegen in einen Krieg mit England oder Frankreich zu stürzen, der selbst dann, wenn er für uns siegreich verlaufen sollte, das deutsche Wirtschaftsleben schwer schädigen müßte. Beträgt doch die Gesamtsumme unseres Handels mit Marokko im Jahre 1910 nur 14 Millionen, während sich der Handel mit Frankreich auf 1042 Millionen und mit England, einschließlich seiner Kolonien, sogar auf 3240 Millionen Mark beläuft. Es wird zwar geltend gemacht, daß die deutsche Industrie auf die Erzlager in Marokko angewiesen sei. Was davon zu halten ist, zeigt der Umstand, daß die deutsche Regierung sich geweigert hat, aus Rücksicht auf die rheinisch-westfälische Schwerindustrie, in das Schiffahrtsabgabengesetz auch die Regulierung der Mosel und anderer Flüsse aufzunehmen, durch die Gegenden mit reichen Erzlagern aufgeschlossen werden! Die Agrarprodukte Marokkos aber, von denen auch viel Aufhebens gemacht wird, werden die Junker schon von Deutschland fernzuhalten wissen. Lächerlich ist die Behauptung, daß Frankreich vermöge marokkanischer Truppen die deutsche Wehrmacht bedrohen könne. Das ganze Geschrei um Marokko ist im Grunde nichts weiter als eine erbärmliche Wahlmache. Ueberhaupt wäre manchen unserer Gegner ein Krieg deswegen erwünscht, weil sie hoffen, durch die Entfesselung des furor teutonicus die Sozialdemokratie niederwerfen zu können. So wird zum Kriege gehetzt, trotzdem ein solcher pro Tag etwa 75 Millionen Mark an Kosten verursacht.

Auf die deutsche Kolonialpolitik übergehend, führte Bebel weiter aus, welche Unsummen diese bereits verschlungen hat. Wir zahlen jährlich 33 Millionen für unsere Kolonien; dabei beläuft sich der Gesamthandel mit ihnen nur auf 98 Millionen Mark, und erst 24 000 weiße Ansiedler, darunter noch 5000 Soldaten, sind in den Kolonien zu finden. Die Neuerwerbung am Kongo, dieser Zentralpunkt der Schlafkrankheit, wird weitere Kosten verursachen. Ueberhaupt muß die gewaltige Verschärfung der nationalen Gegensätze neue Militär- und Marineforderungen zur Folge haben. Das bedeutet aber neue Lasten für die Massen des Volkes; denn das indirekte Steuersystem, von dem unsere herrschenden Klassen nicht lassen wollen, da es die Höhe der Abgaben verschleiert, belastet in erster Linie die Massenverbrauchsartikel. Der kommende Reichstag wird darüber zu entscheiden haben, ob auch in Zukunft eine kleine, aber durch die ungerechte Wahlkreiseinteilung politisch einflußreiche Gruppe, sich auf Kosten des Volkes bereichern soll. Allerdings wird es uns ja, eben wegen der Entrechtung der volkreichen Industriebezirke, nicht möglich sein, die Anzahl der Mandate zu erhalten, die uns bei einer Verhältniswahl zufallen müßte.

Neben der Entscheidung über Zölle, Steuern, Kolonialpolitik und Militarismus werden in der nächsten Legislaturperiode noch andere, für die Massen des Volkes ebenso wichtige Fragen im Reichstage zur Debatte stehen: die Demokratisierung Deutschlands, Schaffung des parlamentarischen Systems, der Ministerverantwortlichkeit, die Wahlrechtsfrage, Bildungs- und Erziehungsfragen, ferner Fragen, welche die großen Mengen der Angestellten, die, trotzdem sie vom großen Kapital nichts zu erwarten haben, uns ja leider zum guten Teil noch fernstehen, stark interessieren; das Vereins- und Versammlungsrecht, sowie das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Im letzten Teile seiner Ausführungen zeigte der Redner, wie die gewaltige Entwickelung der Sozialdemokratie eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwickelung Deutschlands gewesen ist. Der Staat ist auf den Kapitalismus angewiesen, vermag infolgedessen, wie auch die zerstörenden Wirkungen der Finanzreform gezeigt haben, den Mittelstand nicht vor seinem Untergang zu bewahren. Die Proletarisierung der Gesellschaft macht riesige Fortschritte. Not aber lehrt denken! In immer größeren Scharen werden sich die Proletarier der Sozialdemokratie zuwenden. Im Jahre 1907 herrschte bei unseren Gegnern bis in die höchsten Kreise hinein eitel Jubel und Siegesfreude. Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Herrschaften da oben die Lust zu weiteren Siegen gründlich zu versalzen; alle müssen heran zur Urne, damit am 12. Januar über Hamburg wieder die rote Fahne weht! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Im Schlußwort beantwortete Bebel zwei Anfragen, die ihm von den Impfgegnern und von der Konsumentenversammlung zugegangen waren. Die Impffrage sei keine politische, sondern eine sanitäre Frage, der gegenüber der Fraktionszwang fortfalle. Er selbst trete für die Impfung ein, da sie im Interesse der Volksgesundheit notwendig sei und sich auch bewährt habe. — Was die Konsumvereine betreffe, so werde er selbstverständlich gegen jedes Gesetz stimmen, durch das der Zusammenschluß der Arbeiter zu Genossenschaften bedroht werde.

Wermuth als schwarzblauer Wahlmacher.

Eine Fülle von Petitionen und mehrerer kleinerer Vorlagen waren auf die Tagesordnung der Reichstagssitzung am Montag gesetzt. Zunächst ließ sich die Sache so an, als ob das spärlich besetzte Haus im Handumdrehen mit den Sachen fertig werden würde. Die Petitionen wurden nach Antrag der Kommission zunächst ohne Diskussion erledigt. Nur über eine Petition wegen Einführung des Heringszolles gab es Debatte. Die Kommission hatte Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Der konservative Herr v. Treuenfels wünschte aber Ueberweisung als Material, da seiner Ansicht nach die Fischerei eines Schutzzolles bedürfe. Gegen diesen neuen Versuch, eine Lebensmittelverteuerung anzubahnen, wandte sich energisch der Genosse Schwartz-Lübeck. Jeder Zoll würde die Fischeinfuhr lähmen und den Fischkonsum verteuern; wir bedürfen aber der Fische dringend zur Hebung der Volksnahrung. Nachdem noch der freisinnige Abgeordnete Hormann im gleichen Sinne gesprochen, wurde der Antrag Treuenfels abgelehnt und Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Nach Erledigung einer Anzahl von Rechnungsübersichten kam dann die Vorlage wegen der Kolonialbahnen zur Verhandlung. Noch ehe der Referent gesprochen hatte, erhob sich der Schatzsekretär Wermuth. Auf die Kolonialbahnen verwandte er jedoch nur einige kurze Sätze, dagegen gab ihm die Erwähnung einer kurzen, gegen die Finanzreform gerichteten Notiz der „Freisinnigen Zeitung" den erwünschten Vorwand, in letzter Stunde noch eine große Verteidigungsrede für die Finanzreform von 1909 zu schwingen, die zweifellos dem schwarz-blauen Block in der Wahlbewegung behilflich sein soll. Seine ganze Besprechung der Finanzreform war nach dem Motto abgestimmt: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt Eurer Huld empfohlen sein!" In den rosigsten Farben schilderte der Staatssekretär die Wirkungen der Finanzreform, aus denen eine dauernde Gesundung der Reichsfinanzen hervorblühen werde. Die Rechte und das Zentrum begleiteten seine Worte mit starkem Beifall, soweit die spärliche Besetzung ihrer Bänke überhaupt starken Beifall ermöglichte.

Ihm traten der freisinnige Abgeordnete Gothein und Genosse Zietsch entgegen. Letzterer meinte, man habe es offenbar mit einer freiwilligen Hilfsaktion der Regierung zugunsten der schwarz-blauen Parteien zu tun, denen neulich der Reichskanzler eine so böse Stunde bereitet hatte. Wermuths Rosamalerei stände obendrein in einem auffälligen Gegensatz zu seiner Schwarzmalerei im Vorjahr, als von der Sozialdemokratie verlangt wurde, daß die Zündholzsteuer beseitigt werden solle. Im übrigen sei auf die Versprechungen eines Ministers vor den Wahlen überhaupt nichts zu geben. Nachher klinge es meist ganz anders. Man wisse auch gar nicht, ob Herr Wermuth nächstes Jahr noch auf seinem Platze sein werde. Die Bahnvorlage können wir nicht bewilligen, da wir keinen Anlaß hätten, die Eingeborenen zugunsten der kapitalistischen Ausbeutung noch mehr mit Steuern zu bedrücken oder auch die Reichssteuerzahler noch schwerer zu belasten.

Dann ergriff Herr Erzberger das Wort, um Herrn Wermuth zu sekundieren. Auch der freikonservative Abg. Arendt konnte es sich nicht verkneifen, zur Rettung der Finanzreform hilfreich beizuspringen. Er übertrumpfte den Schatzsekretär und sogar den Zentrumsfinanzmann Erzberger mit der kühnen Behauptung, der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Zeit sei eine Folge der Finanzreform.

Genosse Bebel fertigte zunächst den Nonsens der Arendtschen Behauptung mit dem Hinweis darauf ab, daß der Wechsel des wirtschaftlichen Aufschwunges und Niederganges notwendig einen Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaftsweise bilde. Ein durch allgemeine Ursachen gebildeter Aufschwung könne sich durchsetzen trotz der nachteiligen Gegenwirkung irgendwelcher einzelstaatlicher Zoll- oder Steuergesetze. Herrn Wermuths Auftreten kennzeichnete Bebel als eine Wahlrede, die der von Bethmann Hollweg verurteilten Wahlrede Heydebrands in manchen Punkten verzweifelt ähnlich sähe. All das Gerede darüber, ob bei der Finanzreform mehr oder weniger Geld herauskomme, sei völlig belanglos für den Kern der Frage. Das Volk empfinde es bitter, daß es durch neue indirekte Steuern schwer geschröpft würde. Darüber werde es abrechnen mit seinen Bedrückern. Alle Hoffnungen auf Sanierung der Reichsfinanzen würden aber daran scheitern, daß jetzt schon für Flotten- und Militärvorlagen vorgesorgt werde. Auch früher habe man vor den Wahlen so etwas abgeleugnet, und unmittelbar nach den Wahlen sei die Forderung gekommen. Den bürgerlichen Parteien müsse die Bewilligungslust versalzen werden durch direkte Steuern. Er könne aber jetzt schon sagen, daß weder Herr Wermuth noch seine Helfershelfer mit ihren heutigen Wahlreden irgendwie Glück haben würden.

Für die freisinnige Partei sprachen noch die Herren Müller-Meiningen und Wiemer. Herr Müller nahm sich besonders Herrn Erzberger aufs Korn, dem er aus der „Köln. Volksztg." vorhielt, wie niedrig seine Finanzkünsteleien von seinen eigenen Parteigenossen eingeschätzt würden. Genosse Südekum nagelte dann die Regierung und die Mehrheit auf den Brotwucher fest.

Um 7½ Uhr stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Zur Reichstagswahl.

Der Aufmarsch in Ostpreußen.

Bis vor wenigen Jahren galt Ostpreußen als uneinnehmbarer Besitz des schwarz-blauen Blockes. Im Jahre 1907 eroberten die Konservativen im ersten Wahlgange dreizehn, das Zentrum zwei Mandate, von den beiden letzten fiel ein Mandat den Nationalliberalen, das andere dem Freisinn zu. Die Sozialdemokratie ging leer aus. Der Freisinn hat lange Jahre hindurch aus Mangel an Mitteln keinen ernsthaften Kampf gegen die Konservativen geführt. Hatte er hin und wieder in der Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Konservativen zu entscheiden, so schwenkte er mit den meisten Truppen nach rechts. Die Nationalliberalen haben früher die Konservativen auch nicht ernsthaft bekämpft. Im Jahre 1903 gelang es ihnen durch Ueberrumpelung, den Wahlkreis Osterode-Neidenburg zu holen, und 1907 nahm Schwabach mit seinem Gelde den Konservativen den Wahlkreis Memel-Heydekrug.

Jetzt ist die Situation eine völlig andere. Als im Jahre 1909 die Konservativen sich mit dem Zentrum verbrüderten, entstand in ihrem ostpreußischen Lager eine heftige Opposition, die die Nationalliberalen auszunutzen verstanden. 1910 wurde Oletzko-Lyck-Johannisburg von den Nationalliberalen erobert, und der Bauernbund begann eine rührige Agitation, während der Hansabund den Freisinn mit Mitteln ausstattete und ins Feuer schickte. Der Erfolg blieb nicht aus. Dem Fortschritt gelang es mit Hilfe der Sozialdemokraten Labiau—Wehlau den Konservativen abzunehmen.

Diese Erfolge haben die Liberalen veranlaßt, in zahlreichen ostpreußischen Kreisen ihre rührige und natürlich auch sehr kostspielige Agitation zu verdoppeln. In einer Reihe von Kreisen gehen die Nationalliberalen mit den Fortschrittlern gemeinsam vor. Diese haben in sieben Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Die Nationalliberalen benennen neun Wahlkreise. Es ist den Liberalen nicht gelungen, sich in allen für sie in Betracht kommenden Wahlkreisen zu gemeinsamem Vorgehen zu einigen. So halten die Nationalliberalen in Tilsit—Niederung nach wie vor zu den Konservativen, und in Insterburg—Gumbinnen haben sie neben dem fortschrittlichen einen eigenen Kandidaten aufgestellt. Sowohl die Nationalliberalen wie auch die Freisinnigen haben in jedem Wahlkreise, den sie bearbeiten, ihre Parteisekretäre, von denen eine Reihe bereits seit Jahr und Tag intensiv tätig sind. Daneben haben die Liberalen noch die Presse ausgebaut. Es sind Blätter aufgekauft und in den Dienst der „liberalen Sache" gestellt worden. Die ostpreußischen Nationalliberalen unterscheiden sich von den Konservativen nur durch den Namen; sie erscheinen mit Kandidaten auf dem Plan, die kurze Zeit vorher noch im konservativen Lager standen. Sie haben den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie proklamiert und wiederholt erklärt, daß sie in der Stichwahl unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie stimmen werden.

Ob es den Nationalliberalen gelingen wird, den Konservativen eine Anzahl Mandate abzunehmen, ist fraglich. Bezweifelt wird sogar, ob sie Oletzko—Lyck halten können. Es sind eine ganze Anzahl „Rebellen" zu den Fleischtöpfen der Konservativen zurückgekehrt. Die Agrarier sehen ein, daß sie bei diesem Kampfe zwischen Konservativen und Nationalliberalen nur ihre Interessen schädigen. Die „Leute" werden dadurch politisch aufgeklärt, ja „verhetzt", gegen die Arbeitgeber aufgebracht, und davon haben auch die Nationalliberalen auf die Dauer keinen Nutzen. Man fragt sich auch, ob es der Zentrale, insbesondere den Scharfmachern, der nationalliberalen Partei, sehr erwünscht ist, daß den Konservativen in Ostpreußen ein so scharfer Kampf geliefert wird. Denn daß auf diese Weise in anderen Gegenden, wo die Nationalliberalen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die Konservativen sehr notwendig brauchen, das Verhältnis zwischen diesen beiden „nationalen" und schutzzöllnerischen Parteien sehr verschlechtert wird, ist klar.

Die Fortschrittler versuchen mit allen Mitteln, in Ostpreußen Mandate zu erringen. Sie treten als Schutzzöllner auf und gebärden sich als überaus „königstreu". Aus eigener Kraft können sie nirgends siegen. Möglich ist, daß sie ein oder zwei Mandate mit Hilfe der Sozialdemokratie den Konservativen abnehmen. Sie werden wahrscheinlich auch in die Lage kommen, zwischen Sozialdemokratie und Konservativen zu entscheiden, und man wird dann sehen, ob es ihnen wirklich ernst ist mit der Bekämpfung des schwarz-blauen Blocks.

Das Zentrum wird seine beiden Kreise behalten. Der eine ist ihm völlig sicher, der andere, Allenstein—Rössel, könnte ihm unter Umständen abgenommen werden, wenn hier die Nationalliberalen in eine lebhafte Agitation eintreten würden. Aber die haben kein Interesse daran, einen Zentrumswahlkreis zugunsten der Polen in Gefahr zu bringen.

Die Polen haben in Ostpreußen in den letzten Jahren an Zahl erheblich zugenommen. Das wird auch bei den Wahlen zum Ausdruck kommen. Aber ein Mandat werden sie sich nicht holen.

Die Konservativen haben in vierzehn Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Im Wahlkreis Tilsit—Niederung getrauen sie sich nicht mehr mit offener Flagge zu marschieren; dort haben sie sich hinter die Freikonservativen gesteckt und versuchen das Mandat dadurch zu halten, daß sie den früheren preußischen Staatsminister v. Moltke, ehemaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen und Ehrenbürger der Stadt Tilsit als Kandidaten auftreten lassen. In Memel—Heydekrug haben die Konservativen ihre Banner völlig eingezogen; sie unterstützen hier einen Littauer, der Herrn Schwabach aus dem Felde schlagen soll. Daß die Konservativen in Ostpreußen diesmal Mandate einbüßen werden, steht fest. Nicht so sicher ist, wer diese Kreise holen wird.

Die Sozialdemokratie rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß sie den Wahlkreis Königsberg-Stadt, den sie bei den letzten Wahlen an den Freisinnigen abtreten mußte, zurückerobern wird. Die Aussichten sind vorzüglich, und durch den großartigen Erfolg bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen noch mehr gewachsen. In Königsberg ist infolge der Entfestigung die wirtschaftliche Konjunktur im Steigen begriffen. Partei und Gewerkschaften sind erheblich gewachsen und vor allem innerlich erstarkt. Dazu kommt, daß die Gegner nicht geschlossen vorgehen. Obwohl Herr Gysling, der fortschrittliche Vertreter der Stadt Königsberg, in diesem Frühjahr öffentlich um die Stimmen der Konservativen gebettelt hat, haben die Konservativen einen eigenen Kandidaten aufgestellt, und das Zentrum wird dasselbe tun.

Wieweit im übrigen Ostpreußen die Sozialdemokratie Mandate erringen kann, ist nicht zu sagen. Es hat auch keinen Zweck, darüber Betrachtungen anzustellen. Hier heißt es lediglich arbeiten, und zwar hart arbeiten, um erst einmal die Scharte von 1907 auszuwetzen. Denn damals hat die Partei — obwohl sie in Königsberg 3000 Stimmen gewann — 10 000 Stimmen verloren. 1903 brachte sie es auf 55 831 Stimmen, und im Jahre 1907 wurden für die Sozialdemokratie nur 44 739 Stimmen abgegeben. Die nationale Phrase hat in Ostpreußen besonders stark gezogen.

Die Partei hat in den meisten Kreisen mit den bestehenden Zählkandidaturen gebrochen. Daß ihrem Vordringen von den Gegnern die größten Schwierigkeiten bereitet werden, ist selbstverständlich. In nur wenigen Kreisen stehen ihr Versammlungslokale zur Verfügung. Eine Agitation auf dem Lande mitten im Winter ist ohnehin schwierig. Die Gegner werden außerdem sicherlich noch kurz vor den Wahlen alle Minen springen lassen und mit Versprechungen, Geld, Bier, Schnaps, Maßregelungen und Bedrohungen arbeiten. Sie werden auch versuchen, das Wahlgeheimnis zu brechen und — trotz des Erlasses des Ministers — Zigarrenkisten, Suppenschüsseln und ähnliche Gefäße als Wahlurnen benutzen. Aber trotzalledem dringt die Sozialdemokratie auch auf dem Lande in Ostpreußen vorwärts. Viele Arbeiter haben erkannt, wie sehr sie 1907 betrogen worden sind, und die neuen Steuern haben zahlreiche ostpreußische Landarbeiter rebellisch gemacht.

Der Krieg.

Italien bleibt beim Dreibund.

Rom, 4. Dezember. Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm des Ministerpräsidenten Giolitti an die Zeitung „Budapesti napli", in dem dieser die Nachrichten der Wiener Blätter über den Austritt Italiens aus dem Dreibunde als bulgäre Erfindung bezeichnet.

Zur Lage in Tripolis.

Tripolis, 4. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) In der Nacht vom 2. zum 3. ereignete sich nichts Neues. Nach dem Bericht des Drachenballons, der durch seine Angaben die Beschießung von Taginra (zirka 23 Kilometer östlich von Tripolis) leitete, war das Feuer sehr wirksam und zerstörte das Dorf vollständig. Eine Erkundung, die am Morgen des 3. Dezember von einem Flieger unternommen wurde, ergab, daß keine merklichen Aenderungen in der bestehenden Lage eingetreten sind. — Der Allgemeinzustand des Korrespondenten Carrère ist andauernd ausgezeichnet.

Im Hafen von Saloniki.

Konstantinopel, 4. Dezember. Das Paketboot „Ismailia" der Khedivial Mail; stieß vorgestern im Hafen von Saloniki auf eine Unterseemine. Die Schraube des Schiffes wurde leicht beschädigt.

Bulgarischer Bandenkrieg.

Saloniki, 4. Dezember. Laut amtlicher Meldung wurde eine neben dem Konak gelegene Moschee in Istip durch Bulgaren in die Luft gesprengt. In der Moschee war niemand anwesend. Opfer an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Revolution in China.

Nanking in den Händen der Revolutionäre.

Nangking, 3. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Tatarenstadt von Nanking ist mit Erlaubnis der Behörden geplündert und eingeäschert worden. Sonst vollzog sich die Besetzung von Nanking durch die Aufständischen ordnungsmäßig.

London, 4. Dezember. Wie „Daily Telegraph" aus Schanghai meldet, haben sich der Vizekönig Chang und der Tatarengeneral Tiehling nach der Einnahme von Nanking in das deutsche Konsulat geflüchtet.

Unruhen in der Mongolei.

Peking, 3. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Urga ist von verabschiedeten chinesischen Beamten die Unabhängigkeit der Mongolei erklärt worden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Dezember 1911.

Freisinniger Schwindel.

Die „Freisinnige Zeitung" wagt in einer Replik zu behaupten, daß der „Vorwärts" ihr bitter Unrecht tue, wenn er den Freisinn für einen Gegner des gleichen Wahlrechts für die Kommunen erkläre. Denn sowohl die freisinnige Volkspartei als die neugegründete fortschrittliche Volkspartei haben für die Kommunalwahlen die Beseitigung der Klassenwahl und der öffentlichen Stimmabgabe gefordert.

Als ob damit das Eintreten des Freisinns für das gleiche Wahlrecht feststehe. Als ob nicht durch einen Zensus sich unter Umständen viel wirksamer dem Prinzip der ungleichen Wahl Rechnung tragen ließe! Und als ob nicht der Freisinn, und die „Freisinnige Zeitung" selbst, unzählige Male erklärt hätten, daß sie das gleiche Wahlrecht für die Kommunen für unmöglich hielten. Auch im preußischen Abgeordnetenhause ist ja von Herrn Cassel und anderen freisinnigen Rednern wiederholt die Forderung des gleichen Wahlrechts für die Kommunen bekämpft worden. Eine Stellung, die ja auch von Eugen Richter eingenommen wurde. Die „Freisinnige Zeitung" treibt also den unverfrorensten Schwindel, wenn sie die Programmforderung der Fortschrittlichen Volkspartei so auszulegen sucht, als sei sie gleichbedeutend mit dem Postulat des uneingeschränkten gleichen Wahlrechts.

Die erste Serie der Wahlanfechtungen

im Reichslande hat die Abweisung aller Einsprüche gebracht. Damit ist auch eines der sozialdemokratischen Landtagsmandate, das des Genossen Hindelang in Colmar, für gültig erklärt, — ein Wahleinspruch, der sich darauf gestützt hatte, daß in einem von dem Vorsitzenden des Wahlvereins der Altdeutschen, dem Rechtsanwalt Ruland in Colmar, unterzeichneten Flugblatt für die Beamten bemerkt worden war, die Beamten könnten diesmal getrost dem Sozialdemokraten die Stimme geben, da „durch Befragen an maßgebender Stelle" festgestellt worden sei, daß man den in Colmar herrschenden Verhältnissen Verständnis entgegenbringe. (Gegenkandidat Hindelangs bei der Nachwahl war der Vorsitzende des Nationalbundes, Rechtsanwalt Preiß.) Der zuständige Senat des Oberlandesgerichts Colmar wies den Einspruch kostenfällig ab mit der Begründung, daß der Unterzeichner dieses Flugblattes, Rechtsanwalt Ruland, nicht selber Beamter sei und daß, was die Regierung betrifft, nicht einmal versucht würde nachzuweisen, daß sie von diesem Flugblatt vor dem Erscheinen auch nur Kenntnis hatte.

In bezug auf die Wahlbeeinflussung durch die Geistlichkeit wurden starke Stücke festgestellt. So wurden in Obersaasheim im Wahlkreise Neubreisach-Andolsheim die Gläubigen nach dem Nachmittagsgottesdienst von dem Geistlichen zur Wahlurne gebracht, und in Arzenheim in demselben Kreise forderte der Pfarrer direkt in der Kirche dazu auf, den Nationalisten und Zentrümler Kübler zu wählen. Noch besser machte es der Pfarrer von Geishausen im Wahlkreise Thann-St. Amarin. Dieser Ortsgeistliche schloß in der Kirche den Zentrumskandidaten Prof. Dr. Müller bei voller Namensnennung ausdrücklich ins Gebet ein und empfahl seine Wahl dem Schutze der heiligen Jungfrau Maria. Das Gericht erkannte hier zwar die große Bedeutung der vorgebrachten Einspruchstatsache an, erklärte die Wahl des Prof. Dr. Müller aber doch für gültig, da bei dem Vorsprung des Zentrumskandidaten von mehreren hundert Stimmen „ein entscheidender Zusammenhang zwischen Gebet und Wahlergebnis" nicht zu erblicken sei.

Die bisherigen Entscheidungen zeigen, daß der Gerichtshof auf keinem Fall in den Verdacht der Zentrumsfeindlichkeit kommen möchte. Allerdings wird bei der Würdigung, die der Fall von Geishausen in der Urteilsbegründung trotz der Gültigkeitserklärung der Wahl des Professors Dr. Müller gefunden hat, doch ein oder das andere Zentrumsmandat noch kassiert werden müssen.

Auf der anderen Seite wurde auf den Wahleinspruch des unterlegenen Nationallisten Dr. Jäger in Hochfelden-Truchtersheim festgestellt, daß der Kreisdirektor von Straßburg-Land vor mehreren Bürgermeistern eine Ansprache hielt, worin er auf die politische Stellung des Dr. Jäger als Nationalist hinwies. Das Gericht betrachtete die Wahlbeeinflussung als unerheblich, weil „nur acht" Bürgermeister in dieser Weise beeinflußt worden seien. Kreisdirektor von Straßburg-Land ist der Reichstagskandidat der Konservativen und des Zentrums in Karlsruhe, Freiherr v. Gemmingen.

Ein Vorschlag zur Güte.

In einem „Flottenfragen" überschriebenen Leitartikel polemisiert die „Post" gegen die Auffassung, als ob durch eine Verstärkung der deutschen Flotte an dem Stärkeverhältnis England gegenüber ja doch nichts geändert werden könne, da England jederzeit in der Lage sei, für jedes neue deutsche Kriegsschiff seinerseits zwei neue Kriegsschiffe zu bauen. Die „Post" vertritt demgegenüber den Standpunkt, daß Englands Flottenrüsten schon seine Grenze finden werde, wenn nur Deutschland mit seinen Neubauten möglichst schneidig vorgehe.

Der Flottenverein fordert bekanntlich, daß von 1912 ab statt der im Flottengesetz vorgesehenen zwei Schlachtschiffe deren drei gebaut würden. Das ist der „Post" noch viel zu wenig! Sie meint, Deutschland müsse jährlich vier bis fünf Schlachtschiffe bauen, denn dann werde es England schon vergehen, Deutschland zu übertrumpfen. Acht oder zehn Schlachtschiffe jährlich zu bauen, werde selbst die Leistungsfähigkeit Englands überschreiten. Und nicht nur würden sich dem Bau von so viel Schiffen die größten materiellen und technischen Schwierigkeiten entgegenstellen, sondern England werde auch gar nicht mehr in der Lage sein, aus seiner eigenen Nation heraus die Zahl der dann erforderlichen Marinemannschaften zu stellen. Es zeige sich also, daß „nicht Deutschland, sondern England die Hochwassermarke erreicht" habe und daß bei forschem Draufgehen Deutschland seine maritime Situation England gegenüber sehr wohl verbessern könne.

Ein Schlachtschiff würde jährlich mindestens 60 Millionen kosten. Ginge es aber nach den Vorschlägen der „Post", so würden wir jährlich mindestens 120 bis 180 Millionen für Neubauten über die Bewilligungen des Flottengesetzes hinaus verpulvern, ohne daß dabei die enormen Kosten für die wachsende Indiensthaltung berücksichtigt wären.

In der Tat: ein Vorschlag zur Güte!

Deutscher Humor.

Die „Deutsche Tageszeitung" gibt seit kurzem auch eine besondere „Humoristische Wochenschau" heraus. Der Humor dieser Wochenschau besteht aber so gut wie ausschließlich in einer kümmerlichen Blütenlese von Witzen aus den marktgängigsten Witzblättern. — Zu Produktionen „bodenständigen" agrarisch-feudalen Humors langt es offenbar bei der „Deutschen Tageszeitung" nicht. Ihr Humor, der dann freilich ein höchst unfreiwilliger ist, entlädt sich in Bußtagsbetrachtungen und ähnlichen bitterernst gemeinten Leistungen.

So hat auch jetzt ein Mitglied des „deutsch-völkischen Studentenverbandes", dessen Namen wir aus Nachsicht für Jugendverirrungen, die obendrein vielleicht unter der Nachwirkung der Alkoholvergiftung begangen wurden, verschweigen wollen, in der „Deutschen Tageszeitung" eine köstliche Probe unfreiwilligen Humors zum besten gegeben, die Herr Oertel an der Stelle veröffentlichte, wo sonst der Leitartikel zu stehen pflegt. Von der unwiderstehlichen Schlagkraft dieses deutsch-völkischen Bierhumors mögen folgende Stellen einen Begriff geben:

„Der deutsche Student ist zu vornehm, um Sozialdemokrat sein zu können. Er ist nicht brutal genug dazu. . . .

Die deutsche Studentenschaft ist allerdings aus anderem Holze geschnitzt, als jene schwarzgelockten Jünglinge, die in erbärmlicher Feigheit — fluchwürdige Verbrechernaturen —, in scheußlichem Meuchelmorde Minister töten. Der deutsche Bursch, sei er Korpsstudent oder Burschenschafter, Schwarzer, Landsmannschafter oder nationaler Fink, tritt mit dem Säbel in der Faust Auge in Auge dem Gegner entgegen und hat nur ein „Pfui über den Buben" des Nihilismus und der Anarchie und die, die jene mit ihrem Gelde unterstützen. . . .

Freiheit ist Burschenehre! — Die Umsturzpartei aber will uns knechten, wie sie ihre Minderheiten niedertritt mit dem brutalen Unsinn der Mehrheit urteilsloser Massen. Der deutsche Bursch läßt seine Freiheit nicht. In ihr sieht er nicht willkürliche Ungebundenheit, die in Widerspruch steht mit seinem Wahrspruch noblesse oblige. Aber er will sich in ihr das Recht der Persönlichkeit wahren, wenn auch oft das Recht der werdenden Persönlichkeit. Nie findet man in Studentenkreisen die jungenhafte Frechheit, die gewissen Organisationen eigen ist. . . .

Und sollte es einmal zur letzten, großen Auseinandersetzung mit jenen Mächten des Umsturzes und der Finsternis kommen, dann mögen Kaiser und Reich erschallen lassen den alten Schlachtruf: Burschen heraus! Wir folgen ihm alle, mit und ohne Band, die einige deutsche Studentenschaft: die Zivilgarde für Bismarcks heiliges Vermächtnis. . . ."

Dem Junkerorgan kann's nicht fehlen. So aufrichtiges Mitleid auch seine „Humoristische Wochenschau" wegen des totalen Mangels an jeglichem Originalwitz erwecken muß, desto zwerchfellerschütternder wirken in der letzten Zeit seine Leitartikel!

Gewerkvereine und Reichstagswahlen.

Die „christlichen" Gewerkschaften fassen ihre Neutralität so auf, daß sie sich auf Gedeih und Verderb verpflichtet fühlen, die Schandtaten des blauschwarzen Schnapsblocks in große Kulturtaten umzulügen. Und da es besonders die Sozialdemokratie ist, die den Rittern und Heiligen immer wieder ihre Masken abreißt, richtet sich der Zorn der Zentrumsschriften besonders gegen diese Partei. Gegen die Sozialdemokratie! ertönt deshalb stärker als sonst der Wutschrei der „neutralen" christlichen Gewerkschaften!

Als aber vor kurzem der Hirsch-Dunckersche „Gewerkverein" einmal erklärte, die Mitglieder der deutschen Gewerkvereine würden bei den bevorstehenden Reichstagswahlen ihre Nutzanwendung aus den Teuerungsdebatten im Reichstage ziehen, Kandidaten, die im Falle ihrer Wahl die Wirtschaftspolitik des Herrn v. Bethmann Hollweg unterstützen wollten, könnten auf die Stimmen der Gewerkvereinler nicht rechnen, da statierte das verheuchelte Zentrumsarbeiterblatt in M.-Gladbach ein Sprüchlein über die „Verletzung der Neutralität".

Der „Gewerkverein" bemerkt dazu neuerdings:

„Wir gönnen dem Blatt den mageren Happen und fügen als hartgesottene Sünder noch hinzu, daß wir es für unsere Pflicht halten, die Arbeiter über diese wirtschaftspolitischen Fragen aufzuklären. Wenn dies einer Partei nachteilig ist, für welche das genannte Blatt eintritt, so kann uns das gleichgültig sein. Wir bekämpfen jede Partei, die durch ihre politische Haltung der Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft sich entgegenstellt, gleichviel welchen Namen sie trägt. Am meisten hemmen diese Aufwärtsbewegung aber die Parteien, die alle durch die Organisationen erzielten materiellen Aufbesserungen wieder illusorisch machen durch die Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigen Bedarfsgegenstände. Darüber die Arbeiter aufzuklären, ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht."

Wenn mans so hört, möchts leidlich scheinen, doch steht es schief darum. — denn auch die Partei, worauf der Gewerkverein schwört, die Fortschrittspartei, war doch willig genug, durch Einführung neuer indirekter Steuern die Lebensmittel und die notwendigsten Bedarfsgegenstände zu verteuern und sich damit „der Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft" entgegenzustellen. Ein so kurzes Gedächtnis wie die Hirsch-Dunckerschen Führer haben die Arbeiter nicht. Sie werden am 12. Januar nicht vergessen, was der Block der Ritter und Heiligen getan hat, sie werden aber ebensowenig vergessen, was die „Liberalen" gern tun wollten!

Kontrollversammlungen und Sozialdemokratie.

Als „eigenartige Erscheinung" in der Zeit des „Großblockabkommens" zwischen Liberalen und Sozialdemokraten bei den „reichsländischen Landtagswahlen" hat vor einigen Tagen das Berliner Zentrumsblatt „Germania" eine Nachricht des Straßburger Zentrumsblattes „Der Elsässer" angeführt, die da lautete:

„Während bisher beim Verlesen der Kriegsartikel an die Mannschaften des Beurlaubtenstandes auch der Sozialdemokratie gedacht wurde, nämlich, daß der Soldat nicht an sozialdemokratischen Veranstaltungen teilnehmen, keine sozialdemokratischen Reden halten, keine Zeitungen sozialdemokratischen Charakters abonnieren und lesen dürfe usw. usw., hörte man diesmal aber auch nicht ein Sterbenswörtchen davon. Viele Kontrollversammlungsteilnehmer sahen sich, als sie diesen Passus nicht zu hören bekamen, fragend an."

Mit der Befürchtung der „Germania", daß die Regierung in Elsaß-Lothringen endlich so vernünftig geworden sei, der Sozialdemokratie die unfreiwillige agitatorische Unterstützung dieses regelmäßigen Hinweises bei den Kontrollversammlungen zu entziehen, ist es zum Vorteil der vermaledeiten Sozen nun leider nichts. Wie bei den diesjährigen Herbstkontrollversammlungen in Elsaß-Lothringen wieder festgestellt werden konnte, wurde von den Herren Offizieren den versammelten Kontrollmannschaften nach wie vor eingeschärft, daß sie am Tage der Kontrollversammlungen unter den Militärgesetzen ständen und daß für sie an diesem Tage insbesondere verboten sei: „Jede andere erkennbar gemachte Betätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung, insbesondere durch entsprechende Ausrufe und ähnliche Kundgebungen." Der Staat ist also gerettet oder vielmehr: die Staatsretter in Offiziersuniform und in der Redaktion der „Germania" besorgen auch jetzt noch unverdrossen unsere Geschäfte. Wir haben nichts dagegen.

Die persische Krise.

In Teheran und Täbris, das bereits von den Russen besetzt ist, herrscht die Stimmung der Verzweiflung. In den Moscheen rufen die Geistlichen alle Perser zur Einigung und zum Kampfe gegen die Ausländer auf. Viele Gewehre sind verteilt worden. In Teheran sind die Bazare und Läden geschlossen. Tausende junger Leute veranstalten Umzüge und Kundgebungen, heften Plakate an die ausländischen Gesandtschaften und rufen: „Den Tod oder die Freiheit!" In Kaswin soll Prinz Firman Firma ermordet worden sein. Auch wurde der Reaktionär Hadji Mohamed das Opfer eines Attentats.

Unterdessen setzen die Russen ihren Vormarsch fort. 2000 Russen stehen südlich von Resch, 200 Kosaken sind in Kaswin angekommen. In Resch haben die russischen Truppen die dortige persische Miliz entwaffnet und das Telegraphenamt besetzt.

Oesterreich.

Die Tschechen Regierungspartei?

Prag, 4. Dezember. Nach einer aus tschechischer Quelle stammenden Meldung soll der Umschwung der tschechischen Politik nach der Seite der Regierungsmajorität bereits vollkommen und dauernd sein, was schon durch die Abstimmung der Tschechen für das Budget zum Ausdruck gekommen sei. Außerhalb der Majorität sollen nur die unabhängigen Tschechen und die Nationalsozialen bleiben.

Frankreich.

Die Marokkoverhandlungen mit Spanien.

Paris, 3. Dezember. Von mehreren Blättern wird über die bevorstehenden französisch-spanischen Verhandlungen anscheinend offiziös gemeldet, die französische Regierung habe in ihren dem Foreign Office unterbreiteten Vorschlägen in erster Reihe die Revision des französisch-spanischen Abkommens von 1904 sowie Bürgschaften für den freien Zugang nach Tanger verlangt, wo etwa nach dem Muster von Schanghai eine internationale Gemeindevertretung errichtet werden solle, die behufs Verwaltung der Küste über eine entsprechende Polizei verfügen würde. In der spanischen Zone würde die Souveränität des Sultans dem Namen nach aufrecht erhalten bleiben, doch würde Spanien das Recht zur Ueberwachung der scherifischen Verwaltung erhalten, was notgedrungen das Recht militärischer Besetzung zur Folge haben würde. Spanien würde demnach in seiner Zone unter gewissen Bedingungen eine Art von Protektorat ausüben, so daß in Marokko ein französisch-spanisches Kondominium (gemeinsame Herrschaft) eingeführt würde. Diese Vorschläge sollen in einigen Tagen dem Madrider Kabinett mitgeteilt werden.

Der „Gaulois" meldet von spanischer Seite, die spanische Regierung wünsche so lebhaft eine Verständigung, daß sie sich vielleicht zu einer Abtretung von Elksar herbeilassen würde, wenn man ihr beweise, daß die Besetzung dieser Stadt durch französische Truppen für die normale Ausübung des französischen Protektorates in Marokko notwendig sei.

Belgien.

Die Taktik für die Kammerwahlen.

Man schreibt uns aus Brüssel:

Die letzte Plenarversammlung der Brüsseler Föderation der Arbeiterpartei befaßte sich mit der für die Kammerwahlen von 1912 einzuschlagenden Taktik der Partei. Die Diskussion ergab zunächst, bei zwar verschiedener Auffassung der Dinge, Einigkeit in dem einen Punkt, daß die Brüsseler Föderation allein und selbständig den Wahlkampf führen und keinerlei Bündnisse mit den Liberalen eingehen wird. Die Plenarversammlung nahm in diesem Sinne eine Beschließung an, für die von „reformistischer" Seite praktisch-politische Gründe des Stimmenerfolges geltend gemacht wurden.

Die gegensätzlichen Meinungen kamen insbesonders bei der prinzipiellen Auffassung der Wahlkampfpropaganda zum Ausdruck. Die radikalen Redner verlangten, daß der Wahlkampf ohne Rücksicht auf das parlamentarische Bündnis der Oppositionsparteien zu führen sei, die Liberalen also genau so als Gegner zu behandeln seien, wie die Klerikalen. Von gemäßigter Seite wurde dagegen eingewendet, daß eine rücksichtslos angreifende Wahlkampftaktik gegen die Partei, die sich für das allgemeine Wahlrecht engagiert habe, verfehlt sei, indem sie den moralischen Effekt des der Eroberung des Wahlrechtes und der Niederwerfung der klerikalen Majorität dienenden parlamentarischen Bündnisses kompromittiere. Gegen diese Taktik der Rücksichten und ihre inneren Widersprüche mit dem Prinzip des Klassenkampfes wendeten sich der Deputierte Huysmans und der Brüsseler Parteisekretär Roosbroeck, während von gemäßigter Seite insbesonders Deputierter Delporte einer sogenannten realpolitischen die Erfolgsmöglichkeiten der augenblicklichen Situation abwägenden Auffassung der Wahlkampfpropaganda das Wort redete. Die Debatte, die sich bei aller Schärfe in kameradschaftlichen Formen hielt, wird noch ihre Fortsetzung finden. Bezüglich der Taktik in bestimmten Wahlkreisen des Landes beauftragte die Versammlung ihre Delegierten im Generalrat für die vom letzten außerordentlichen Kongreß angenommene Entschließung über die Taktik der sogenannten „Juxtaposition" bei Bündnissen einzutreten.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Erneute Einigungsverhandlungen.

Heute vormittag beginnen zwischen den Vertretern der streitenden Parteien erneute Verhandlungen, um die bestehenden Differenzen zu schlichten und den Streik der Former und Gießereiarbeiter beizulegen.

Was manche bürgerliche Zeitungen gestern am Mittag und am Abend von bevorstehenden Entscheidungen der Arbeiter in bezug auf einen allgemeinen Streik zu berichten wußten, war durchaus unzutreffend und beruhte wieder nur auf Mutmaßungen. Nach diesen Berichten sollten Versammlungen der Ausgesperrten gestern darüber entscheiden, ob auch die in den Betrieben verbliebenen 40 Proz. der Arbeiterschaft die Arbeit niederlegen sollten. Das konnte schon nicht richtig sein, weil 60 Proz. überhaupt nicht ausgesperrt worden sind. Dergleichen Vorschläge lagen gar nicht vor in den 19 Versammlungen, die am Monatagnachmittag für die Ausgesperrten in Berlin und Umgegend stattfanden. Je eine Versammlung wurde in Tegel, Schöneberg, Rixdorf, Wildau, Spandau, Weißensee und zwei Versammlungen in Oberschöneweide abgehalten. Nur durch die Meldestationen hatten die Ausgesperrten Kenntnis von dieser Veranstaltung, aber das genügte vollständig, denn die Säle reichten fast nirgends aus, die massenhaft heranziehenden Besucher aufzunehmen. Auf dem Gesundbrunnen waren die beiden Lokale von Voigt und Franke schon um 3 Uhr besetzt und viele Leute sammelten sich auf der Straße an. Die Frauen hatten von der Erlaubnis, ihre ausgesperrten Männer begleiten zu dürfen, reichen Gebrauch gemacht und waren begierig zu hören, was über den Stand der Aussperrung berichtet wurde. In den „Pharussälen" genügte der große Saal nicht und eine zweite Versammlung mußte im kleinen Saal abgehalten werden. Auch in den Vororten war der Besuch gut und die Stimmung überall lebhaft und erwartungsvoll. Die Neuigkeit von bevorstehenden Verhandlungen, die von den Referenten verkündet wurde, gab reichen Stoff zu einem regen Meinungsaustausch. Das Gesamtbild, das die Referenten von der Aussperrung entwarfen, bot den meisten Versammlungsbesuchern wenig Neues, desto anregender waren aber die Berichte über Vorkommnisse bei der Aussperrung in den einzelnen Werken, die manche Ueberraschung, und zwar nicht gerade unangenehmer Natur, brachten. Scharf kritisiert wurde von manchem Redner die bürgerliche Presse, die scheinbar recht sympathisch gehaltene Artikel über die „armen Ausgesperrten" brachte, denen das schöne Weihnachtsfest verdorben würde, deren Frauen und Kinder recht trübe Gesichter machen würden, wenn andere Arbeiter ein fröhliches Fest feiern. Wer aber trage die Schuld daran? Natürlich nur die streikenden Former, nicht etwa die Unternehmer, die Tausende von Arbeitern entlassen haben, obgleich massenhaft Arbeit vorhanden ist .— Fast komisch berührte es, wie diese Zeitungen in den ersten Tagen sich bemühten, die Aussperrung als recht weitgehend zu schildern und von 70 000 Ausgesperrten fabelten, um dann plötzlich die Bewegung zusammenschrumpfen zu lassen, alles auf bloße Schätzungen hin. Sichere Information hatte nur der „Vorwärts", dessen Berichte die festgestellten Tatsachen wiedergaben. — Beschlüsse wurden in diesen Versammlungen nicht gefaßt. Die Referenten wiesen zum Schluß nur darauf hin, daß die Anweisungen der Leitung auch fernerhin recht genau zu befolgen sind, wie zum Beispiel, daß die produktiv tätigen Arbeiter die Arbeiten der Ausgesperrten nicht auszuführen haben.' — Das Hauptinteresse nahm die Nachricht von den bevorstehenden Verhandlungen in Anspruch.

•

Die Pastoren der Reformationskirche, jener Kirche, die bei den Moabiter Vorgängen im vorigen Jahre einmal der Schauplatz einer Plänkelei des Publikums mit einem Pastor war, fordern durch folgenden Anschlag an der Kirche zu Sammlungen für die Ausgesperrten auf:

„Durch die großen Aussperrungen in der Metallindustrie sind viele tausend Arbeiter brotlos und arbeitslos geworden. Die Not ist groß besonders auch in unserer Gemeinde. Es ist Pflicht eines jeden Christen, nach Möglichkeit helfend einzugreifen. Die unterzeichneten Pastoren bitten herzlich und dringend um Gaben (Geld, auch Lebensmittel) zur Unterstützung der durch die Aussperrung in Not geratenen Gemeindemitglieder."

Der Aufruf ist von drei Pastoren unterzeichnet. Er mag gut gemeint sein. Die Arbeiter haben aber auf die christliche Nächstenliebe weniger vertraut als auf die Macht der Organisation. Sie finden in dieser ihren sicheren Rückhalt.

Der Detaillistenverband der Bekleidungsindustrie hat an den Verband der Metallindustriellen folgendes Schriftstück gesandt:

Die Arbeitsniederlegung der Former und die in Konsequenz hiervon angewandte Maßnahme der Aussperrung von Tausenden von Arbeitern ist von einem ungeheuren Nachteil für die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die einen großen Bestandteil des Detaillistenverbandes bilden. Schon die ersten Tage der Arbeitslosigkeit lassen die uneinbringlichen Verluste der Geschäftsinhaber der Bekleidungsbranche erkennen. Der Detaillistenverband richtet daher an den Verband der Metallindustriellen die sehr ergebene Bitte, im Interesse der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, auf möglichste Beschleunigung in der Beilegung der Differenzen hinzuwirken.

•

Es scheint doch, als wenn — wenn man von der Arbeiterschaft ganz absieht — auch sonst das Publikum seine Sympathie nicht gerade den aussperrenden Unternehmern zuwendet. Aufrufe, wie der der Moabiter Pastoren und dieses Schriftstück eines Unternehmerverbandes enthalten zwischen den Zeilen unverkennbare Vorwürfe gegen die Metallindustriellen, welche vielleicht geeignet sind, deren Haltung bei den kommenden Verhandlungen zu beeinflussen.

Der Streik in der Berliner Damenkonfektion.

Die gestrige Versammlung der streikenden Meister der Damenkonfektion war noch zahlreicher besucht als die vorhergegangenen, so daß weder im Saale noch auf den Galerien der Neuen Philharmonie auch nur ein Stehplatz übrig blieb und selbst die Bühne mit in Anspruch genommen werden mußte. Der Vorsitzende Drews berichtete über die letzten Verhandlungen mit den Fabrikanten, schilderte deren Verlauf und verlas das Angebot der Konfektionäre. Der Redner legte weiter dar, warum die Vertreter der Meister und Arbeitnehmer auf dieses Angebot nicht eingehen konnten. Vor allem fehlt für die Lohnerhöhungen jede feste Grundlage. Was sind die „üblichen" Löhne? Die Meister sowohl wie die Heimarbeiterinnen wechseln die Arbeitgeber, für die sie tätig sind, und wie sollen sie da feststellen, was bei dem einen oder anderen üblich ist zu zahlen. Dann sind aber auch die prozentualen Zuschläge selbst durchaus unzureichend. Wenn z. B. auf das Stück von 4 M. 5 Proz. zugelegt wird, gibt das 20 Pf., wovon die Heimarbeiterin $^2/_3$ erhalten soll. Der Meister wird, wenn nicht mit einzelnen Pfennigen zu rechnen, 15 Pf. abgeben müssen, bleiben ihm 5 Pf. Die Konfektionäre reden nur davon, daß die „Heimarbeiterinnen" ihren Anteil an der Lohnerhöhung haben sollen; es kommen aber auch die ja mit im Streik stehenden Bügler hinzu, und wenn die ihre Lohnerhöhung erhalten, bleiben dem Meister, wie der Redner auch den Konfektionären bei den Verhandlungen vorrechnete, nur noch 2 Pf. auf den Preis von 4 M. als „Lohnerhöhung" übrig. Dabei ist eine Zulage für die Ausfertigerin noch gar nicht gerechnet, und wenn man das nachholt, wird kaum ein ganzer Pfennig übrig bleiben. Die Konfektionäre erklärten ihr Angebot als Maximum dessen, was sie als möglich ansähen und als endgültig, und das mußte den Abbruch der Verhandlungen zur Folge haben. Die Leute, die im Ausschuß der Konfektionäre sitzen, verstehen es offenbar gar nicht, zu verhandeln, meinte der Redner. Sie sollten doch erst einmal in die Arbeitsstuben gehen, um sich zu unterrichten darüber, wie es dort aussieht. Freilich haben die Fabrikanten in ihrer Versammlung am Sonnabend denselben Ausschuß wiedergewählt, aber das besagt keineswegs, daß sie in ihrer Gesamtheit mit dessen Haltung einverstanden sind. Wie der Redner mitteilte, haben im Laufe des gestrigen Tages immer von neuem Konfektionäre bei ihm angeklingelt und ihr Bedauern über den Beschluß jener Versammlung ausgesprochen. „Wir waren in der Minderheit und mußten uns fügen, aber wir wollen dafür sorgen, daß andere Beschlüsse zustande kommen", wurde von den betreffenden Herren erklärt. Vom Fabrikantenverband aus will man jetzt durch Einreichung in Listen und Unterschriften feststellen, wer von den Zwischenmeistern „gezwungen" die Arbeit eingestellt hat und mit solchen Leuten eine Protestversammlung gegen den Streik veranstalten. Gezwungen, meinte der Redner, sind wir allerdings in den Streik, nämlich gezwungen durch das Verhalten der Fabrikanten. Man werde demgegenüber einmal wieder der ganzen Oeffentlichkeit vor Augen führen müssen, was für Löhne die Fabrikanten zahlen, damit es aller Welt klar wird, warum für sie der Tarif „unmöglich" ist. — Der Redner erklärte zum Schluß, daß die Lage des Kampfes so ist, daß man bei weiterem einmütigen Ausharren des Sieges sicher sein könne. — Im selben Sinne äußerte sich Herr Nathow über die allgemeine Lage. Im Streik stehen jetzt zirka 3000 Meister mit ihren Arbeitnehmern. Diejenigen Meister, die Streikarbeit liefern, sind dieselben wie bisher, und man wird ihre Namen einmal der breiten Oeffentlichkeit bekanntgeben müssen. Das unverbrüchliche Zusammenhalten der Streikenden wird zum Siege führen.

In der sehr regen Diskussion sprachen unter anderem Knoop vom Schneiderverband und Fräulein Behm vom Gewerkverein der Heimarbeiterinnen sowie eine große Anzahl Meister aus der Mitte der Versammlung, alle im Sinne des Referenten. Dabei wurden wiederum verschiedene Beispiele für die elenden Löhne angeführt, die in der Konfektion gezahlt werden. So wurde unter anderem erwähnt, daß ein arbeitswilliger Zwischenmeister Feldmann in der Hasenheide dreiteilige Röcke für 18½ Pf. liefert, seiner Heimarbeiterin 12½ Pf. oder das Dutzend 1,25 M. zahlt. Man kann sich leicht ausrechnen, was bei solchen „üblichen" Löhnen der in diesem billigsten Genre von den Fabrikanten versprochene Aufschlag von 20 Proz. nützen würde.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in Kellers „Neue Philharmonie" Versammelten haben Kenntnis von dem Bericht über die Verhandlungen mit den Fabrikanten und erklären sich mit dem Verhalten ihrer Vertreter einverstanden.

Die Versuche der Fabrikanten, die Oeffentlichkeit über den wahren Sachverhalt zu täuschen und den Anschein zu erwecken, als hätten die Fabrikanten brauchbare Vorschläge gemacht, weisen die Versammelten zurück. Weder die in Aussicht gestellten Lohnzulagen, noch die Sicherstellung derselben vermöchten die Streikenden als genügend anzusehen. Der Umstand, daß die Fabrikanten selbst als einzige Sicherstellung eine Kommission zu bieten vermögen, beweist zur Genüge, daß sie nicht in der Lage sind, ihre Vorschläge derart zu gestalten, um sie als rechtliche Bindung hinsichtlich der versprochenen Löhne anzusehen.

Dies geht ferner daraus hervor, daß sie erst immer sagten, die Mode wechsele in der Damenkonfektion so häufig, daß man keine bestimmten Löhne festsetzen könne, während sie jetzt sagen, die festzusetzenden Löhne, welche der einzelne Meister mit dem Fabrikanten vereinbaren solle, müßten den üblichen Löhnen entsprechen.

Die Versammlung verlangt weiter nichts, als daß von den beiderseitigen Kommissionen die üblichen Löhne so festgesetzt werden, daß der feste Preis bereits die Lohnerhöhung mit enthält. Dies ist möglich und kein unbilliges Verlangen. Die Streikenden sind nach wie vor bereit, ihre Hand zu einem Frieden zu bieten, bei dem ihre berechtigten Verlangen erfüllt werden."

Im übrigen wurde noch mitgeteilt, daß der Vorstand des Meisterverbandes größere Summen bewilligt hat, um den Kampf in der Damenkonfektion zu unterstützen, und es wurde ferner ein Antrag angenommen, durch den die Vertreter des Verbandes beauftragt wurden, zur Aufklärung der Allgemeinheit über die Lage in der Damenkonfektion öffentliche Volksversammlungen einzuberufen und für Massenverbreitung von Flugblättern zu sorgen.

Mit Entrüstung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß der Armenvorsteher Maurermeister Tiebel in der Swinemünder Straße eine in bitterer Not befindliche Frau Fanzkau, die 7 Kinder und einen krank daniederliegenden Mann hat, mit der Begründung zurückgewiesen hat, daß sie ja Mäntel nähen könnte und nicht streiken sollte; ein Verhalten, das sich, wie weiter mitgeteilt wurde, auch der Armenvorsteher Müller, Graunstraße 48, einer anderen notleidenden Frau gegenüber herausgenommen haben soll. Es ist, und wird natürlich weiterhin dafür gesorgt werden, daß in solchen Fällen die Unterstützung durch die Organisation nicht ausbleibt, selbst wenn die Berechtigung dazu nicht durch Mitgliedschaft erworben wurde. Dies wurde von allen Seiten und namentlich auch von Knoop hervorgehoben.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Kellner im Weltrestaurant „Zum Vesuv", Kottbuser Straße 28, Inhaber Seeliger, ist beendet. Die Differenzen sind durch Abschluß eines Vertrages beigelegt. Die Sperre ist aufgehoben!

Moabit in Magdeburg. Der famose Detektiv Paul Gärtner aus Berlin, der in Magdeburg auf Veranlassung von Streikleitern verhaftet wurde, befindet sich, wie wir inzwischen festgestellt haben, nicht im Polizeidienst. Der Wachtmeister Paul Gärtner in der Straßmannstraße 11 ist also mit ihm nicht identisch. Der in Magdeburg Verhaftete soll im Dienste eines Schöneberger Instituts stehen. Wir dürften in den nächsten Tagen in der Lage sein, unseren Lesern Genaueres über seine Persönlichkeit mitzuteilen.

Deutsches Reich.

Verhandlungen zur Beilegung der Tabakarbeiter-Aussperrung!

Minden i. W., 4. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Wie verlautet, hat der **Landrat des Kreises Minden in Westfalen** Unterhandlungen zur **Beilegung der Tabakarbeiteraussperrung** in Westfalen eingeleitet. Die Unterhandlungen sollen sich zunächst auf diejenigen Betriebe beziehen, die den Anlaß zur Aussperrung gegeben haben. Es wird sich nun zeigen, ob die Zigarrenfabrikanten zum Frieden geneigt sein werden.

Gelbe Terroristen.

Das Geschrei der Gegner über „sozialdemokratischen Terrorismus" wird immer ärger. Wenn aber die „ungeheuerlichen Vorkommnisse" zur gerichtlichen Erörterung kommen, fallen sie gewöhnlich. Vor dem Magdeburger Schöffengericht hatten sich zwei Gelbe wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten. Die beiden, die Arbeiter Tributh und Kraatz, arbeiteten mit dem sozialdemokratischen Arbeiter Probst zusammen auf der Wolfschen Maschinenfabrik. Es kam wiederholt zu allerlei Hecheleien zwischen den Dreien, doch verlief immer alles sehr harmlos. In der Nacht zum 19. Februar d. J. verließen die beiden Gelben etwa 10 Minuten früher als Probst die Arbeit. Als dieser dann auf dem Heimwege bei einem Bahnübergang vorüberkam, wurde er plötzlich von Tributh und Kraatz überfallen. Sie mißhandelten ihn und warfen ihn über einen Stacheldraht. Andern Tages erzählte Kraatz voller Genugtuung in der Fabrik, dem Probst hätten sie es aber tüchtig besorgt, der würde wohl genug haben. — Das Gericht — es handelte sich nur um eine Privatklage — stellte sich auf den Standpunkt, daß eine gemeinschaftliche Körperverletzung vorliege, denn offenbar hätten die Angeklagten dem Probst aufgelauert. Es sei daher nicht zuständig, sondern die Sache gehöre vor den öffentlichen Ankläger. — Ob dieser Fall auch durch die ganze deutsche Presse gejagt werden wird?

Streik bei der „Victoria" in Hamburg.

In der Inkassozentrale der „Victoria"-Versicherung ist es zur Arbeitseinstellung von 42 Einnehmern gekommen. Diese Angestellten haben ihre Kündigung zum 31. Dezember ausgesprochen. Der Grund der Arbeitseinstellung ist die wiederholte Maßregelung von Vertrauensleuten der Angestellten, namentlich aber die recht willkürlich gehandhabte Entlassung von Einnehmern wegen angeblich ungenügend erfolgter Akquisition. — Trotz mehrmaliger Angebote des Verbandes der Bureauangestellten, dem diese Angestellten sich angeschlossen, hat die Direktion jedes Verhandeln über die Streitpunkte kurzerhand abgelehnt.

Die Hamburger Angestellten sind entschlossen, den Kampf gegen die „Victoria" mit den äußersten Mitteln und mit aller Schärfe durchzuführen. Es wird gebeten, jeden Zuzug von Hamburg fernzuhalten.

Christliche Gewerkschaftler üben Sabotage!

In der Gebetbuchfabrik von Rifforth in M.-Gladbach arbeiten neben Mitgliedern des christlichen graphischen Verbandes auch Mitglieder des freien Buchbinderverbandes. Da die Firma dem christlichen Verlangen nicht Rechnung tragen wollte, nur Christlichorganisierte zu beschäftigen, so versuchten die Christlichen auf nachstehende Weise ihren Wünschen Geltung zu verschaffen. Ein im Buchbinderverbande organisierter Goldschnittmacher mußte mit Staunen bemerken, daß alle seine Schnitte mißglückten, er konnte anstellen, was er wollte. Keiner wußte Rat, bis man einen jungen Mann dabei ertappte, als er ein Pulver über die zum Abreiben der Schnitte bestimmten Papierspähne schüttete. Auf dem Kontor gestand der junge Mann dann wehmütig ein, das Pulver von einem christlich organisierten Kollegen erhalten zu haben. So versuchten also die Christlichen, durch Sabotage die „roten Brüder" wie gewöhnlich der Kraftausdruck lautet, aus dem Betrieb hinauszubringen, um für ihre Mitglieder, ebenso wie in Regensburg, ein Arbeitsmonopol zu schaffen. Welch ein Geheul würde wohl in der ganzen christlichen Gewerkschaftspresse über einen solchen Terrorismus erhoben werden, wenn der Buchbinderverband ihn auf dem Kerbholz hätte.

Letzte Nachrichten.

Eine Vertagung der Marokkodebatte?

Paris, 4. Dezember. (W. T. B.) Die Abgeordneten de Mun, Delafosse, Denys Cochin und de Chambrun haben im Bureau der Kammer einen Antrag niedergelegt, in dem sie die **Vertagung der Debatte** über den **deutsch-französischen Vertrag** und die Interpellationen über die auswärtige Politik bis zu dem Augenblicke verlangen, wo die Regierung **genaue Mitteilungen über die Verhandlungen mit Spanien und die Zustimmung der Signatarmächte der Algecirasakte werde machen können.**

Die siegreichen Revolutionäre.

Charbin, 4. Dezember. (Meld. d. Petersb. Telegr.-Agentur.) Wie aus chinesischer Quelle gemeldet wird, haben die Revolutionäre die Regierungstruppen in der Nähe von Futschou, Foenghwangtschen, Liaujang und Hsinjang nahe bei Liaujang **angegriffen.** Durch Zufall wurde auch ein japanischer Offizier von einer Kugel eines Revolutionärs **verwundet.** Die Revolutionäre haben in der Nähe von Futschou **zwei Befestigungen besetzt.** Die Regierungstruppen verloren **14 Tote und Verwundete** und zogen sich nach Futschou zurück.

Krieg im Frieden.

Kiel, 4. Dezember. (W. T. B.) Auf dem Linienschiff **„Preußen"** sind heute abend während einer Schießübung in der **Kieler Bucht,** anscheinend infolge unvorsichtigen Hantierens mit einer Granate an einem Geschütz, **zwei Mann erheblich verletzt worden.** Die „Preußen" ist hier eingelaufen und hat die **Verunglückten** gelandet, die sogleich in das **Garnisonlazarett** übergeführt wurden.

Eisenbahnunglück im Tunnel von Olliergues.

Paris, 4. Dezember. (W. T. B.) In einem Tunnel bei Olliergues (Departement Puy-de-Doms) **stieß ein Personenzug mit einer Lokomotive zusammen.** Der Lokomotivführer und der Heizer **wurden getötet, zehn Reisende schwer verletzt.**

Verhängnisvolle Explosion einer Petroleumlampe.

Paris, 4. Dezember. Aus Le Mans wird über eine Explosionskatastrophe berichtet, die **vier Menschenleben** forderte. Auf einem Wagen, in welchem sich eine aus Vater, Mutter und zwei Kindern bestehende Familie befand, **explodierte** die an ihm befestigte **Petroleumlampe,** wodurch der Wagen in Brand geriet. **Sämtliche Insassen erlitten so schwere Verletzungen,** daß sie kurze Zeit nach der Katastrophe **starben.**

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

216. Sitzung vom Montag, den 4. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Wermuth.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Petition verschiedener Frauenvereine verlangt Maßnahmen zwecks Herbeiführung eines Verbotes bezw. einer Einschränkung der weiblichen Bedienung in Gastwirtschaften. Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen, soweit sie jedoch eine generelle Abschaffung der weiblichen Bedienung für ganz Deutschland verlangt, wird über sie zur Tagesordnung übergegangen.

Eine weitere Petition verlangt die Festlegung des Osterfestes. Sie wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Ebenfalls als Material überwiesen wird eine Petition auf Ausdehnung der Gewerbeordnung auf Gärtnereien.

Eine Petition betr. Beförderung von geschlossenen Briefen durch Boten von Privatbeförderungsanstalten innerhalb eines Ortes wird der Regierung als Material überwiesen.

Petitionen betreffend Regelung der Dienst- und Ruheverhältnisse des Eisenbahnpersonals werden, soweit sie im allgemeinen eine bessere Regelung verlangen, zur Berücksichtigung, soweit reichsgesetzliche Regelung verlangt wird, zur Erwägung überwiesen.

Bei einer Petition betr. Einführung eines Schutzzolls auf frische Fische und Heringe, über die die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt, tritt

Abg. v. Treuenfels (k.) für Ueberweisung als Material ein mit Rücksicht auf den Rückgang in der Seefischerei, der auch Mangel an dem nötigen Ersatz der Marine zur Folge haben könne.

Abg. Schwartz-Lübeck (Soz.) wendet sich im Interesse der kleinen Fischer gegen diesen Antrag.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Es folgt die

zweite Lesung der ostafrikanischen Eisenbahnvorlage.

Reichsschatzsekretär **Wermuth**: Die Zeitungsberichte über die Erklärungen der Regierung in der Budgetkommission zum Stande unserer Reichsfinanzen waren sämtlich ungenau. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Es sind auch ungünstige Darstellungen über den Etat für 1912 verbreitet worden. Natürlich ist es jedermanns Recht, hierüber zu sagen, was er will. Aber wenn das fortgesetzt geschieht aus dem Gesichtspunkt, daß man mit der Reichsfinanzreform von 1909 nicht einverstanden war, dann muß die Finanzverwaltung aus allgemeinen Rücksichten auf dem Plane erscheinen und erklären, daß wir Aussicht haben, die Gesundung der Reichsfinanzen eher zu erreichen, als wir erwartet haben. (Beifall rechts und im Zentrum. — Zurufe links: Abwarten! Wahlrede!) Unsere Anleihen sind ja auch wieder gestiegen. (Lauter Beifall rechts und im Zentrum. Erneute Zurufe links: Wahlrede.) Nein, das ist keine Wahlrede, sondern eine Verwahrungsrede gegen Angriffe in der Presse. (Zuruf rechts: Ihnen (nach links) tut es wohl leid, daß wir gute Finanzen haben? — Ruf links: Vorläufig sind sie es noch nicht!) Wir haben keine neuen Anleihen aufzunehmen brauchen und haben an die Schuldentilgung denken können. Hoffentlich hält diese Entwickelung auch 1912 an. Genau weiß ich das natürlich nicht. (Ahnrufe links.) Die wirtschaftliche Entwickelung vermag ich natürlich nicht vorauszusehen. Aber die Finanzen befinden sich auf gutem Wege? Wir müssen nur mit eiserner Konsequenz an den bisherigen Grundsätzen festhalten. Aus diesen Gründen kann ich Ihnen die Annahme der Vorlage empfehlen. (Lauter wiederholter Beifall rechts und im Zentrum. — Lachen und Zurufe links: Solch eine Komödie!)

Abg. **Erzberger** (Z.): Wir werden für die Vorlage stimmen. Unsere finanziellen Bedenken bezüglich der Gestaltung des Etats für Ostafrika sind in der Kommission zerstreut worden. Wir hoffen, daß die Erwartungen, die man an dies große Kulturwerk knüpft, bald in Erfüllung gehen. Die Erklärung des Staatssekretärs begrüßen wir. Wir sind überzeugt, daß die Wahrheit über die Wirkungen der Reichsfinanzreform doch einmal siegen muß. (Bravo! im Zentrum, Lachen links.) Ich wünschte nur, daß jede „Wahlrede" nur so objektive, unbestreitbare Tatsachen bringen wollte. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Daß die Lage der Finanzen jetzt günstiger ist, darüber freut sich auch die Linke. Aber deshalb braucht man doch kein Loblied auf die Reichsfinanzreform zu singen. (Sehr richtig! links.) Auch ohne eine Finanzreform wären unsere Finanzen besser geworden, denn damals herrschten besonders ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse. Gerade das Zentrum hat das betont, so lange es in der Opposition war. Das wäre ja auch eine nette Finanzwirtschaft, bei der durch mehrere hundert Millionen nicht eine Besserung hervorgerufen würde. (Sehr richtig! links.) Wir bedauern aber, daß diese Besserung hervorgerufen worden ist durch eine unsoziale Finanzreform. (Beifall links.)

Abg. **Gothein** (Vp.): Auch wir stimmen für die Vorlage. Die Rede des Schatzsekretärs ist bei den Haaren herbeigezogen. Sitzen die Haarkünstler nun auf der Bundesratsestrade oder im Zentrum? (Heiterkeit.) Daß mehrere hundert Millionen einkommen würden, hat niemand bestritten. Aber wie liegen die Dinge bei den einzelnen Steuern? Die Tabaksteuer z. B. bringt statt 45 nur 30 Millionen mehr. (Hört! hört! links.) Kaffee und Tee sollten 87 Millionen bringen, brachten aber nur 14 Millionen. Das ist Ihre Finanzwirtschaft! Noch schlimmer liegen die Dinge bei der Branntweinsteuer. Beim Bier beträgt der Ausfall 41 Millionen trotz der Bevölkerungszunahme und des heißen Sommers mit dem großen Durst. (Heiterkeit.) Die Streichhölzer bringen statt 25 Millionen nur 14 Millionen. Dieser Betrag wird ja steigen, wenn die unversteuerten großen Vorräte an Streichhölzern bei selbst gut konservativen Offizieren aufgebraucht sein werden. (Heiterkeit links.) Wir sind also weit hinter den Anschlägen zurückgeblieben. Es gilt für Sie (zum Zentrum) das Wort: Religion gut, Kopfrechnen schwach. (Heiterkeit links. Unruhe im Zentrum.)

Statt 420 Millionen sind nur 230 Millionen eingekommen.

(Hört! hört! links.) Wenn trotzdem die Finanzen so glänzend sind, so frage ich: Warum mußten durchaus 420 Millionen an neuen Steuern bewilligt werden? Dafür haben wir eine schwere Schädigung unseres Wirtschaftslebens in Kauf nehmen müssen. (Zuruf rechts: Und der wirtschaftliche Aufschwung?) Der große wirtschaftliche Aufschwung besteht nur in Ihrer Phantasie und, soweit eine Besserung eingetreten ist, ist sie wahrhaftig nicht auf die neuen Steuern zurückzuführen. (Beifall links.) Aber Herr Erzberger bringt alles fertig. Eine gesunde Finanzlage ist vor den Wahlen immer da. (Heiterkeit.) Da wird eben mit den Ausgaben vorsichtig umgegangen. Aber eine Gesundung der Finanzen durch eine ungesunde Finanzreform ist keine Gesundung für das Volk. (Beifall links.)

Reichsschatzsekretär **Wermuth**: Meine Rede ist nicht bei den Haaren herbeigezogen, sondern veranlaßt durch die Blätter der Linken, die von einem Scheitern der Finanzreform gesprochen haben. (Beifall rechts.) Die Zahlen des Abg. Gothein müssen jo jeden Christenmenschen mit Grausen erfüllen. (Heiterkeit.) Habe ich recht gehört: 230 Millionen soll die ganze Finanzreform gebracht haben? Schon im ersten Etatsjahr sind über 293 Millionen eingegangen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Und im zweiten Jahre sind die Einnahmen um 80 Millionen gestiegen. Es fehlen heute nur 24 Millionen an den bewilligten 420 Millionen. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Das ist doch schon ein recht gutes Ergebnis. Auch die einzelnen Zahlen des Abg. Gothein stimmen nicht. (Hört! hört! im Zentrum.) Wir sind aus unserer Finanzdébâcle glücklich heraus. Aber vor jedem Triumphieren möchte ich meinerseits wenigstens dringend warnen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. **Zietsch** (Soz.):

Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß wir irgendwelche Bedenken dagegen haben könnten, wenn unsere Finanzen sich bessern, aber es ist doch in der Tat recht auffällig, daß eine Auslassung der „Freisinnigen Zeitung" auf Grund der Mitteilung eines Korrespondenzbureaus der Regierung Gelegenheit gibt, hier Erklärungen über die Finanzlage des Reiches abzugeben. Seit wann gibt denn die Regierung so sehr viel auf das, was in Blättern der Linken steht? (Sehr gut! links.) Aber wir wissen ja, die Herren der Rechten haben ein sehr lebhaftes Bedürfnis, vor der Wahl von der Regierung bestätigt zu bekommen, daß Sie mit der Finanzreform von 1909 wirklich etwas Gutes geschaffen haben. Sie hatten ja zuerst auf Herrn v. Bethmann Hollweg gehofft, und als der Sie am 10. November so auf den Kopf geschlagen hat, haben Sie nun vom Staatssekretär Wermuth verlangt, daß er das lang gewünschte Exposé über den kommenden Etat vor den Wahlen gebe. Alles in allem hat aber Herr Wermuth doch herzlich wenig gesagt. Aus seiner Rede ergibt sich schließlich nichts anderes, als daß etwas mehr auf Grund der neuen Steuern eingegangen ist, als die Herren von der Regierung erwartet haben. Darüber stimmen Sie (nach rechts) nun

ein Jubelgeschrei

an, das wir ja in noch ganz anderer Form wiederfinden werden, in den Wahlflugblättern der Rechten. Der Staatssekretär selbst hat sich ja sehr vorsichtig ausgedrückt und hat betont, daß etwas Bestimmtes über die Zukunft sich noch nicht sagen läßt. Sie machen nun so viel Gerede davon — was doch bei den vielen neuen Steuern selbstverständlich sein sollte —, daß neue Schulden nicht gemacht zu werden brauchen. Die Tatsache, daß bis jetzt noch nicht neue Schulden gemacht sind, soll eine ungeheuere Gesundung unserer Finanzen bedeuten. Dabei vergißt man ganz, daß neben den neuen Steuern damals noch ein neuer Schuldenaufnahmeplan aufgestellt wurde, wonach bis 1914 noch 900 Millionen Schulden aufgenommen werden sollten. Und wenn nun diese neuen Schulden nicht in der Höhe gegeben sind, dann schreien Sie das als ungeheuren Erfolg der Finanzreform aus. Der Staatssekretär erklärte wieder, er habe es sich zum Prinzip gemacht, daß neue Schulden nicht gemacht werden sollen für nichtwerbende Ausgaben. Wir würden es sehr begrüßen, wenn dies System in Deutschland endlich einmal durchgeführt würde. Es ist wirklich allerhöchste Zeit dazu. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach einer Denkschrift der Regierung vom 26. November 1910 betrug die Reichsschuld nahezu 5 Milliarden; davon sind über 4092 Millionen für nichtwerbende Zwecke, für Heer, Marine usw. ausgegeben. Wir würden uns also sehr freuen, wenn Herr Wermuth mit eiserner Konsequenz, wie er sagte, seinen Grundsatz durchführen könnte. Aber wer bürgt uns für die Durchführung, wer garantiert uns vor allem, daß, wenn dieses System zur Durchführung kommen soll, Herr Wermuth an seinem Platze ist? Wir wissen ja, wie schnell Minister verschwinden und wie dann andere Leute kommen, die nichts von den Methoden ihrer Vorgänger, nichts von den Versprechungen wissen, die jene hier im Namen der Reichsregierung der Volksvertretung gegeben haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben also allen Anlaß, gegenüber solchen Erklärungen sehr vorsichtig zu sein, zumal, wenn sie kurz vor den Wahlen erfolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir hoffen auch auf eine Gesundung unserer Finanzen und wünschen sehr, daß die rosenrote Schilderung, die Herr Wermuth jetzt von unserer zukünftigen Finanzgestaltung gegeben hat, sich erfüllen möge. Vielleicht kommen wir dann dazu, wenigstens die ungerechtesten der bewilligten Steuern zu beseitigen. Ich glaube freilich, wenn wir mit einer solchen Forderung an den Staatssekretär kommen, wird er nichts mehr von dem wissen, was er heute gesagt hat. Als wir im vergangenen Jahre bei Beratung der Wertzuwachssteuern die Aufhebung der ungerechtesten und härtesten Steuer, der Zündholzsteuer, verlangten, sah der Staatssekretär nicht so rosig in die Zukunft wie heute, sondern sagte,

er könne nicht einen Pfennig entbehren.

Damals standen allerdings noch nicht die Wahlen so nahe vor der Tür. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja nicht das erste Mal, daß uns vor den Wahlen solche Erklärungen abgegeben werden. Auch vor den Wahlen 1907 erklärte der damalige Schatzsekretär v. Thielmann und versicherte es in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mit den heiligsten Eiden, daß es neue Steuern sobald nicht geben werde. Also wir müssen solchen Erklärungen der Regierung vor den Wahlen mit großem Mißtrauen begegnen, um so mehr, weil auch trotz des erfreulichen Exposés des Staatssekretärs nicht daran zu denken ist, daß die Erträge der Finanzreform ausreichen, wenn die Dinge sich in bezug auf die Ausgaben so gestalten, wie es die Mehrheit wünscht. Eine

neue Militär- und Flottenvorlage

ist zwar noch nicht offiziell angekündigt — das tut man vor den

Kleines Feuilleton

Der Dichter der „Weber" bei Ullstein und Mosse. Erst hieß es schüchtern, Hauptmann beschäftige sich momentan mit einer Bearbeitung der Parzivalsage für die Jugend. Nun kommt heraus, daß diese Bearbeitung bei Ullstein erscheinen wird.

Es ist nicht hübsch, daß der Hauptmann mit seiner Uniform handeln geht. Wenn auch das Dichten bei ihm kein Geschäft war, so wird es ihm doch niemand übel nehmen, wenn er seine Werke so günstig wie möglich verkauft. Aber ein Mann wie Hauptmann hat doch die Pflicht, zu sehen, an wen. Er mußte wissen, daß Ullstein ihn zu dieser Arbeit nur aufgefordert hat, um mit dem Namen zu protzen. Wie er mit anderen auch protzt.

Hauptmann, der vor 14 Jahren die „Weber" schrieb, durfte nicht einem Verlag seinen Namen vermieten, dem systematisch — in allen Dingen — die fettgedruckte Ueberschrift wichtiger ist, als der Inhalt, der mittäglich den Geschmack durch dumme Witze und schlechte Sensation noch mehr verdirbt, der die Leibwäsche der Finanz und die Abführmittel der Schauspieler aus dem ff studiert, der politisch soweit liberal ist, wie das Geschäft es erlaubt — Hauptmann durfte das nicht.

Ullstein ist kein Vorwurf zu machen. Er ist Kaufmann.

Ebenso wie Mosse, der einen neuen Roman Hauptmanns zum teelöffelweisen Abguß . . . Abdruck wollte ich sagen, für das „Tageblatt" erworben hat.

Es ist ein trauriges Schauspiel, einen Dichter handeln zu sehen

Der Selbstmord bei den Chinesen. Die Gleichgültigkeit der Chinesen gegen den Tod ist eine der vielen merkwürdigen Eigenschaften dieses Volkes. Oft bedarf es nur eines geringfügigen Anlasses, um den Chinesen im Bann einer plötzlichen Eingebung seinem Leben ein Ende machen zu lassen. So sollen sich nach einer Mitteilung von Brandt im Jahre 1870, als nach dem Tientsin-Massaker die Schuldigen mit dem Tode bestraft werden sollten, Leute bereitgefunden haben, gegen Zusicherung einer Summe von 25 Dollar und eines schönen Sarges die Schuld freiwillig auf sich zu nehmen. Das chinesische Volk steht, jedenfalls soweit das weibliche Geschlecht dabei in Frage kommt, hinsichtlich der Häufigkeit des Selbstmords an der Spitze aller Nationen. Die Religion der Chinesen kennt kein Gebot, das sich gegen den Selbstmord wendet. Wie Dr. Prahl im Archiv für Rassenbiologie mitteilt, ist die große Mehrzahl der Selbstmörder im deutsch-chinesischen Landgebiet weiblichen Geschlechts; dies ist eine Folge der niederen Stellung, die das Weib in China einnimmt, eine Folge davon, daß es keine Rechte besitzt, die der Mann oder die Eltern zu achten hätten. Als Selbstmordmotive für das männliche Geschlecht werden genannt: Angst vor dem umständlichen, häufig parteiischen Gerichtsverfahren und Furcht vor der Untersuchungshaft mit ihren grausamen Foltern; ferner Zahlungsschwierigkeiten; Nahrungssorgen infolge des kostspieligen Lasters, Opium zu rauchen, geben oft die Motive des Selbstmordes ab. Auch die langausgedehnten Staatsprüfungen erfordern jährlich manche Opfer. Schließlich kommen auch Selbstmorde von buddhistischen Priestern aus religiösem Fanatismus vor. Motive, die beide Geschlechter zum Selbstmord treiben, sind Rachgefühl und Nahrungssorgen, ferner Lebensüberdruß und Krankheiten. Die Rechtszustände und Volksanschauungen geben in China einem jeden die Mittel in die Hand, durch Selbstmord an seinem Widersacher Rache zu nehmen, da dieser, falls er zum Selbstmord Anlaß gegeben hat, von den Gerichten mit seiner Habe und unter Umständen sogar mit seinem Leben verantwortlich gemacht wird. Wenn eine Frau z. B. beleidigt oder in ihrer Ehre gekränkt wird und sich deswegen das Leben nimmt, so kann der Beleidiger ziemlich sicher sein, daß man ihn zum Tode verurteilt. Die Sicherheit, mit der ein Selbstmörder auf Befriedigung seines Rachegefühls rechnen kann, ist also sehr groß. Opium, Arsenikverbindungen und, seitdem die Phosphorstreichhölzer eingeführt wurden, der Phosphor, sind die hauptsächlichsten Giftmittel in China. Vor einigen Jahren wußte man in Kiautschou noch fast gar nichts von Phosphorvergiftungen, jetzt stehen sie weitaus an erster Stelle. Sie haben auch die früher recht häufigen Arsenikvergiftungen fast vollständig verdrängt. Die Vergiftungen mit Opium sind in langsamer Abnahme begriffen.

Musik.

Im Theater des Westens wurde die Operette „Fatiniza" von Franz v. Suppé in Neueinstudierung aufgeführt. Die Aufführung stand auf der Höhe dessen, was dort geboten zu werden pflegt. Es gab sogar manche gute Gesangleistung, namentlich bei den Frauen. Die Titelrolle war in der Hand von Mizzi Freihardt leidlich aufgehoben, obwohl sie für die sehr umfangreiche Gesangspartie nicht durch ebenso schöne Töne in der Tiefe wie in der Höhe ausreichte. Die Regie war flott genug. Von einer Musteraufführung, die etwas Neues schuf, war allerdings keine Rede. Und trotzdem würde ein solcher Versuch zu den größten Verdiensten gehören. Wir haben jetzt mit einer Wiedererweckung der älteren Operette begonnen, und die Bemühungen dazu verdienen alle Sympathie.

Um so deutlicher wird nun auch der Gegensatz zwischen der älteren und der neueren Operette. Für die ältere kann man in Frankreich Offenbach, in Deutschland Suppé voranstellen; beide im Jahre 1819 geboren. In Frankreich mag weiterhin Charles Lecocq (geboren 1832 und noch am Leben) als der fähigste Mann der älteren Schicht bezeichnet werden; auf deutschem Boden nimmt diese Stellung in erster Linie J. Strauß (1825 bis 1899), in zweiter K. Millöcker (1842—1899) ein. Von allen diesen reichen die Leistungen Suppés wohl am weitesten zurück.

Die Einfügung der „Fatniza" (1876) zwischen die jetzt übliche Operette machte nun einen charakteristischen Eindruck. Gemeinsam haben beide Arten immerhin viel; so vor allem das Vorherrschen des gesprochenen Dialoges und eines mehr oder minder starken Possenelementes, sodann in der Musik die Aneinanderreihung von „Nummern". Aber die älteren Komponisten boten vor allem eine möglichst gute und vornehme Musik; die neueren bieten irgendwelche musikalischen Fixigkeiten auf, um einer möglichst sicheren Bühnenwirkung zu dienen. Die dort schufen Musik, die hier machen Musik. Man vergleiche etwa den bereits beliebt gewordenen Duettwalzer aus der „Modernen Eva" mit irgend einer Melodie aus der „Fatiniza"! Sieht man näher zu, so merkt man, daß der jüngste Walzer wirkt, ohne daß in ihm irgend eine musikalische Wendung steckte, vor der man wirklich Respekt haben könnte. Was seinerzeit geschaffen wurde, war so, daß man daran musikalisch lernen und bei näherer Betrachtung noch neue Schönheiten entdecken konnte. Damals war man immerhin ein bißchen breit; aber man hatte seine Freude und Behaglichkeit daran. Heute wird eine Operette nach allen Seiten so angelegt, daß Schlag auf Schlag eine Hetze kommt, bis man sich endlich zu Tode langweilt. Harmlos waren die damals allerdings. Hochdramatisch wollten sie nicht sein. Kommt auf der Bühne eine Ueberraschung, so macht die Musik irgendeinen einfachen Uebergang, während sie sich heute in einem solchen Fall gebärdet, als käme ein Erdbeben.

Und nun ist es ganz besonders interessant, zu sehen, was aus dem nicht eigentlich Dramatischen von damals geworden ist. Der französische Altmeister Offenbach und der sogenannte „Schöpfer der deutschen Operette" Suppé wollten vor allem eine anmutige melodiöse Musik geben. So auch noch ihre Nachfolger. Nun aber mußte die dramatische Entfaltung der Oper durch Wagner auch in die Operette hinüberspielen. Die Anläufe dazu waren gering, aber merklich. So schon einigermaßen bei J. Strauß; sodann weiter bei dem Engländer S. Jones und dem Franzosen E. O. Audran. Aber es konnte nichts Rechtes daraus werden, weil eine andere Linie der Entwickelung über diese vornehmeren Versuche hinwegging: eben die Linie, bei der wir jetzt angelangt sind, also die der Ausstattungsoperette, bei der der Musikmacher wenig mehr bedeutet als der Kostümlieferant. Die Ausstattungsoperette mit ihren Tanzduetten und dergleichen, also ein Spezialfall dessen, was man die heutige Barbarisierung Deutschlands nennen kann und etwas höflicher seine Amerikanisierung zu nennen pflegt!

Um so mehr können wir uns der Wiedererweckung Offenbachs und Suppés freuen, nachdem beide in den letzten Jahrzehnten mehr nur dem Namen nach bekannt geblieben waren. Zwar haben wir in Berlin noch immer keine zutreffende, das heißt eine zwerchfellerschütternd ernste Neueinstudierung der „Schönen Helena". Aber wenigstens die Wiedererweckung der so überaus graziösen Einakter Offenbachs ist schon ein gutes Zeichen. Suppé besitzt zwar nicht die durchschlagende Originalität der Offenbachschen Melodien, aber seine Musik ist durchgearbeiteter. Man muß nur aufmerksam aufs Orchester und auf die Singstimmen hinhören, und man spürt den Zauber, spürt die Erholung gegenüber dem gegenwärtigen Jahrmarkttreiben.

s.

Notizen.

— **Eine Spaltung in der Neuen Sezession.** Die führende Gruppe der Neuen Sezession (Die Brücke) hat sich genötigt gesehen, aus der Neuen Sezession auszutreten, um die künstlerischen Ziele der neuen Bewegung rein und kräftig durchführen zu können. Ihr gehören an: Max Pechstein, Otto Mueller, E. L. Kirchner, E. Heckel.

— **Was die drahtlose Telegraphie leistet.** Der Dampfer „Neckar" vom Norddeutschen Lloyd blieb auf der Reise von Bremen nach Baltimore sieben Tage mit Norddeich in Verbindung. Die größte Entfernung betrug 8234 Kilometer. Dies ist die höchste bisherige Reichweite einer Bordstation.

Wahlen auch nicht. Aber schon kommt aus den Kreisen der Rechten und der Nationalliberalen, aus dem Flottenverein, der lebhafte Wunsch nach neuen Schiffen, neuer Heeresvermehrung, und wir werden sicher kurze Zeit nach den Wahlen diese Wünsche von der Regierung erfüllt sehen. Wie werden dann die Mittel aufgebracht werden, wird man dann auch sagen, daß für nichtwerbende Zwecke keine neuen Schulden gemacht werden dürfen? Dann wird von neuem der Kampf entbrennen darüber, ob auch die Besitzenden zur Deckung der neuen Kosten herangezogen werden sollen.

Die Erbschaftssteuer ist noch nicht begraben,

sie wird dann auftauchen und wir hoffen, daß im neuen Reichstage Sie (nach rechts und im Zentrum) dann nicht mehr so stark sein werden, um die Erbschaftssteuer zu Fall zu bringen. Doch das sind Dinge, die die Zukunft entscheiden wird. Vorläufig können wir gegenüber den Ausführungen des Staatssekretärs Wermuth nur erklären: Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die zur Beratung stehende Vorlage anlangt, so werden wir für die Ugandabahn stimmen, weil es sich nur um den Ausbau einer bereits bestehenden Strecke handelt und weil die Einnahmen dieser Bahn genügen sollen, um die Kosten zu decken. Dagegen lehnen wir die Zentralbahn ab. Wir halten es für wichtiger, daß zunächst die Verkehrswege und Bahnverhältnisse in der Heimat besser ausgebaut werden. Hier, wo es sich meist um rentable Strecken, zu denen die Kommunen usw. Zuschüsse leisten, handelt, ist meist kein Geld vorhanden, wohl aber für die Kolonien, wo doch von einer Rentabilität der Bahn keine Rede ist. Es ist recht auffallend, daß derselbe Reichstag, der erst vor wenig Tagen eine ungeheuere Erschwernis des Verkehrs in Deutschland durch die Schiffahrtsabgaben herbeigeführt hat, jetzt 120 Millionen für Bahnbauten in den Kolonien auszugeben bereit ist. Wenn Sie auch nur einen kleinen Teil davon zur Regulierung der Ströme in Deutschland verwandt hätten, hätten Sie die deutsche Schiffahrt nicht so zu schikanieren brauchen. Also wir sind für eine gesunde Entwickelung der Verkehrsverhältnisse vor allem in der Heimat. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Wir erwarten von der Zentralbahn eine weitgehende Aufschließung unserer ostafrikanischen Kolonie. Die Vorrede war eine Wahlrede, denn die Ausführungen über die Bahnbauten in Deutschland waren bei den Haaren herbeigezogen und zwar aus Wahlrücksichten. (Widerspruch links.) Die Rede des Schatzsekretärs ist der Linken natürlich unangenehm. (Lachen links), denn im Lande wird mit Verlogenheit gegen die Reichsfinanzreform gearbeitet. (Sehr richtig! rechts.) Daß diese Debatte zu einer glänzenden Rechtfertigung der Reichsfinanzreform wurde, danken wir dem Abg. Gothein. (Heiterkeit rechts.) So geht es selbst den klügsten Köpfen der Fortschrittspartei durch die Lektüre der Anti-Reichsfinanzreformpresse. Die Schuld daran, daß die Liebesgabe noch besteht, trägt die Fortschrittspartei, sie hätte nur das Spiritusmonopol zu bewilligen brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Herr Gothein leugnet den wirtschaftlichen Aufschwung, und Herr Paasche führt die höheren Einnahmen gerade auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurück. Was ist nun richtig? Wir haben einen wirtschaftlichen Aufschwung bekommen und zwar infolge der Reichsfinanzreform. (Lautes Lachen links.) Und in welche Kalamitäten wären wir hineingeraten ohne die Reichsfinanzreform bei den Verwickelungen der letzten Monate auf dem Gebiete der auswärtigen Politik? (Stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Zündholzsteuer gebe ich übrigens preis. Das ist eine schlechte Steuer. Aber weshalb haben wir schlechte Steuern machen müssen? Weil die Linke abseits stand und gute Steuern ablehnte, wie z. B. die Weinsteuer. Für eine Steuer war auch Herr Zietsch zu haben: für die Erbschaftssteuer. Gewiß, die äußerste Linke hat in zweiter Lesung dafür gestimmt. Aber wie hätte sie in dritter Lesung gestimmt? In Finanzfragen ist auf die Sozialdemokratie also kein Verlaß. Und das Wort vom Familiensinn stammt ja gerade von Herrn Paasche. (Hört! hört! rechts. — Präsident Graf Schwerin bittet, zur Tagesordnung zu sprechen.) Ohne die Reichsfinanzreform hätten wir diese Vorlage nicht annehmen können. Hoffentlich kommen weitere Bahnbauten. Diese Vorlage erfüllt meine Jugendideale. (Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (Z.): Die Rede des Haarkünstlers Gotheins (Abg. Gothein: Retourkutsche!) — aber sie sitzt (Heiterkeit im Zentrum) — müßte öffentlich angeschlagen werden, aber — mit der Erwiderung des Schatzsekretärs. (Beifall im Zentrum.) Das wäre eine schöne Aufklärungsarbeit. Herr Gothein ist jämmerlich hereingefallen. Woher kommen denn unsere Ueberschüsse, wenn die neuen Steuern nichts gebracht haben? Die unsachlichen Ausführungen des Abg. Gothein können nicht scharf genug gegeißelt werden. Keine neue Steuer bringt gleich im ersten Jahr den vollen Ertrag.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Das Karnickel, das angefangen hat, war nicht der Abg. Gothein, sondern der Schatzsekretär. (Sehr richtig! links.) Für den Schatzsekretär lag gar keine Veranlassung zu seiner Finanzreformrede vor. (Zustimmung links.) In der Kommission hat Abg. Erzberger der Presse der Linken schamlose Verlogenheit nachgesagt. Möge er in seine eigene Presse blicken. (Sehr richtig! links.) Der Schatzsekretär hat seine Rede gehalten im Auftrage des schwarz-blauen Blocks. (Lärm rechts und im Zentrum.) Der Etat für 1912 ist ja ausgeblieben, aber etwas ist der Schatzsekretär Ihnen ja nun entgegengekommen. Sie treiben hier

Schönmalerei zu Wahlzwecken.

(Sehr richtig! links.) Die Zahlen des Schatzsekretärs sind nur Mutmaßungen für die Zukunft. Gotheins Zahlen aber stehen für 1910 fest. Wir haben niemals 400 Millionen an indirekten Steuern bewilligen wollen. Das ist ein Märchen. Die Weinsteuer haben die Konservativen und das Zentrum abgelehnt. Herrn Dr. Arendt danken wir für die Verurteilung der Zündholzsteuer. Möge er sie nun auch beseitigen.

Der Schnaps war die Leimrute,

die die Rechte dem Zentrum legte und auf die das Zentrum ging. (Heiterkeit.) Herrn Erzbergers undurchdachte Steuervorschläge hat selbst die „Köln. Volksztg." verurteilt und da muß es doch wahr sein. (Lachen im Zentrum.) Der Mehrheit stehen nicht einmal mildernde Umstände zur Seite, denn sie hat sich zusammengefunden aus Gründen des wirtschaftlichen Egoismus. (Beifall links. Hu hu! Rufe rechts und im Zentrum.)

Abg. Bebel (Soz.):

Diese Verhandlungen machen ja stellenweise den Eindruck einer ziemlich

stürmischen Wahlversammlung

und bezeichnenderweise beteiligt sich daran nicht allein das Haus, sondern auch die Regierung. (Sehr richtig! links.) Bei der Marokkodebatte machte ja kürzlich der Reichskanzler Herrn v. Heydebrand den Vorwurf der Wahlmache. Dieser Vorhalt scheint mir auch sehr angebracht gegenüber der Rede des Schatzsekretärs. (Lebhafte Zustimmung links.) Im Grunde genommen hatten seine Ausführungen mit dem Gegenstande der Tagesordnung nicht das geringste zu tun. (Sehr richtig! links.) Aber immerhin ist es erfreulich, wenn die Herren von der Regierung einmal aus ihrer Zugeknöpftheit heraustreten und dem Hause etwas sagen, was das Haus noch nicht wußte. Ich hätte aber gewünscht, daß der Schatzsekretär, wenn er nun schon einmal uns Aufschluß über den Stand unserer Finanzen geben wollte, uns auch die nötigen Unterlagen beigebracht hätte, damit wir imstande waren, zu prüfen, aus welchen Quellen die Mehreinnahmen gekommen sind. (Sehr richtig! links.) Nach seiner Darstellung mußte es so scheinen, als ob die Quelle ausschließlich die berühmte oder besser berüchtigte Finanzreform gewesen ist. Wir hätten gern gewußt, wie weit auch andere alte Steuern für den günstigen Stand unserer Finanzen in Frage kommen. Aber darüber wird ja erst der nächste Reichstag das Nähere erfahren, in dem mancher fehlen wird, der heute hier anwesend ist. (Heiterkeit links.)

Wenn aber die Finanzlage augenblicklich wirklich so günstig ist, dann konnte sie im Frühjahr dieses Jahres doch nicht so ungünstig sein. Als wir damals jedoch einige Millionen forderten, um die armen Tabak- und Zündholzarbeiter zu entschädigen, die durch die Finanzreform ruiniert waren, da erklärte der Schatzsekretär:

dafür ist kein Geld da!

(Lebhaftes Hört! hört! links und Bewegung.) Als wir bei der Reichsversicherungsordnung den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Invaliden stellten, erklärte der Schatzsekretär, daß die hierfür erforderlichen neun Millionen unter keinen Umständen bewilligt werden dürften. (Erneutes Hört! hört! links.) Genau so lagen die Dinge bei der Erhöhung der Löhnung für die Soldaten. Wenn je etwas notwendig war, so das, daß diese armen Teufel etwas mehr bekamen, als die 22 Pf. den Tag, den sie seit dreiviertel Jahrhundert bezogen. (Lebhafte Zustimmung links.) Auch für die Wöchnerinnen war kein Geld da. Aber jetzt soll alles mit einem Mal anders sein und die Reichskasse scheint im Golde zu schwimmen. Hoffentlich nimmt der nächste Reichstag von den Ausführungen des Schatzsekretärs Notiz und ergreift die entsprechenden Maßnahmen. Wir werden jedenfalls die Herabsetzung der Altersgrenze beantragen und die

Aufhebung der Zündholzsteuer sowie der Salz- und Zuckersteuer.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.) Eigentlich geht uns Sozialdemokraten ja dieser ganze Streit nichts an, denn wir haben nie behauptet, daß die Finanzreform die Erträge nicht bringen würde. Ja, wir haben sie gerade deswegen bekämpft, weil wir wußten, daß das arme Volk diese Lasten zu tragen haben würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das jetzt bestätigt wird durch die Steigerung der Einnahmen, dann ist das Wasser auf unsere Mühle. (Beifall bei den Soz.). Man streitet sich draußen gar nicht um die Wirkungen der Reichsfinanzreform, das Volk weiß genau, daß es ihre Last drückend empfindet und das genügt uns. Es spielt gar keine Rolle, ob diese oder jene Steuer ein paar Millionen mehr oder weniger bringt. Wenn man dem Volke nahezu 500 Millionen auferlegt, dann müssen natürlich die Einnahmen kommen.

Wir als Sozialdemokraten werden niemals indirekte Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel bewilligen.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Eine sozialdemokratische Fraktion, die das täte, hätte damit ihr Todesurteil unterschrieben. Wir sind im Gegenteil dafür da, daß nicht alle Lasten fortgesetzt auf die Armen abgewälzt werden. Was spüren denn heute die Bourgeoisie, die Unternehmer und die Großagrarier von den Lasten des Reichs? So gut wie nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was sie geben, ist

ein Trinkgeld.

Die Massenartikel werden besteuert; dies Programm des Fürsten Bismarck wird in einem weit höheren Maße verwirklicht, als er es selbst getan hätte. Der Reichsschatzsekretär hätte uns auch einmal einen Blick hinter die Kulissen tun lassen sollen. Mindestens drei Ressorts werden ihre Hände aufhalten, um von den Ueberschüssen etwas zu bekommen. Von dem neuen Etat hat er uns nichts verraten, was die Presse der Rechten vor einigen Monaten verlangte. Das hätte ja den Herren so gepaßt, wenn ihnen hier ein Etat mit einem „Ueberschuß von 100 Millionen vorgelegt worden wäre. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Das dicke Ende in Form von Nachtragsetats wäre dann schon gekommen. Der Reichsschatzsekretär hat auch kein Wort gesagt von der neuen Flotten- und Militärvorlage, die kommen wird so sicher, wie zweimal zwei vier ist. Allerdings gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Als ich 1898 den Staatssekretär des Reichsmarineamts nach einer neuen Flottenvorlage fragte, leugnete er schlankweg. Auch in der Kommission schwieg er sich vollkommen aus. Auch im Februar 1899 wußte er noch von nichts und im November 1899 traten fünf Minister auf den Plan und befürworteten die neue Flottenvorlage. (Hört! hört! links.) Diese Erfahrungen haben uns klug gemacht. (Sehr richtig! links.)

Als 1906 der Reichstag heimgeschickt wurde, erklärte noch drei Tage vor dem Wahltage am 22. Januar 1907 die „Nordd. Allg. Ztg." im Tone sittlicher Entrüstung, es sei gar nicht daran zu denken, daß neue Steuern kämen, und nachher haben wir dann die Bescherung gehabt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also auf derartige Erklärungen geben wir ganz außerordentlich wenig.

Nun zu einigen Bemerkungen des Abg. Dr. Arendt.

In den Streit, wer am meisten hat bewilligen wollen, ob die Rechte oder die Linke, lassen wir uns nicht ein. Es ist nicht zu leugnen, daß auch die Linke bereit war, Hunderte von Millionen neuer Steuern zu bewilligen; mir ist auch im Gedächtnis, daß man von 400 Millionen indirekter Steuern sprach. Die Differenzen sind nicht dadurch entstanden, sondern nur wegen der Art der indirekten Steuern. (Zuruf bei den Freisinnigen! Und das war die Hauptsache!) Das war für Sie die Hauptsache, für uns natürlich nicht. Also, Sie werden alle beide gehängt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) Neu war mir allerdings die Behauptung des Herrn Arendt, der wirtschaftliche Aufschwung sei eine Folge der Reichsfinanzreform. (Heiterkeit links.) Wollen Sie etwa behaupten, daß der blauschwarze Block daran gedacht hat, daß die Periode des Aufschwungs so bald kommen würde? Machen Sie einem das doch nicht weiß. Daß nach einer Periode der Depression einmal wieder eine Periode der Prosperität kommt, das hängt ja mit dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammen, und diese Perioden werden immer gewaltiger, eindrucksvoller, schadenstiftender in dem Maße, wie die kapitalistische Wirtschaft sich weiter entwickelt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Arendt meinte weiter, auf unsere Hilfe könne man sich in Finanzfragen nicht verlassen. Gewiß, wir haben zunächst einmal schon sehr viel daran auszusetzen, wofür die Steuern verwandt werden, und zweitens an der Art der Steuern. An Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer bringt der preußische Staat 303 Millionen im Jahre auf. Der englische Staat, der 2,8 Millionen Einwohner mehr hat und dessen Bevölkerung allerdings reicher ist, bringt durch seine Bourgeoisie und Aristokratie gegenüber diesen 303 Millionen

1800 Millionen an direkten Steuern

auf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit versalzen wir Ihnen (nach rechts) gründlich die Mehrbewilligung für Heer und Flotte, indem wir verlangen, daß die Bourgeoisie gehörig herangezogen wird zum Zahlen. So lange Sie diesen Weg der Besteuerung der Besitzenden nicht mitmachen, und das werden Sie nie tun, so lange werden wir geschiedene Leute sein und werden uns auf Tod und Leben bekämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schatzsekretär Wermuth: Dr. Müller-Meiningen behauptet, ich hätte im Auftrage des schwarzblauen Blocks gesprochen. Das ist ja eben das Unglück, daß Sie die ganze Reichsfinanzreform immer nur unter diesem Gesichtswinkel betrachten. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ich habe mich gegen Ausführungen gewandt, die in der Kommission gemacht worden sind und die mir geeignet schienen, den Kredit des Reiches zu gefährden. — Nach dem Abgeordneten Bebel habe ich die Reichsfinanzen als so günstig dargestellt, daß alle sozialpolitischen Forderungen, die aus diesem Hause erhoben werden, nun erfüllt werden können.

Ich verwahre mich auf das entschiedenste gegen diese Konsequenz.

(Hört! hört!) So günstige Finanzen, daß alle Forderungen erfüllt werden können, gibt es gar nicht. (Heiterkeit.) Nach wie vor halte ich daran fest, daß, wer Ausgaben beantragt, auch die Mittel zur Deckung bewilligen muß. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.): Die Reichsfinanzreform haben wir wegen ihres unsozialen Charakters abgelehnt und die Erträgnisse der Steuern ändern an der Tatsache nichts, daß die Reichsfinanzreform unsozial gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Darum hat auch die Reichsregierung durch den Mund des damaligen Schatzsekretärs Sydow die Reichsfinanzreform ohne Erbschaftssteuer für unannehmbar erklärt. (Hört! hört! links.) — Ich soll das Wort vom „Familiensinn" geprägt haben. Gewiß habe ich erklärt, daß schwere Bedenken gegen die Erbschaftssteuer in der ursprünglich vorgeschlagenen Form vorlagen (Hört! hört! rechts und im Zentrum), und ich habe damals erklärt, daß eine andere Form der direkten Besteuerung des Besitzes vielleicht vorzuziehen sei. Das Entscheidende ist, daß die Mehrheit, die die Reichsfinanzreform gemacht hat, eine direkte Besteuerung des Besitzes abgelehnt hat. Das ist es, wogegen wir uns gewandt haben und wogegen wir uns wenden; die Mittel, die das Reich zu seiner Größe gebraucht, zu bewilligen, hat die nationalliberale Partei sich nie geweigert. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Erzberger (Z.): Die Liberalen waren bereit, gleich mehr indirekte Steuern zu bewilligen, als das Zentrum wirklich bewilligt hat. (Lärm und Zurufe bei den Liberalen.) — Abg. Bebel hat wieder ein hohes Lied auf das englische Steuersystem gesungen. Dabei stellt er ohne weiteres die Steuern des Deutschen Reiches mit den englischen Steuern in Vergleich und läßt, was doch entscheidend ist, die Steuern der Einzelstaaten außer Betracht. In der Tat gibt es kein sozialeres Steuersystem als das deutsche. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Redner polemisiert dann sehr ausführlich gegen den Abgeordneten Müller-Meiningen, den er nach einem Orte des bayerischen Landtagswahlkreises Müllers Müller-Oberkotzau nennt. (Schallende Heiterkeit bei der Mehrheit.) Müller-Meiningen beschwert sich über die „klerikale Presse", der er Verlogenheit vorwirft. Wahrscheinlich denkt er an die „Kölnische Volkszeitung" und ihre Mitteilung, daß er, Müller-Oberkotzau, (Erneute schallende Heiterkeit bei der Mehrheit) beim Zusammenbruch des Bülow-Blocks geweint habe. (Schallende Heiterkeit.)

Weiter beruft sich Abgeordneter Erzberger auf Ausführungen des freisinnigen (Stürmische Heiterkeit b. d. Sozialdemokr.) Abg. Eickhoff zugunsten der Reichsfinanzreform und stellt sich und den übrigen Mitgliedern der Reichsfinanzreformmehrheit das Zeugnis patriotischen, nationalen, verdienstvollen, uneigennützigen, ausgezeichneten usw. Wirkens aus. (Anhaltender Beifall bei der Mehrheit, anhaltende Heiterkeit auf der ganzen Linken.)

Abg. Dr. Wiemer (Vp.): Herr Erzberger ist über die „Freis. Ztg." mit Ausdrücken, wie „Verlogenheit" usw. hergefallen. Wer schimpft, setzt sich selbst ins Unrecht. (Präs. Graf Schwerin: Abgeordnete schimpfen nicht. Stürmische Heiterkeit.) — Redner geht sehr ausführlich auf die Geschichte der Reichsfinanzreform ein und erklärt ausdrücklich, daß er und seine Freunde bereit gewesen seien, an der Reichsfinanzreform mitzuarbeiten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), allerdings unter der Voraussetzung, daß ein möglichst beträchtlicher Teil auf dem Wege direkter Besteuerung des Besitzes aufgebracht würde. Gegenüber den Ausführungen Bebels erklärt der Redner u. a.: So lange nicht die Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten auf eine ganz andere Grundlage gestellt werden, wird das Reich nicht ausschließlich auf direkte Steuern basiert werden können. Es gibt doch auch indirekte Steuern, die nicht als Belastung der Besitzlosen aufzufassen sind. Auch wir haben die Reichsfinanzreform bekämpft, nicht weil wir nicht glaubten, daß sie genügend Geld bringen würde, sondern wegen der unsozialen Verteilung der Lasten. (Bravo! links.)

Abg. Wagner (k.): Wenn wir ganz in dieser Debatte schweigen würden, würde es draußen heißen: Schuldbeladen und zerknirscht verstummten die Konservativen. (Heiterkeit.) Die haltlose Unterstellung, als sei die Rede des Staatssekretärs bestellte Arbeit des schwarz-blauen Blocks, weise ich auf das entschiedenste zurück. (Bravo! bei den Konservativen.) Gegenüber den Angriffen des Herrn Wiemer auf den schwarz-blauen Block erinnere ich an den bekannten Brief des Führers der Freisinnigen, des Abg. Kopsch, worin er betont, daß er dem Zentrum stets freundlich gegenüber gestanden habe. (Hört! hört! rechts.) Wie hätten Sie denn die Finanzreform mit der Erbschaftssteuer gestaltet? Es ist schwer, fünfhundert Millionen Steuern aufzubringen, aber es ist leicht, die Leidenschaften aufzustacheln gegen diejenigen, die den Mut gehabt haben, die Steuern zu bewilligen. Der Fortschritt hat seit Gründung des Reiches noch keine Finanzreform bewilligt. Und wie wünschen sich denn eigentlich die Sozialdemokraten eine Finanzreform? Ich erinnere an den Streit auf Ihrem Parteitag über die Erbschaftssteuer. Sie haben ja auch gegen die Börsensteuer und ähnliche Steuern gestimmt. Zu allen Zeiten ist es nicht auf die Worte bei Gesundung der Finanzen angekommen, sondern auf die entschlossene Tat. Auf diese Tat sind wir stolz und warten das Urteil der Geschichte in Ruhe ab. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Wie alle Wege nach Rom führen, so führen alle Debatten über verkehrspolitische Vorlagen in dieser Zeit zu allgemein politischen Debatten. Wir können ja nur gewinnen, wenn Sie sich untereinander zanken, es kommt bei diesem Zank immer

ein Stück Wahrheit

an den Tag. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Herr Erzberger, der Verfasser der berühmten Wahlflugblätter des Zentrums im Wahlkampf 1906/07 und damit der eifrigste Kritiker dessen, was nachher seine Partei im Bunde mit den Konservativen gemacht hat, meinte, man müsse nicht nur die Reichssteuern, sondern auch die einzelstaatlichen und Gemeindesteuern berücksichtigen, die einen hervorragend sozialen Zug hätten. Das trifft für viele Bundesstaaten, z. B. für Bayern, gar nicht zu, und dann würde es auch, wenn es zuträfe, für die Reichssteuern gar nichts beweisen. Wenn Herr Erzberger durch einen Justizmord zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt würde, dann würde es für ihn wahrscheinlich nur einen geringen Trost bedeuten, daß er früher einmal ganz mit Recht von einer Klage wegen Beleidigung freigesprochen ist. (Heiterkeit.) Ebensowenig wie diese Dinge mit einander zu tun haben, ebenso unlogisch ist es, aus der Gerechtigkeit einer Steuer den Charakter anderer Steuern ableiten zu wollen. Tatsache ist, daß die Reichssteuern, wie sie heute sind,

das denkbar ungerechteste Steuersystem

darstellen gegenüber anderen Ländern. In England z. B. denkt niemand daran, Brot, Fleisch, Salz, die notwendigsten Lebensmittel, mit Steuern und Zöllen zu belegen. In Deutschland haben wir heute durchschnittlich eine Brotsteuer von 19 M. pro Kopf zu tragen, von denen 17 M. in die Taschen der Großagrarier fließen. (Hört! hört! links.) Eine Familie von vier Köpfen hat durchschnittlich 70 M. allein durch die Brotverteuerung aufzubringen, sie muß zwei, drei Wochen und mehr arbeiten, um nur diesen Tribut an die Brotgetreide produzierenden Bodenbesitzer abzuführen. Diese Brotsteuer hat das Zentrum einmal in besseren Tagen auch auf das schärfste bekämpft. Windthorst war es, der sagte: Es liegt eine unbarmherzige Ungerechtigkeit in einer solchen Brotsteuer, der sich kein Christ schuldig machen kann, wenn er es mit seiner Religion ernst nimmt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Anschauungen darüber, was sich mit dem Christentum verträgt, scheinen sich inzwischen im Zentrum merkwürdig gewandelt zu haben. Heute verteidigt das Zentrum das unbarmherzigste Steuersystem, das die Aermsten der Armen belastet. Das haben Sie (zum Zentrum) auch gefühlt, als Sie das

Feigenblatt der Witwen- und Waisenversorgung

auf die große Scham ihrer Volksausplünderung aufdecken wollten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger hat weiter behauptet, unsere Steuergesetzgebung sei weit sozialer, als die anderer Staaten. Nun, in Preußen bringen die Zensiten mit einem Einkommen über 30 000 M. nur ein Zehntel Prozent der gesamten Einkommensteuer, verfügen aber über 12 Proz. des Ein-

kommens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Steuern auf Salz, Kaffee, Petroleum und Zündhölzer und die Belastung des Fleisches und des Brotes

sind Steuern von einer fluchwürdigen Ungerechtigkeit.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Belastung ist umso höher, je ärmer und größer eine Familie ist. Und dann die Liebesgaben. Graf Posadowsky, der jetzt so ganz anders redet als früher, hat als Minister die Aufrechterhaltung der Liebesgabe vertreten, weil unsere ostelbischen Großgrundbesitzer sonst nicht die Zulage für den Referendar- und Leutnantssohn bezahlen können. Aber das Zentrum hat, um an Bülow Rache zu nehmen, die Liebesgaben bewilligt. Wer eine solche Steuerpolitik verteidigt, muß Schiffbruch leiden, wie heute Herr Erzberger. Wir werden immer wieder betonen, daß die Lasten von denen getragen werden, die sie tragen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ueber einen Schlußantrag muß durch Hammelsprung abgestimmt werden. Mit ja stimmen 94, mit nein 80 Abgeordnete. Das Haus ist daher beschlußunfähig.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr: Fortsetzung und dritte Lesungen. Ferner Marokkodebatte.

Eingegangene Druckschriften.

Von den fröhlichen und unfröhlichen Menschen. Gesammelte Essays von K. Hauer. 299 S. — **Tubutsch** von A. Ehrenstein. Zeichnungen von O. Kokoschka. 65. S. Verlag Jahoda u. Siegel, Wien und Leipzig.

Witterungsübersicht vom 4. Dezember 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C° 8 M.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C° 8 M.
Swinemde.	769	SO	6	bedeckt	1	Haparanda	777	S	4	Schnee	—2
Hamburg	764	SO	3	Dunst	1	Petersburg	782	SO	2	bedeckt	—5
Berlin	767	O	3	bedeckt	0	Scilly	761	WNW	7	halb bd.	7
Frankf. M.	765	SO	1	Regen	2	Aberdeen	754	SW	1	wolkenl	1
München	768	SO	3	bedeckt	—2	Paris	763	SW	2	bedeckt	5
Wien	769	SO	1	bedeckt	2						

Wetterprognose für Dienstag, den 5. Dezember 1911.
Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe und nebelig mit geringen Niederschlägen und lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 12. cm	seit 2. 12. cm[1])	Wasserstand	am 3. 12. cm	seit 2. 12. cm[1])
Memel, Tilsit	118[2])	—12	Saale, Grochlitz	50	—8
Pregel, Insterburg	—46[3])	+8	Havel, Spandau[4])	31	—1
Weichsel, Thorn	—8	+4	" Rathenow[4])	18	+8
Oder, Ratibor	104	—1	Spree, Spremberg[4])	—	—
" Krossen	59	+10	" Beeskow	87	0
" Frankfurt	63	0	Weser, Münden	116	+11
Warthe, Schrimm	4	+2	" Minden	177	+3
" Landsberg	—28	0	Rhein, Maximiliansau	—	—
Netze, Nordamm	—16	+1	" Kaub	136	—4
Elbe, Leitmeritz	—66	—2	" Köln	182	—29
" Dresden	—184	0	Neckar, Heilbronn	—	—
" Barby	30	—2	Main, Wertheim	—	—
" Magdeburg	38	0	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. [3]) Im Memelgebiet bei Schmalleningken, Tilsit, Kloken und Sköpen Eisstand. — [4]) Oberhalb der Brücke Eisstand.

Knaben-Moden

Schluß nächsten Sonntag

Für Weihnachts-Bescherungen

Ausnahme-Preise für Tausende von Knaben- u. Jünglingssachen

Manchester-Anzüge in viel. Farben, f. 3-8 Jahre, durchweg Prima 6.50 Mark. 3.50 M.

Loden-Pelerinen für Knaben u. Mädchen 70-90 lang 4.50 M. 100-110 lang 6.00 M.

Knaben-Hosen aus Resten . für 3-8 Jahre 1.50 M. u. 65 Pf.

Schüler-Hosen sehr haltbar für 8-14 Jahre . . . . . durchweg 2 M.

Manchester-Hosen Sehr dauerhaft . . . . . für 3-8 Jahre 2.30 M.

Jünglings-Hosen viele Muster. Schrittlängen 68-74 cm . . . . . 3 M.

Blaue Cheviot-Anzüge hochgeschl. für 3-8 Jahre . durchweg 2.90 M.

Kammgarn-Anzüge blau u. braun, für 3-6 Jahre . . . . . durchweg 6.50 M.

Knaben-Pyjacks blau, Aermel mit Stickerei . . . . . für 3-8 Jahre 4.25 M.

Norfolk-Anzüge Buckskin u. Manchester. für 3-8 Jahre . durchweg 6.50 M.

Russenkittel-Anzüge Kammgarn u. Cheviot, übliche Größen 7.50 M.

Jackett-Anzüge viele Stoffarten, für 9-14 Jahre 9.50 M. u. 7.50 M.

Winter-Joppen durchweg warm gefüttert . . . . . für 3-8 Jahre 3.50 M.

Winter-Joppen durchweg warm gefüttert für 9-14 Jahre 6 M. u. 4.50 M.

Jackett-Anzüge f. Jünglinge. Cheviot und Kammgarne . Größe 38 14 M.

Knaben-Sportmützen neueste Formen . . . . . 60 Pf.

Kieler Anzüge, Muster-Anzüge, -Paletots und -Ulster zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Baer Sohn

Kleider-Werke ◻ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 / Gr. Frankfurter Straße 20 ✱ 11 Brückenstraße 11 / Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 43 (Letzte Moden) kostenfrei

Bestes Weihnachtsgeschenk!

Weihnachtsbestellungen erbitten bis zum 10. Dezember 1911.

Wiederverkäufer für Braunsilberkarten zum 12. 1. 1912 gesucht.

Gruppenbild der Reichstagsabgeordneten

Singer ❀ Liebknecht ❀ Bebel

in künstlerischer Ausführung und gut unter Glas gerahmt

Größe 30×36 cm, ungerahmt . . . . . M. 1,—
in verschiedenen Rahmen . „ 3,—
„ 44×54 cm, ungerahmt . . . . . „ 2,75
in Eiche mit Goldvorstoß . . „ 6,25
„ 55×65 cm, ungerahmt . . . . . „ 4,50
in Eiche mit Goldvorstoß . . „ 9,50

Ansichtskarten 100 Stück 6 M., Dtzd. 80 Pf.
Vereine erhalten Rabatt.
Wiederverkäufer und Vertreter werden gesucht.

Kunstverlag „Veritas“
Berlin C. 2
An der Stralauer Brücke 3.

Photographie-Albums
auch mit Musik.
Sammelmappen und Kästen.
Gegr. 1828. C. A. Flemming, Beuthstr. 11, am Spittelmarkt.

Zigarren-Fabriken W. Herbst
gegr. 1862. — Tel.: IV, 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

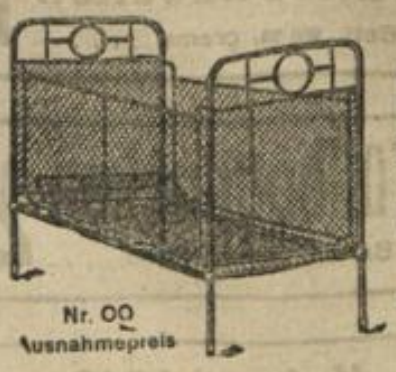
Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Gelegenheitskauf! Wollene
Schlafdecken
St. 3.50, 4.50, 5.00, 6.00 M.
Pferdedecken!
St. 2.50, 3.50, 4.50, 5.50 M.
Englische schwere **Reisedecken**
St. 4.75, 6.75, 9.75 bis 36 M.
Fries für dicke Portieren
alle Farben.
Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgep. Friesmäntel 2.25—8 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Extraliste u. Katalog
enorm billiger Geschenkartikel. (600 Abbild.) gratis und franko.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
I.: Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Markthalle.
II.: Turmstraße 67
liefert an jedermann elegante
Herren-Garderoben
fertig und nach Maß
unt. Garantie f. tadellosen Sitz geg. wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.
Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.
Sonntags geöffnet.

Haut- u. Harn-
leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation frei! Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. !! Teilzahlung gestattet !! Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez.-Lab.) Friedrichstr. 189 a. d. Hochb. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12.

Weihnachts-Preise



Nr. 00 Ausnahmepreis

Kinder-Bettstelle mit doppeltem Spiralboden, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert 140×70 cm 10.25 M.

Halbwoll. Schlafdecken
mit Streifen-Bordüre, 140×190 cm . . . . . 4.— M.
bessere mit Jacquard-Bordüre . . . . . 5.50 M.
Dimitibezüge zum Knöpfen, in divers. Streifenmust., 1 Oberbett und 2 Kissen . . . . . 5.75 M.
Kamelhaardecken 140×190 cm . . . . . 9.— M.
Steppdecken von Seidenglanz-Satin, doppelseitig, mit weisser Wattefüllung, bordo oder oliv . . . . . 9.50 M.

Daunen-Oberbetten 130×200 cm, echt türkisch rotes und dichtes Inlett, mit Monopoldaunen gefüllt . . . 17.— M.
Daunen-Steppdecken von türkisch gemustertem, daunendichtem Stoff, mit federfreien Daunen, in diversen Mustern abgesteppt, 160×210 cm . 23.— M.
Daunen-Steppdecken von Seidenglanz-Daunensatin, mit federfreien Daunen, in diversen Farben vorrätig, 160×210 cm . . . . . 27.— M.

Nr. 411 Ausnahmepreis

mit doppeltem Spiralboden, einem abklappbar. Seitenteil, m. Messing-Knöpfen und Messing-Fussbunden, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert 140×70 cm 15.50 M.
mit zwei abklappbaren Seitenteilen 18.50 M.

Nr. 1000 Ausnahmepreis

mit doppelt. Spiralboden, einem abklappbaren Seitenteil, verstellbarer Kopferhöhung und Rollen, weiss lackiert, 140×70 cm 13.50 M.

Gustav Lustig
Berlin S, Prinzenstr. 46-47

Nr. 33 Ausnahmepreis

mit Zugfedermatratze, 33 mm starken, nahtlosen Stahlrohrbügeln, schwarz oder weiss lackiert, 195×90 cm 24.50 M.

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats

HERMANN TIETZ

In unserem Hause

Alexanderplatz

Dienstag bis Donnerstag

Soweit Vorrat

Ein Posten Herren-**Normalhemden** 1.35
wollgemischt

Ein Posten **Damen-Strümpfe** 75 Pf.
Wolle, gewebt, schwarz und farbig

Ein Posten **Damen-Handschuhe** 38 Pf
Wolle

Ein Posten **Kinder-Leibhöschen** 85 Pf
55-100 cm lg., starke Winterqual.

Ein Posten **Damenhemden** 1.45
Achselschl. mit handgest. Madeirap

Ein Posten **Untertaillen** 95 Pf.

Ein Posten **Kinder-Schürzen** 95 P
verschiedene Grössen

Ein Posten **Korsetts** 1.45 **95** Pf.

Ein Posten **Matinees** 2.95
Wert bis 4.75

Ein Posten **Matinees** 3.90
Wert bis 5.75

Ein Post. **Morgenröcke** 3.90
bedeut unter Preis 10.50 8.50.

Weisse Tüllblusen auf Seide gefüttert 3.90

Seidene Blusen 5.75

Flausch-Mäntel schicke Fassons 13.50

Samt-Mäntel moderne Fassons 19.00

Garn. Damenkleider 18.50

Sonder-Angebote in fast allen Abteilungen.

Samt-Backfischkleider 24.50

Herren-Ulster moderne Stoffe, 2 reihig 32.00

Jünglings-Ulster für d. Alter von 13 bis 18 Jahren 23.50

ca. 1000 Dutzend Damen **Taschentücher** m. Hohlsaum Stück 12 Pf.

Butterm.-Seife 3 Stück 35 Pf.

Bilder-Rahmen leicht beschäd., versch. Grössen 10 Pf.

Bijouterien Brosch., Kämme, Hutnadeln etc. Stück 25 Pf

Kausschürzen aus gutem Gingham. Stück 95 Pf.

Herr.-Oberhemden 1.85
bunt, mit Perkal-Einsatz

Mod. Abenddecken 2.75
helle Blumen-Dessins . . . 130/130

Reinleinene **Küchenhandtücher** 6.90
Gerstenkorn, gesäumt . . Dutzend

Ein Post **Lambrequins** 95 Pf
Stück

Ein Post **Tüllbettdecken** 1.65
für 1 Bett, weiss, creme

Ein Post **Tüllbettdecken** 2.45
für 2 Betten, weiss, creme

Abr.-Kalend. 1912 15 Pf
mit Nadelkissen

Grosser Lebensmittel-Verkauf In den neu eröffneten Hallen

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die erste Zweckverbandsversammlung für Groß-Berlin

trat gestern vormittag 11 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale des Berliner Rathauses zusammen. Die Versammlung besteht aus 100 Vertretern, darunter befinden sich 10 Sozialdemokraten. Die Versammlung wurde vom Oberbürgermeister Kirschner geleitet, der der Eröffnung folgende Einleitungsworte vorausschickte:

„Meine hochverehrten Herren! Auf Grund der von dem Herrn Minister des Innern gemäß § 40 des Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin getroffenen Anordnung habe ich die Verbandsversammlung des Verbandes Groß-Berlin zu ihrer ersten Sitzung zusammenberufen.

Das Verbandsgesetz begründet für die zu einem Verbande vereinigten Kreise und Gemeinden das Recht und die Pflicht, eine Anzahl kommunaler Aufgaben als gemeinsam zu erfüllen.

Es sollen durch diese gemeinsame Organisation für die Erfüllung dieser Aufgaben die Schwierigkeiten behoben werden, welche sich bisher daraus ergeben haben, daß dem wirtschaftlich geeinten Groß-Berlin die rechtliche Gestaltung fehlt, es soll die Möglichkeit geschaffen werden, mit vereinten Kräften und unter Berücksichtigung der Interessen der Gesamtheit in Zukunft Größeres und Besseres zu leisten, als das den einzelnen Verbandsmitgliedern möglich war.

Ein solcher Verband ist nicht denkbar, ohne daß die einzelnen Verbandsmitglieder in ihrer Selbständigkeit beschränkt werden. Dieses notwendige Opfer an Selbständigkeit wird aber von den einzelnen Gliedern nur dann willig gebracht werden, wenn die Selbstverwaltung, deren sie sich erfreuen, durch die neue Gestaltung keine Einbuße erleidet. Es wird daher im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung der neuen Organisation und einer glücklichen Lösung der ihr gestellten großen Aufgaben unsere vornehmlichste Pflicht sein, eifrig darauf zu achten, daß die Verwaltung des Verbandes im Geiste der allen Verbandsmitgliedern teuren Selbstverwaltung geführt wird.

Mit diesem Vorsatz wollen wir rüstig und eifrig an die Arbeit gehen in der Hoffnung und in dem Vertrauen, daß wir einem schönen, einem guten Ziele zustreben, und daß es uns gelingen wird, dieses Ziel zu erreichen zum Wohle Groß-Berlins und aller seiner Glieder.

Lassen Sie uns jederzeit dabei eingedenk sein dessen, was uns allen gemeinsam ist und uns alle miteinander verbindet, vor allem der Zugehörigkeit zu unserem geliebten preußischen und deutschen Vaterlande, dem wir, wenigstens auf einzelnen Verwaltungsgebieten, eine möglichst vollkommene Hauptstadt, ein Groß-Berlin, zu schaffen berufen sind."

Der Oberbürgermeister schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Kaiser, dann erhielt der

Oberpräsident v. Conrad das Wort zu folgender Ansprache:

Hochverehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Herren Vertreter der Städte, Kreise und Landgemeinden von Groß-Berlin!

Es gereicht mir zur besonderen Ehre und Freude, heute hier in dieser feierlichen und für die Weiterentwickelung Groß-Berlins so bedeutsamen Stunde das Wort ergreifen und Sie, meine Herren, namens der Königlichen Staatsregierung herzlich willkommen heißen zu dürfen, als Mitglieder der ersten Versammlung, die berufen ist, die Grundlagen des Verbandes Groß-Berlins nach den Bestimmungen des neuen Verbandsgesetzes zu schaffen.

Ihnen allen, die Sie mitten im frisch pulsierenden Gemeindeleben unserer Reichshauptstadt, ihrer Vororikreise und -Gemeinden stehen und die Sie das Werden der Großstadt sowie die Gesetzgebung der letzten Jahre verfolgt haben, brauche ich nicht näher darzulegen, welche Gründe die Königliche Staatsregierung und den Landtag der Monarchie zum Erlaß dieses Gesetzes bewogen haben. Sie wissen, daß bei aller Zustimmung zu den Grundtendenzen des Gesetzentwurfes sich auch manche Gegnerschaft gegen seine Einzelheiten im Laufe der Verhandlungen geltend machte, da der Entwurf dem einen zu weit, dem anderen nicht weit genug zu gehen schien. Bei dem damaligen Kampf der Meinungen ist von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von Vertretern der Berliner städtischen Körperschaften immer wieder betont worden, daß ohne Rücksicht auf frühere Gegnerschaft gegen Einzelbestimmungen, überall der Wunsch bestehe, beim demnächstigen Inkrafttreten des Gesetzes mit aller Energie zusammenzuarbeiten zum Gedeihen des Verbandes. Ich betrachte diese Erklärungen als eine besonders gute Vorbedeutung für einen günstigen Erfolg Ihrer gemeinsamen Arbeit und für das dauernde Bestreben, Gegensätze, die Sie früher trennten und die zum Teil draußen Sie auch jetzt noch trennen mögen, beiseite zu lassen, wenn es gilt gemeinsam an den wichtigen Verbandsaufgaben zu arbeiten.

Sind es doch noch große und dankbare Aufgaben, die vor Ihnen liegen, Aufgaben, bei deren Lösung Sie die Augen unseres Vaterlandes auf sich gerichtet sehen werden und zwar nicht nur deshalb, weil es die Reichshauptstadt mit ihrer wald- und seenreichen Umgebung ist, deren Bild Sie in Zukunft gestalten sollen, sondern auch deshalb, weil das Interesse weitester Kreise der Bürgerschaft, der Vertreter der Wissenschaft, der Künstler, der Gemeinde- und Sozialpolitiker sich gerade in den letzten Jahren den Problemen des Städtebaues in verstärktem Maße zugewandt hat. Und parallel zu dieser Arbeit an den technischen Problemen der Großstadt geht in neuester Zeit eine ethische Bewegung durch unser Land, die sich in die Frage kleiden läßt: „Was können wir für eine bessere sittliche und körperliche Ausbildung unserer heranwachsenden Jugend, insbesondere unserer schulentlassenen Jugend tun?"

Meine Herren! Die verschiedensten Organe des Staates, der Gemeinden und privaten Vereinigungen sind an der Arbeit für diese Frage eine Antwort zu finden. Auch Sie sind zur Mitarbeit an ihrer Lösung berufen. Hat es doch die rapide, sich überstürzende Entwickelung unserer großstädtischen Verhältnisse mit sich gebracht, daß hier Gefahren der körperlichen und sittlichen Entwickelung der Jugend drohen, die als solche jetzt allseitig anerkannt werden. Licht und Luft für unsere großstädtische Jugend und Erholungsstätten für die Arbeiter aus der Studierstube, dem Schreibzimmer und der Werkstatt werden Sie schaffen und erhalten können durch Ihre formell rechtliche Mitwirkung bei Bebauungsplänen und Bauordnungen sowie durch Ihre materiell wichtigen Beschlüsse über die Erwerbung von Freiland im Häusermeer und an der Peripherie der Großstadt. Zugänglicher werden Sie die im Verbandsgebiet liegenden märkischen Wälder und Seen der großstädtischen Bevölkerung machen können durch die Art Ihrer Verkehrspolitik.

Meine Herren, wie Sie sehen, greifen diese Aufgaben tief in Gebiete ein, auf denen nach Lage unserer Gesetzgebung staatliche Organe mitzuwirken haben, ich weise dabei hin auf die baupolizeilichen und eisenbahntechnischen Fragen sowie auf die Verwaltung der fiskalischen Forsten und öffentlichen Wasserstraßen. Mit Rücksicht auf diesen engen Zusammenhang ist dem Oberpräsidenten zu Ihrem Verbande dieselbe Stellung gegeben worden, die er in der Provinz nach den Vorschriften der Provinzialordnung der Provinzialverwaltung gegenüber einnimmt. Ich werde deshalb Ihren Arbeiten im Verbandsausschuß und in der Verbandsversammlung mit größtem Interesse folgen, und es wird mir stets eine Freude sein, mich zum Vermittler Ihrer Wünsche bei den übrigen staatlichen Organen machen zu können, welche die Erfüllung der großen vor Ihnen liegenden Aufgaben zum Ziele haben.

Möchte die gemeinsame hier zu leistende Arbeit stets der Förderung des Gesamtgeistes des Verbandes dienen und segensreich sein für die Bevölkerung aller Gemeinden von Groß-Berlin. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer gemeinsamen Arbeit besten Erfolg!"

Die Versammlung trat dann in die Erledigung der Tagesordnung ein. Auf dieser standen folgende Gegenstände zur Beratung:

1. Feststellung einer Geschäftsordnung (§ 20 Absatz 2 des Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin).
2. Prüfung der Gültigkeit der Wahlen zur Verbandsversammlung (§ 19 Nr. 9 ebenda).
3. Bezeichnung des von dem Ersten Bürgermeister der Stadt Berlin zu bezeichnenden Mitgliedes und Vorbereitung der Wahl der von der Verbandsversammlung zu wählenden 8 Mitglieder des Verbandsausschusses (§ 20 ebenda).
4. Festsetzung der Anstellungsbedingungen und Vorbereitung der Wahl des Verbandsdirektors (§ 33 ebenda).

Der erste Punkt wurde einer Kommission von 15 Mitgliedern, Punkt 2 einer solchen von 5 Mitgliedern überwiesen.

Zu Punkt 3 wurde Stadtrat Alberti-Berlin vom Vorsitzenden als Mitglied des Verbandsausschusses bezeichnet.

Dieser Ausschuß besteht nach dem Gesetz aus dem ersten Bürgermeister der Stadt Berlin als Vorsitzenden, dem von ihm bezeichneten Magistratsmitglied dieser Stadt, den ersten Bürgermeistern der 6 nach der Einwohnerzahl nächstgrößten Gemeinden des Verbandsgebietes, den Vorsitzenden der Kreisausschüsse der Kreise Teltow und Niederbarnim und 8 von der Verbandsversammlung zu wählenden Mitgliedern und dem Verbandsdirektor.

Die Versammlung wählte folgende Herren: Bürgermeister Dr. Reicke-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher Michelet-Berlin und Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Cassel-Berlin, Stadtverordneter Heimann-Berlin, Bürgermeister Buhrow-Steglitz, Amts- und Gemeindevorsteher Schulz-Gr.-Lichterfelde, Bürgermeister Kuhr-Pankow, Landrat a. D. v. Treskow-Friedrichsfelde und als Ersatzmänner die Herren: Stadtbaurat Krause-Berlin, Stadtbaurat Dr. Hoffmann-Berlin, Stadtverordneter Rosenow-Berlin, Stadtverordneter Bracke-Berlin, Bürgermeister Langerhans-Köpenick, Bürgermeister Mussehl-Tempelhof, Bürgermeister Dr. Woelck-Weißensee, Bürgermeister Dr. Berthold-Oberschöneweide.

Der 4. Punkt der Tagesordnung wurde einer Kommission aus 25 Mitgliedern überwiesen. Diese sind: Oberbürgermeister Kirschner, Kämmerer Steiniger-Berlin, Stadtrat Geh. Dr. Mosse-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher Michelet-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Cassel, Stadtverordneten Schulze-Berlin, Jacobi-Berlin, Rosenow-Berlin, Heimann-Berlin, Bruns-Berlin, Bürgermeister Langerhans-Köpenick, Bürgermeister Mussehl-Tempelhof, Kommerzienrat Haberland-Schmargendorf, Bürgermeister Kaiser-Rixdorf, Stadtverordnetenvorsteher Sander-Rixdorf, Kämmerer Machowicz-Schöneberg, Kammerherr v. Veltheim-Schönfließ, Bürgermeister Weigert-Tegel, Dr. Hahn-Rummelsburg, Wilcke-Reinickendorf, Oberbürgermeister Schustehrus-Charlottenburg, Stadtverordnetenvorsteher Kaufmann-Charlottenburg, Stadtverordnetenvorsteher Koch-Wilmersdorf, Bürgermeister Koeltze-Spandau, Stadtverordneter Roeder-Lichtenberg.

Gegen 12 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Um 1 Uhr traten die von der Versammlung eingesetzten Ausschüsse zur Beratung zusammen.

*

Das Gehalt des Verbandsdirektors des Zweckverbandes Groß-Berlin ist von dem gestern gewählten Ausschuß auf 20 000 Mark festgesetzt worden. Dem Direktor soll ferner ein Wohnungszuschuß von 5000 Mark gewährt werden. Das Gehalt des Direktors wird als pensionsfähig erklärt. Die Wahl soll auf sechs Jahre erfolgen. Ob die Stelle ausgeschrieben werden soll oder nicht, darüber soll das Plenum entscheiden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 2. Dezember 1911.

Der Kampf in der Metallindustrie. — Ein strittiger Punkt. — Ausfall im Weihnachtsgeschäft. — Die Gießereien zwischen den Puffern. — Die Ausfuhr von Maschinen, Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen. — Kursbewegung und Börsenhoffnungen. — Kurzsichtiges Verhalten der Konfektionäre. — Schlechte Löhne im Inlande, Schutzzoll im Auslande.

Zwei wirtschaftliche Kämpfe. Die Aussperrung in der Metallindustrie ist die Konsequenz eines Beschlusses der Metallindustriellen, dessen Voraussetzungen falsch waren. Man hatte wohl gehofft, durch die Aussperrandrohung eine Pression auf die Arbeiter auszuüben und so, ohne genügende Zugeständnisse, die streikenden Former zum Aufgeben des Kampfes zu zwingen. Die Streikenden lehnten aber die in letzter Stunde formulierten Vergleichsvorschläge ab. Gewiß ohne zu wollen, unterstrich Kommerzienrat Vorsig die Berechtigung der ablehnenden Haltung.

Ein Hauptgrund für die Former, die Vorschläge nicht zu akzeptieren, war die Bestimmung über die Bezahlung von Ausschußguß. Die Bezahlung soll danach nur dann erfolgen, wenn den Akkordarbeiter für Fehlguß keine Schuld treffe; falls die Schuldfrage sich nicht feststellen lasse, soll der halbe Akkord bezahlt werden. Die Former, die sich wohl mit ihrer Ansicht auf Erfahrungen stützen, befürchten, daß man sicher in allen Fällen ihnen die Schuld zuschreiben würde. Einem Mitarbeiter des „Berl. Tagebl." gegenüber erklärte Kommerzienrat Vorsig, solche Befürchtung sei nicht „in vollem Umfange stichhaltig". Das muß man festhalten. Wenn die Befürchtungen auch nur zu drei Vierteln stichhaltig sind, dann hatten die Former wahrlich Grund genug, sich vor der Differenzenschlinge zu hüten. Daß die Bestimmung bei den Formern auf Widerstand stoßen würde, konnten die Unternehmer sich voraussagen. Nun hat der Versuch, die Arbeiter zu übervorteilen, eine gewaltige Störung in der Gütererzeugung hervorgerufen. Wird der Kampf nicht bald gütlich beigelegt, dann ist seine Ausdehnung noch nicht abzusehen. Die strikte Durchführung der Aussperrung würde etwa 65 000 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos machen. In einigen Betrieben hat sich übrigens sofort ein Teil der Nichtausgesperrten mit den Entlassenen solidarisch erklärt, teils waren schon vorher Arbeiter den Betrieben durch die Organisation entzogen worden. Rechnet man mit rund 70 000 Personen und nimmt man für jede eine Feierzeit von zwei Wochen an, sowie einen Durchschnittslohn von 4 M., so ergibt sich für sie ein Lohnausfall von 3 360 000 M. Ein Teil davon würde durch die zur Auszahlung gelangende Unterstützung aus der Verbandskasse gedeckt. Es bliebe aber immer noch ein erheblicher Einkommensausfall. Dieser Ausfall würde sich im Geschäftsleben durch Verminderung der Weihnachtseinkäufe usw. bemerkbar machen. Jedenfalls wird die Geschäftswelt in gewissem Umfange durch die Aktion der Industriellen in Mitleidenschaft gezogen. Der Ausgangspunkt des Kampfes ist aus dem gewerkschaftlichen Teil des „Vorwärts" bekannt.

Die Akteure der Aussperrung sind die Elektrizitätswerke, Lokomotiv- und Maschinenfabriken. Gerade diese Werke können am allerwenigsten schlechte Geschäftslage oder ungünstige Preise für den Widerstand gegen die bescheidenen Forderungen der Former ins Feld führen. Weniger erfreulich liegen die Verhältnisse für die reinen Gießereien, die das Roheisen teuer bezahlen müssen, aber ihren weiterverarbeitenden Abnehmern keine Preise diktieren können. Gerade die Unternehmer, die nun als Retter in der Not sich aufspielen, zwingen die reinen Gießereien in die Rolle zwischen Puffern. Die Schadloshaltung soll bei den Arbeiterlöhnen erfolgen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist das Verhalten der Aussperrungstreiber noch weniger einwandfrei. Während man sonst nicht genug sich entrüsten kann über die Störung in der Produktion, werden jetzt aus nichtigem Grunde große Betriebseinschränkungen angeordnet, obwohl es an Aufträgen nicht fehlt.

Ein Bild von der Entwicklung gibt die Außenhandelsstatistik. Schon im Jahre 1910 war ein erheblicher Aufschwung zu verzeichnen. Dem Werte nach stieg die Ausfuhr von Maschinen im Vergleich mit dem Vorjahre von rund 384 Millionen Mark auf 465 Millionen Mark, bei den elektrotechnischen Erzeugnissen ergibt sich eine Steigerung von 181 Millionen Mark auf 218 Millionen Mark und der Export von Fahrzeugen stieg von 117 Millionen Mark auf 136 Millionen Mark. Die Ausfuhrsteigerung hat im laufenden Jahre angehalten. Während in den ersten 10 Monaten 1910 für 658 Millionen Mark Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Produkte ausgeführt wurden, ergibt sich für die gleiche Zeit des laufenden Jahres schon eine Summe von 741 Millionen Mark. Die flotte Beschäftigung in der Elektrizitätsindustrie kommt übrigens auch in der Krankenkassenstatistik in die Erscheinung. Für die Maschinenindustrie liegen gesonderte Nachweise leider nicht vor. Die 13 Fabrikkrankenkassen der Elektrizitätsindustrie zählten am 1. Oktober vorigen Jahres 41 876 männliche und 11 473 weibliche Mitglieder, zusammen 56 349 Mitglieder; am 1. September d. J. 49 359 männliche und 13 510 weibliche, zusammen 62 869 Mitglieder; im September trat eine weitere Zunahme um insgesamt 793 Mitglieder ein. Sonach hat sich die Zahl der Beschäftigten in einem Jahre um 7313 Personen, gleich 13 Proz. erhöht.

Daß auch die Preisverhältnisse befriedigen, bestätigen die Gewinnausschüttungen. An der Börse scheint man übrigens der Ansicht zu sein, daß die Aussichten sich noch bessern, denn die Aussperrung hat den Kursstand kaum berührt. Es notierten nämlich:

	28. Novbr.	1. Dezbr.
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft . . .	263,37	266,50
Gesellschaft für elektrische Unternehmungen	182,50	185,25
Siemens u. Halske A.-G.	241,87	245,25
Elektrische Kraft und Licht A.-G.	134,62	136,50
Schuckert	163,25	165,62

Weder die drohende, noch die perfekt gewordene Aussperrung brachte die Kurse zum Stillstand. Vielmehr trat in den beiden letzten Tagen noch eine Befestigung ein. Nicht mit Unrecht erwartet man, daß die nun flott einsetzende Elektrifizierung von Eisenbahnen und Anlage von Ueberlandzentralen der Elektrizitätsindustrie eine Fülle von Beschäftigung, gleichzeitig aber auch, was das wichtigste ist, enorme Gewinne garantiert. Solche Annahme ist durchaus berechtigt. Dabei profitieren aber auch die Maschinenfabriken und Gießereien. Es ist daher sehr kleinlich, daß man wegen der sicher nicht zu weit gehenden Forderungen der Former einen Riesenkampf, eine umfangreiche Unterbrechung der Produktion anordnet. Die Herrschsucht und Profitgier des Kapitals ist der treibende Faktor.

Sehr unvernünftig und von kleinlichen Gesichtspunkten diktiert ist auch das Verhalten der Konfektionäre, die durch die Weigerung, die Lohnverhältnisse in der Damenmäntelbranche tariflich zu regeln, den Streik der Heimarbeiterinnen und Werkstattarbeiter provozierten. Daß dieser Kampf das Geschäftsleben ebenfalls ungünstig beeinflußt, ist selbstverständlich, wenn der Ausfall auch lange nicht solche Bedeutung hat, wie durch den Kampf in der Metallindustrie. Die niedrigen Löhne in der Konfektionsindustrie erlauben ohnehin schon keine großen Sprünge.

Die schlechte Entlohnung bildet aber auch eine treibende Kraft bei den Erschwerungen, die der Einfuhr deutscher Konfektionserzeugnisse in andere Länder bereitet werden. Unsere Konfektionäre weisen nicht mit Unrecht darauf hin, daß die Erhöhung der ausländischen Zollmauern ihnen den Absatz auf dem Weltmarkt erschwert. Sie vergessen aber hinzuzufügen, daß die niedrigen Löhne in Deutschland ein starkes Argument bei der Forderung jener Schutzzölle bilden. Die zollfürsternen ausländischen Konfektionäre erklären, es sei notwendig, die einheimische Arbeiterschaft gegen die Schmutzkonkurrenz mit den in miserabel entlohnter Heimarbeit hergestellten deutschen Konfektionsartikeln zu schützen. Und solchen Argumenten geben die Konfektionäre durch ihr jetziges Verhalten neue Nahrung. Daß der Einführung von Tarifen zu große technische Schwierigkeiten entgegenstünden, wie die Herren behaupten, glaubt ernsthaft doch kein Mensch. Die Konfektionäre wollen nur keinen Einblick in die Verhältnisse gewinnen lassen. Daher auch der von ihnen veranlaßte Protest gegen die Einführung von Lohnämtern für die Heimindustrie durch ein Heimarbeitergesetz. Hier kann man doch nicht von technischen Schwierigkeiten reden. — So arbeiten die Konfektionäre den Schutzzöllnern im Auslande in die Hände, gerade so, als ob sie dafür bestellt wären. Wenn man berücksichtigt, daß unter den Millionären, die Berlin in den letzten drei Jahrzehnten produziert hat, ein erheblicher Teil Konfektionäre oder ehemaliger Konfektionäre zu finden ist, so kann nicht davon geredet werden, daß die Konfektionäre keine besseren Löhne bezahlen könnten. Mit dem hartnäckigen Verweigern geregelter Arbeitsverhältnisse, die das Licht der Oeffentlichkeit wenigstens nicht mehr zu scheuen haben, wie die bisher herrschenden Zustände in der Heimarbeit, untergraben die Konfektionäre sich selbst in kurzsichtiger Weise die Absatzgelegenheiten, ziehen sie sich eine durch Zölle geschützte Konkurrenz im Auslande groß. Die Durchführung der von den Arbeitern geforderten Regelung liegt ebensogut im Interesse der Unternehmer und der gesamten Volkswirtschaft, als wie in dem der direkt beteiligten Arbeiter. D.

Aus der Partei.

Die Bestattung von Paul und Laura Lafargue.

Paris, 3. Dezember. (Eig. Ber.) Trotz des regnerischen Wetters, das die Pariser Straßen mit Kotlachen füllte, haben heute viele Tausende Männer und Frauen Paula und Laura Lafargue auf dem weiten Weg zum Père Lachaise das Geleite gegeben. Der Zug formierte sich vor dem alten Haus der Rue de la Corderie, das einst der Sitz der französischen Sektion der alten Internationale und des Komitees des 20. Arrondissements war, aus dem die Pariser Kommune hervorging und jetzt die Bureaus der geeinigten Partei beherbergt. An der Spitze marschierte ein sozialistischer Orchesterverein, ihm folgten die von zahlreichen Kränzen bedeckten Leichenwagen, die die Eichensärge bargen. Wie sie gemeinsam in den Tod gingen, so sind Paul und Laura Lafargue nebeneinander zum Friedhof geführt worden. Hinter den Wagen schritten die Verwandten, die Brüder Longuet, denen die Delegierten der verschiedenen Internationale folgten, Anseele für das Internationale Bureau, Kautsky für die deutsche Sozialdemokratie, Keir Hardie für die J. L. P., Benzon für die S. D. F., Vertreter der russischen, österreichischen, ungarischen, spanischen, argentinischen, polnischen Partei, die Fraktion der geeinigten Partei, darunter die Genossen Vaillant, Jaurès, Ghesquière, Charles Dumas, Lauche, Compère-Morel und sozialistische Gemeinderäte. Die sozialistischen Organisationen von Paris und Delegationen der Umgebung schlossen sich an, unter ihnen der Deutsche sozialdemokratische Leseklub. Etwa zwanzig rote Fahnen wurden im Zuge getragen. Unter den Kränzen, die teils auf den Leichenwagen mitgeführt, teils getragen wurden, erwähnen wir die vom deutschen Parteivorstand, von der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich und vom Deutschen Leseklub gespendeten. Viele Tausende bildeten ein Spalier, das immer dichter wurde, je mehr sich der Leichenzug dem Arbeiterviertel von Menilmontant und dem Friedhof näherte.

Von dem Krematorium, das auf einer der höchsten Stellen des Friedhofsberges steht, bot sich ein prachtvolles Bild. Kopf an Kopf eine Menge, die man auf zehntausend veranschlagen darf, über ihnen das Rot der Kranzschleifen, im Hintergrund, wo der Abschluß der Arkaden den Blick freigibt, das Grün der Zypressen.

Die Reden wurden im Freien, von der Höhe der Freitreppe gehalten. Dubreuilh, der Sekretär der geeinigten Partei eröffnete sie mit einer Würdigung des Lebens und Strebens der Dahingegangenen, ihm folgte K. Kautsky, der besonders darauf hinwies, daß Paul Lafargue ein selbständiger Weiterbilder der Marxschen Lehre und, der nationalistischen Phrase zum Trotz, die den Marxismus als ein „deutsches" Produkt hinstellt, vielmehr einer der Lehrer der Deutschen im wissenschaftlichen Sozialismus gewesen sei. Es sprachen ferner Keir Hardie, Jaurès, Vaillant, Ghesquière, Bracke für den erkrankten Guesde und die Vertreter der auswärtigen Parteien. Die eindrucksvolle Feier schloß in der Abenddämmerung.

Kommunalwahlerfolge.

In Pößneck wurde Genosse Paul Seige und in Wasungen Genosse Franz bei den Gemeinderatswahlen gewählt. Da im liberalen Meiningen bei den Gemeindewahlen das Pluralwahlrecht (1—10 Stimmen) „rechtens" ist, so sind große Erfolge ausgeschlossen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto der Presse.

Vom Landgericht Dresden als Berufungsinstanz wurde Genosse Edmund Fischer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht war zu einem Urteil von drei Monaten gekommen. Genosse Fischer soll den Gemeinderat einer benachbarten Gemeinde dadurch beleidigt haben, daß er die Interessen einer armen Witwe energisch im Gemeinderat verfocht, und darüber einen Artikel in die „Dresdener Volkszeitung" brachte. Er hatte sich selbst als Verfasser des Artikels im Gemeinderat bekannt. Darauf hatte die Amtshauptmannschaft als vorgesetzte Behörde gegen den Willen des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. In der Berufungsinstanz sagte der Gemeindevorstand aus, daß Genosse Fischer ein temperamentvolles, aber maßvolles Mitglied des Gemeinderates sei, das alle Achtung in der Gemeinde genieße; ebenso äußerte sich ein anderes bürgerliches Gemeinderatsmitglied. Beide hätten kein Interesse an einer Bestrafung Fischers, wenn die Vorwürfe auch hart genannt werden könnten. In der Berufungsverhandlung machte Rechtsanwalt Giese besonders darauf aufmerksam, daß die Amtshauptmannschaft gar kein Recht zur Stellung des Strafantrags habe, da der Gemeindevorstand und der Gemeinderat keine Beamten im Sinne des Gesetzes seien.

Genosse Fischer wird selbstverständlich gegen dieses Urteil beim Oberlandesgericht Revision einlegen.

Soziales.

Gewerbegericht.

1. Unberechtigte Entlassungen.

a) Die Firma Harratz hatte den bei ihr beschäftigt gewesenen Hausdiener P. fristlos entlassen, weil er sich eines Abends geweigert hat, noch ein größeres Quantum Druckschriften abzuzählen und in Säcken zu verpacken. Er tat das mit dem Bemerken, für das Geld, was er bekäme, habe er heut genug gemacht. Wegen der Entlassung erhob P. Klage beim Gewerbegericht auf Entschädigung für den Lohn für die Kündigungsfrist. Das Gericht mußte anerkennen, daß eine beharrliche Arbeitsverweigerung, die zur fristlosen Entlassung berechtigen würde, nicht vorlag und verurteilte den Beklagten zur Zahlung.

b) Der Hausdiener S. hat bei der Firma Hnas in Arbeit gestanden und ist schließlich fristlos entlassen worden. Er forderte deshalb eine Entschädigung von 44 M. Die Beklagte wendete Arbeitsverweigerung ein. Kläger sollte, als er eines Abends von seiner Tour zurückkam, noch ein Umbausofa mit dem Handwagen fortbefördern. Der Kläger gab zu, den Auftrag nicht ausgeführt zu haben. Er sei aber den ganzen Tag unterwegs gewesen, und da er weder Brot noch Geld bei sich führte, habe er nichts essen können. Das habe er auch, als ihm der Auftrag erteilt wurde, gesagt.

Das Gericht verurteilte die Beklagte entsprechend dem Klageantrage, da nur eine beharrliche Arbeitsverweigerung, nicht aber die Verweigerung von Ueberstunden ein Grund zur Entlassung ist.

2. Unzulässiger Lohnabzug.

Der Chemigraph B. klagte gegen die Firma Max Huch u. Co., weil ihm 3,80 M. für einige Stunden, die er zum Aufsuchen einer anderen Stellung benötigte und in welchen er der Arbeit ferngeblieben war, vom Lohn abgezogen wurden. Die Beklagte bezog sich auf den Tarif der Chemigraphen, nach dem wohl dem Angestellten die Zeit zum Aufsuchen einer anderen Stellung gewährt werden muß, aber nicht bezahlt werden braucht. Den Tarif hat aber die Beklagte gar nicht anerkannt.

Das Gericht riet mit Erfolg der Firma zur Zahlung des geforderten Lohnbetrages. Denn da nichts anderes vereinbart ist, gilt das Gesetz, und nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind Lohnabzüge für eine schuldlose geringe Versäumnis unzulässig.

3. Lohn für den Bußtag.

Zwei Monogrammprägerinnen klagten gegen die Firma Glaserfeld u. Jacobh auf Zahlung von je 3 M. Lohn für den Bußtag. Die Beklagte vertrat die Ansicht, daß sie keine Zahlungsverpflichtung habe, da sie mit den Arbeiterinnen Kündigungsausschluß vereinbart hat. Das Gericht riet auch hier zur Anerkennung der Forderung, weil die Kündigungsvereinbarung mit dem Lohn für den Feiertag mangels ausgesprochener Kündigung nichts zu tun hat und wenn ein Lohnabzug für Feiertage nicht ausbedungen ist, der Lohn zu bezahlen ist. Die Firma befolgte den Rat.

4. Folgen der Arbeitswilligkeit.

Der Steindrucker Bernhard hat sich während des gegenwärtigen Kampfes im Steindruckgewerbe von der Firma Schwerdtfeger u. Co. engagieren lassen. Es wurde ein schriftlicher Vertrag geschlossen, nach dem die Lösung des Arbeitsverhältnisses nur mit sechswöchentlicher Frist an einem Lohnzahlungstage erfolgen konnte. Bernhard ging den Vertrag ein, obwohl er von der Firma beim Engagement ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß sie vom Verbande der Steindrucker und Lithographen bestreikt wird. Er ließ sich 50 M. Vorschuß geben und blieb nach einigen Tagen der Arbeit fern, weil er, wie er behauptete, durch die Streikenden wiederholt belästigt worden sei. Die Firma klagte nun wegen des Vertragsbruchs vorläufig auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 191 M. und behielt sich die Geltendmachung weiterer Ansprüche vor. Der Beklagte wendete ein, er habe sich bei Abschluß des Vertrages in einer Notlage befunden und sich deshalb zur Annahme des Engagements verleiten lassen. Er wäre auch geblieben, wenn er sich nicht durch die Streikenden bedroht gefühlt hätte.

Der Vertreter der klagenden Firma bezweifelte die Furcht des Beklagten vor den Streikposten. Denn es sei ihm vor dem Engagement ausdrücklich gesagt, daß er während des Streiks vielfach belästigt werden würde. Die Notlage des Beklagten charakterisierte der Vertreter der Klägerin mit der den Tatsachen entsprechenden Mitteilung, daß der Beklagte auch den Senefelderverband geschädigt hat. Denn er sei, obwohl er von diesem für die Arbeitsniederlegung bei der Klägerin unterstützt worden ist, bei der ebenfalls bestreikten Firma Schäfer u. Scheibe in Arbeit getreten.

Nach der Aufmachung der klagenden Firma ist ihr durch den Vertragsbruch des Beklagten ein Schaden von 6000 M. entstanden, da die begrenzten Lieferfristen eingehalten werden müßten, um die Waren absetzen zu können.

Das Gericht verurteilte den Beklagten entsprechend dem Klageantrage. In den Gründen hieß es: Vom menschlichen Standpunkt aus ist das Verhalten des Beklagten seinen Kollegen gegenüber verwerflich. Wenn er aber eine Verpflichtung eingegangen ist, muß er sie auch halten. Das Gericht ist aber bei weitem nicht davon überzeugt, daß der durch den Vertragsbruch entstandene Schaden, wie die Firma behauptet, in die Tausende geht. Jedoch ist ein Schaden von 101 M. sicher entstanden.

Das Gericht hätte zur Abweisung der Klage kommen sollen: Der Vertrag eines Arbeitswilligen, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen, verstößt gegen die guten Sitten und ist deshalb nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Aus ihm kann nicht geklagt werden. Es hätte der Beklagte nur zur Rückzahlung des Vorschusses verurteilt werden können.

Aus der Frauenbewegung.

Vermehrte Einstellung weiblicher Arbeitskräfte.

Ein bedeutend gesteigertes Angebot weiblicher Arbeitskräfte im Oktober hat auch zu einer erheblichen Mehreinstellung von Arbeiterinnen geführt. Soweit dem „Reichsarbeitsblatt" vergleichende Angaben der Krankenkassen vorlagen, hob sich die Zahl männlichen Kassenmitglieder von 3 375 617 am 1. November 1910 auf 3 544 192 am 1. November 1911. Die Zunahme macht rund 5 Proz. aus. Die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder stieg in derselben Zeit von 1 463 415 auf 1 539 184 oder um 5,2 Prozent! Die Differenz ist nicht groß. Ein ganz anderes Bild ergibt die Mitgliederbewegung im Oktober. Danach betrug die Zahl

	am 1. Oktober	am 1. November	Zunahme in Proz.
aller männlichen Mitglieder	3 792 069	3 799 683	0,19
„ weiblichen „	1 789 142	1 831 728	2,38

Der Zunahme der männlichen Kassenmitglieder um nur 7584 steht eine Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte um 42 586 gegenüber. Das stärkere Angebot von Arbeitskräften reizt die Unternehmer dazu, durch gesteigerte Verwendung schlechtbezahlter weiblicher Arbeitskräfte die Wirkungen der Teuerung für sich selbst etwas zu mildern: die Arbeiterschaft muß die Kosten jeder Ausbeutung restlos tragen!

Gerichts-Zeitung.

Arbeitswilligenschutz.

Als im vergangenen Sommer in der Sargtischlerei von Rosinski in Rummelsburg gestreikt wurde, trat daselbst der Tischler Fahr als Arbeitswilliger ein. Die Streikenden Steffen und Mildes, welche vor dem Betriebe Posten standen, machten Fahr wiederholt in ruhiger Weise auf die Pflicht der Solidarität aufmerksam, die er seinen streikenden Berufsgenossen gegenüber zu betätigen habe. Fahr aber wies alle Vorstellungen der Streikposten schroff zurück. Er wisse wohl, sagte er, daß bei Rosinski gestreikt werde, aber das gehe ihn gar nichts an, er stehe auf einem andern Standpunkt. Welcher Standpunkt es ist, der den bewußten Streikbruch rechtfertigen soll, sagte der Arbeitswillige nicht. — Wer würde es unter diesen Umständen nicht begreifen können, wenn die Streikenden dem Manne, der die Arbeitersolidarität verhöhnte, im Unmut einige derbe Worte gesagt haben sollten? Fahr behauptet denn auch, daß sie es getan hätten. Steffen soll ihn „Streikbrecher" genannt und geäußert haben, er werde ihm die Knochen kaputt schlagen, und Mildes soll zu einigen Arbeitern, als Fahr vorüberging, gesagt haben: „Seht Euch mal den an, der ist ein Streikbrecher!" — Eine Woche nachdem sich dieser Vorfall abgespielt haben soll, ließ Fahr die beiden Streikposten feststellen, zwei Wochen darauf erstattete er Anzeige, und gestern hatten sich Steffen und Mildes vor dem Schöffengericht Lichtenberg wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu verantworten. Fahr trat als einziger Zeuge gegen sie auf und bekundete die vorstehend angegebene Darstellung, während die Angeklagten entschieden bestritten, die betreffenden Aeußerungen gebraucht zu haben.

Während der Amtsanwalt gegen Steffen 10 Tage und gegen Mildes eine Woche Gefängnis beantragte, plädierte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Weinberg auf Freisprechung, weil man doch die Angaben der beiden unbescholtenen Angeklagten nicht durch die Bekundungen des einen an der Sache interessierten Zeugen als widerlegt ansehen könne. Aber selbst, wenn man dem Zeugen Glauben schenken will, so brauche nicht ein Vergehen gegen § 153 angenommen, sondern die Aeußerung vom Knochenkaputschlagen könne als Nötigung angesehen und mit einer mäßigen Geldstrafe belegt werden, während die Bezeichnung „Streikbrecher" keine Beleidigung, sondern die Konstatierung einer Tatsache sei.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt der Anklage und verurteilte wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung Steffen zu 6 Tagen und Mildes zu 4 Tagen Gefängnis.

Die Diebstähle auf dem Zentralviehhof,

die seinerzeit großes Aufsehen erregt hatten, liegen einer Massenanklage zugrunde, die gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kam.

Auf der Anklagebank haben nicht weniger als 19 Personen Platz zu nehmen, darunter die Obertreiber Bilowsky, Rummel, Wolf und Kracht, ferner 12 Arbeiter und Viehtreiber und 3 Viehexpedienten.

Mit Rücksicht auf den großen Umfang der Sache, für welche zwei Sitzungstage in Aussicht genommen sind, findet die Verhandlung in dem Schwurgerichtssaal des Landgerichts III statt. Den Angeklagten, die sich zum Teil in Untersuchungshaft befinden, wird zur Last gelegt, der Stadt Berlin gehörige Futtervorräte im Gesamtwerte von zirka 30 000 M. gestohlen zu haben, ferner entwendete Futtervorräte angekauft und zu ihrem Absatz gewerbs- und gewohnheitsmäßige Beihilfe geleistet und schließlich zur Begehung der Straftaten wissentlich Beihilfe geleistet zu haben. Die Anklage stützt sich in der Hauptsache auf folgende Momente: Der Viehhändler, der das Vieh in der Provinz auskauft, kann dieses nur durch Vermittelung einer der zirka 20 Viehkommissionsfirmen, die sich auf dem Viehhofe niedergelassen haben, an den Markttagen Mittwoch und Sonnabend zum Verkauf an die Schlächter bringen. Diese Firmen haben den größten Teil der Verkaufsstände und Stallungen von der Stadt Berlin gemietet und erhalten für ihre Vermittelung von den Viehhändlern pro Stück bis zu 2 Proz. des Verkaufswertes. Das erforderliche Futter wird von den Obertreibern aus den der städtischen Verwaltung unterstehenden Futterböden entnommen und dann den Viehkommissionsfirmen in Rechnung gesetzt. Die Ausgabe des Futters erfolgt durch städtische Arbeiter, die Abrechnung zwischen der Firma und dem Obertreiber einerseits und der Firma und der Stadt Berlin andererseits findet in jeder Woche nur einmal statt. Die Obertreiber erhalten von den Kommissionsfirmen für das zu verkaufende und in den Ställen untergebrachte Vieh pro Tag und pro Kopf einen bestimmten Betrag. Von dieser Summe wird der Betrag des von den Treibern entnommenen Futters in Abzug gebracht, so daß der Verdienst der Treiber um so größer ist je geringer die Futterrechnungen sind. Dies Verfahren führte dazu, daß zwischen den Obertreibern und deren Gehilfen und den städtischen Arbeitern eine Art Bündnis geschlossen wurde, durch welches beide Teile verdienten. Die städtischen Arbeiter entnahmen den einzelnen Bunden Heu je ein paar Hände Heu und bildeten dann aus diesem ein neues Bund, für welches die Treiber statt wie sonst 90 Pf. nur 45 Pf. zahlten. Hierdurch hatten die angeklagten Arbeiter pro Bund 45 Pf. Reinverdienst, während die Treiber wiederum dadurch, daß sie weniger Futter von den städtischen Böden zu entnehmen brauchten, sich einen erheblichen Verdienst verschafften. Außerdem wurden, wie die Anklage behauptet, in einigen Fällen sogar ganze Säcke von Kleie und anderen Futtermitteln entwendet und erheblich billiger an die Treiber verkauft.

Als sich vor einiger Zeit die Klagen über unrichtiges Gewicht häuften, beschloß das Kuratorium des Viehhofes, zwei Arbeiter als Vertrauensleute einzustellen, um durch fortgesetzte Beobachtungen die Täter zu entlarven. Dies gelang auch in vollem Umfange, so daß die Mehrzahl der Angeklagten ein Geständnis ablegte. Einzelne Angeklagte sollen sich durch diese Manipulationen einen Nebenverdienst von wöchentlich 150 M. verschafft haben. Seit der Entdeckung der Diebstähle erzielt die Viehhofsverwaltung, die bisher stets mit einem Defizit arbeitete, ganz erhebliche Mehreinnahmen, durch welche das Manko ausgeglichen wird. — Die Erörterung der einzelnen Straffälle bietet keinerlei allgemeines Interesse.

Die Angeklagten blieben im allgemeinen bei ihren Geständnissen. Der Vorarbeiter Wilhelm Schwarz gab auf Befragen des Vorsitzenden eine allgemeine Darstellung der Vorkommnisse, die mit den Angaben der Anklage im wesentlichen übereinstimmen. Er ist seit zehn Jahren auf dem Viehhof beschäftigt und hat die Durchstechereien mitgemacht, weil sie schon im Gange waren, als er auf dem Viehhof zuerst beschäftigt wurde, weil die Bodenmeister dagegen nicht einschritten und weil er mit seinem Lohn bei seiner zahlreichen Familie und mehreren Krankheitsfällen nicht auskommen konnte. Es habe auch ein gewisser Zwang seitens der anderen Arbeiter vorgelegen, welche sagten: wenn Du nicht mitmachst, dann kommst Du vom Viehhof weg. Außerdem habe auch der Vertrauensmann des Magistrats, der Arbeiter Goebel, der immer mitmachte, ihn und andere dazu verleitet. Das Geld, welches durch den Absatz der veruntreuten Futtermengen erzielt wurde, wurde unter den Mitwirkenden verteilt. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Wilhelm Schwarz, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß einzelne Treiber bezw. Obertreiber luxuriös gelebt und sich Rennpferde und Automobile gehalten haben. Aehnlich äußerten sich die anderen angeklagten Arbeiter, von denen einer schon 31 Jahre auf dem Viehhof beschäftigt war. Sie erklärten sämtlich, daß diese Art der Verwertung des Futters gewissermaßen eine alte Observanz sei, die der eine vom anderen gesehen und deshalb mitgemacht habe. Wenn sie sich auch hätten sagen müssen, daß sie unerlaubte Handlungen begingen, so hätten sie doch nicht gewußt, daß dies kriminell strafbar sei. Einige Angeklagte fügten hinzu, daß sie aus Not dazu getrieben seien, sich einen kleinen Nebenverdienst zu beschaffen. Ihnen sei das ganz allgemein getriebene „Zupfen" auf dem Viehhof sehr willkommen gewesen, um sich einen kleinen Zuschuß zu ihrem geringen Lohn zu verschaffen. Da mehrere Angeklagte ihr Geständnis, welches sie vor der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter abgegeben hatten, jetzt zum Teil widerriefen, mußten zahlreiche Protokolle zur Verlesung gebracht werden.

Auf eine Beweisaufnahme wurde verzichtet und so stellte der Staatsanwalt noch in später Abendstunde die Strafanträge. Er beantragte gegen die Treiber neun Monate bezw. ein Jahr Gefängnis wegen einfacher Hehlerei, gegen die Arbeiter sechs bezw. neun Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Müser die Freisprechung. Die Verhandlung wird am Mittwoch Vormittag 9½ Uhr fortgesetzt.

Versammlungen.

Die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Gewerkschaften lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Däumig am Freitag in einer Mitgliederversammlung des Töpferverbandes hielt. Nach einer Beleuchtung der allgemeinen politischen Situation zeigte der Redner, daß der neue Reichstag bedeutungsvolle Aufgaben zu erledigen hat, die nicht nur das politische Gebiet betreffen, sondern auch für die gewerkschaftliche Bewegung von großer Bedeutung sind. In dieser Hinsicht handelt es sich besonders um die Beratung der Strafgesetznovelle, die das Koalitionsrecht auf das schwerste bedroht. Um die Angriffe auf eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterbewegung abzuwehren, muß jeder Arbeiter dahin wirken, daß die Zahl der Sozialdemokraten im neuen Reichstage vermehrt und neue Mitkämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft gewonnen werden. — Durch lebhaften Beifall bewies die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. — Damit sich die Töpfer an den Arbeiten des Wahltages beteiligen können, beschloß die Versammlung, daß sämtliche Kollegen am Tage der Reichstagswahl die Arbeit ruhen lassen.

Hierauf besprach die Versammlung Tarifangelegenheiten. Es handelt sich hauptsächlich um Meinungsverschiedenheiten mit den Meistern wegen der Bezahlung von Arbeiten an Gaskochern. Nach einem Beschluß der Meisterkommission soll hier eine Aenderung eintreten, welche einer Verschlechterung von bis jetzt geltenden Positionen gleichkommt. Die Versammlung lehnte die Anerkennung dieses Beschlusses ab. — Schließlich trat die Versammlung einem Beschluß der Vertrauensmänner bei, wonach die Kollegen (ausschließlich derjenigen, die vom Lokalbeitrag befreit sind) 4 Marken à 25 Pf. zugunsten der Tabakarbeiteraussperrung zu entnehmen haben.

Aus aller Welt.

Ein Krach im spanischen Königshause.

Wie der Pariser „Temps" meldet, hat die in Paris lebende spanische Infantin Eulalia in der Nacht zum Sonntag vom König Alfons, ihrem Neffen, eine Depesche erhalten, worin dieser seinem Befremden über die von der Infantin geplante Veröffentlichung eines Buches ausspricht, und ihr den Befehl erteilt, diese Veröffentlichung bis nach Erteilung seiner Ermächtigung aufzuschieben. Die Infantin habe darauf telegraphisch geantwortet, sie sei sehr erstaunt darüber, daß man ein Urteil über das Buch abgebe, bevor man es kenne. Sie benutze den Anlaß, um dem König Adieu zu sagen; denn nach diesem der Inquisition würdigen Vorgehen halte sie sich für berechtigt, in ihrem Privatleben nach ihrem Gutdünken zu handeln. Gleichzeitig habe die Infantin den Auftrag gegeben, ihre Güter in Spanien zu verkaufen.

König Alfons hat von seinem Standpunkte aus gar nicht so unrecht, wenn er das den spanischen Königen naheliegende inquisitorische Verfahren verfuchte; erörtert das Buch doch die Frage der völligen Unabhängigkeit der Frau, die Gleichheit der Klassen vermittels der Erziehung, soziale und religiöse Fragen und beschäftigt sich mit Untersuchungen über die Ehevorurteile und -Ueberlieferungen.

Zwei tödliche Fliegerabstürze.

Die Liste der Todesopfer des Flugsportes ist wieder um zwei Nummern vermehrt worden. Bei Breitenfurt in Mittelfranken stürzte am Sonntag der Münchener Flieger Reeb während eines Ueberlandfluges von München nach Nürnberg ab und war sofort tot. — In San Juan (Portoriko) ist der amerikanische Flieger Schriewer aus etwa 60 Meter Höhe abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Ein Ehedrama.

Die 80jährige Frau Marguérite Pascal in Paris überfiel am Sonntag ihren schlafenden Mann, einen ehemaligen Kolonialgendarm, jetzt Angestellten bei einem Pariser Blatte, und tötete ihn durch drei Revolverschüsse. Dann fuhr sie von Paris nach Savigny-sur-Orge und erschoß die 68jährige Tante ihres Gatten. Die Mörderin begab sich hierauf nach dem Polizeikommissariat und erzählte in ruhigem Tone, daß sie ihren Gatten und dessen Tante getötet habe, weil beide ihr das Leben verbittert hätten.

Abgelehnte Orden.

Wie das Genueser „Lavoro" meldet, wären zwei Parteigenossen dieser Tage mit knapper Not einem Orden entgangen. Seit mehreren Jahren besteht bekanntlich in Italien ein „Orden der Arbeit", der mit Vorliebe an self made men, an Arbeiter, die sich zu Unternehmern „aufgeschwungen" haben, auch gelegentlich an Großindustrielle verteilt wird, die irgend eine Industrie gefördert haben sollen. Außerdem soll der Reichsarbeitsrat einen seiner Mitglieder aus dem Arbeiterstande in den Ausschuß des Ordens der Ritter der Arbeit delegieren. Die Sache wurde erst dem Abgeordneten Genossen Chiesa, der Lackierer ist, und dann dem Genossen Reina, einem Hutmacher, angeboten. Beide lehnten aber ab, und so wird wahrscheinlich die Auszeichnung auf den Radikalen Maffi, einen früheren Arbeiter, fallen.

Kleine Notizen.

Ein neuer Weltrekord. Auf dem Flugfelde bei Reims hat der Flieger Prévost einen neuen Höhenrekord für Passagierflug aufgestellt. Es gelang ihm, sich mit seinem Fahrgaste bis in eine Höhe von 3000 Metern emporzuschrauben.

Ermordet. Ein Bahnwärter fand am Sonntag früh etwa 150 Meter südlich von dem Bahnhof Nörten (Thüringen) auf der Marienſteiner Tour einen weiblichen Leichnam, dem der Kopf fehlte. Die Untersuchung stellte fest, daß es sich um einen Mord handelt. Die Frau ist zweifellos nach ihrer Ermordung auf dem Acker auf die Schienen gelegt worden, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken. Die Leiche wurde als die der 38 Jahre alten, schon seit zwei Jahren von ihrem Manne getrennt lebenden Arbeiterin Minna Brandt aus Marienstein erkannt. Vom Täter fehlt bis jetzt jede Spur. — Ein zweiter Mord wurde in der Nacht zum Sonntag in einem Tannenwalde nahe Leipzig verübt. Dort wurde der Hofmeister v. Breitenfeld durch Wildschützen erschossen. Auch hier fehlt von dem Täter jede Spur.

Zum Brande in der Leipziger Kaserne. Die nach dem Brande in der Kaserne des 106. Infanterieregiments vorläufig festgenommenen Kammerunteroffiziere sind nach eingehender Vernehmung sämtlich entlassen worden. Der Brandschaden beträgt, soweit bisher festgestellt werden konnte, etwa 600 000 M. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Eisenbahnunglück. Am Sonntagabend stieß der Budapester Personenzug auf dem Belgrader Bahnhof auf einen dort rangierenden serbischen Lastzug. Ein Passagier wurde getötet und einer schwer verwundet sowie zwei Reisende und fünf Bahnbeamte leicht verletzt.

Eingegangene Druckschriften.

Abrechnung, politische Versfuhtritte von Rud. Franz. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München.

„Der Kampf". Sozialdemokratische Monatsschrift (Wien). 5. Jahrgang. Heft 3. Friedrich Austerlitz: Oesterreichische Tragik. Karl Renner: Nach Innsbruck. Josef Strasser-Reichenberg: Nationalismus und Sozialismus. Anton Nemec: Die Pfiffigkeit der deutschen Sozialdemokraten. Otto Bauer: Orientalische Revolutionen. Max Adler: Die Dialektik des Werdens. Matthias Eldersch: Die neue Sozialversicherungsvorlage. Adolf Braun: Lafargue. Ernst Falk: Die Gesundheitspflege im Klassenstaat. Franz Diederich-Dresden: Schauinsland.

Unserem werten Parteigenossen und Zahlabend-Wirt
Adolf Schwanke nebst Frau
die herzlichsten Glückwünsche zu der am 4. Dezember stattgefundenen Silbernen Hochzeit und zum Geburtstage!
Die Genossen des 4. Bezirks der ersten Gruppe des Wahlvereins Charlottenburg.

Unserem Genossen
Reinhold Reichelt
und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche! 9752
Die Genossen des 280Bezirk Charlottenburg

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 2. Dezember verstarb unsere Genossin
Frau Marie Thauer
Wisbyer Str. 2.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Paul Gerhardt-Gemeinde in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
233/13 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Zahlstelle Charlottenburg.
Am 1. Dezember starb unser Mitglied
Gustav Dubuy.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags ¾4 Uhr, von der Halle des Südwest-Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.

Ferner verstarb am 1. Dezember unser Mitglied, der Kollege
Max Krenz.
Ehre ihrem Andenken!
130/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bretterträger
Karl Schmidt
am 2. Dezember im Alter von 34 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6 Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Gottfried-Dunkel-Straße, aus statt. 68/14
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Danksagung.
Für die herzlichste Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Gatten, Vater, Bruder, Onkel und Schwager
Hermann Aurich
spreche allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank aus. Ferner den Kollegen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe G. Aurich nebst Tochter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied
Albert Prehm
am 1. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt. 152/9
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 30. November meine innigst geliebte Frau
Luise Lorenz
geb. Borchert
an den Folgen einer Gasvergiftung verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
1891b **Paul Lorenz.**
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders
Otto
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. 9742
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Fritz Kant.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Dachdeckers
Fritz Schröder
sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen vom Dachdecker-Verband, den Parteigenossen des 4. Kreises, ferner dem Herrn Redner für die trostreichen Worte und dem Gesangquartett meinen herzlichsten Dank.
Witwe Schröder, Posener Str. 24.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters, des Töpfers **Wilhelm Piesker** sage ich allen Teilnehmern, Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Gesangverein Wilmersdorfer Männerchor, dem Sozialdemokratischen Wahlverein, dem Zentralverband der Töpfer, Filiale Berlin, der Hamburger Zentral-Sterbekasse und der Schöneberger und Steglitzer Zahlstelle meinen besten Dank
Die trauernden Hinterbliebenen
Marie Piesker und Kinder.

Für die vielen Beweise der Teilnahme anläßlich der Beerdigung meines inniggeliebten Sohnes
Julius Waeder
sowie für die herrlichen Kranzspenden spreche ich hiermit allen Bekannten, Freunden und Kollegen meines Sohnes, auch im Namen meiner Kinder, meinen tiefgefühlten Dank aus.
Pauline Waeder
Pestalozzistr. 70.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes
Martin Wunderlich
sage ich auf diesem Wege, da es mir nicht möglich ist, jedem Einzelnen zu danken, herzinnigen Dank. 1884b
Emilie Wunderlich nebst Kindern.

Für die vielen Zeichen der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Joseph Völker
sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. 1883b
Emma Völker und Kinder.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort. *

---

5 Proz. Rabatt beim Vorzeigen dieses Inserats.
Engros-Lager. **Für Damen!**
Einzelverkauf nur v. 12-8 Uhr.

Paletots aus blau u. engl. Stoff 7⁵⁰, 10, 15 M.
Frauen-Paletots aus schwarzem Eskimo 15⁰⁰
ca. 200 Kinder-Paletots 3⁰⁰ 4⁵⁰
ca 300 Kostümröcke Wert bis 12.00, zum Aussuchen jeder Rock 4⁵⁰
Elegante Peluche-Mäntel u. Kostüme, sehr preiswert.
Kein Laden.
Sonntag geöffnet — Fahrgeld ersetzt
H. Heymann
Grüner Weg 48, part.,
an der Koppenstraße.
Fahrgelegenheit: Elektr. Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 46, 76, 78, 79.
Umtausch gestattet.

En gros detail
Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und reellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof
8771.* **Karl Hustädt.**

Otto Rühle
Das proletarische Kind

Verlag Albert Langen München
Geheftet 3 M., gebunden 4,50 M.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag
Albert Langen, München-B.

Pelzstolas, Taschen-Muffen usw.
Nach beendeter **Engros-Saison**
Einzelverkauf zu Engros-Preisen.
R. Michaelis,
Gr. Frankfurterstr. 99, I
vis-à-vis Straußberger Platz.
Reparaturen und Aenderungen.

Fett-Gänse! oder fette Enten oder Poularden, täglich frische Schlachtung u. gerupft, je 10 Pfd.-Postkolli 6 M. franko per Nachnahme lief. J. Mayer, Skalat 21 via Breslau.

Oranien-Salon,
Oranienstr. 170,
sofort zu vermieten. 18465*

Wenn nicht Ia geliefert, auf meine Kosten geg. Nachn. retour.
Ganz frisch vom Rauch **3** fette sehr schön ger. **Aale**
Kiste 45 ff. Fettbückl., Stück echten Rauchlachs, ger. Schellfisch, ff. Rollmops, Dose 40 Heringe Milchsauce, Lachsbückling, Geleeher. u. Brather. Alle 9 leckere Sorten zusammen 2.95 M.
E. Napp, Altona-Ottensen 62.
Bahnf. beste Salzher. 6/₁ Postf. 2½ M.

Pollmanns Bandagen-
Geschäft, nebst Artikel zur
Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Schloßbräu Flaschenbier
vorzüglich im Geschmack, großartig in Bekömmlichkeit.
Die Qualität ist hervorragend!

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Feine Schneiderei
für elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und beste Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von 1 M. an
J. Kurzberg
Rosenthaler Strasse 40
direkt am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
Kein Waren-Kredithaus

Speisegefäss M. 4.50

Neu! D. R. Pat.
Unzerbrechlich!
Stets warme Speisen und Getränke an der Arbeitsstätte in
Patent-Demo-Gefässen

Demo-Menage

Preiswert! Ueberall zu haben.
Ferner wie bisher die patentierten Thermosflaschen, Picnics, Kannen, Krüge usw. usw.
Man achte genau auf die Marke Thermos resp. Demo.
Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 35.

Geben Sie acht
≡ Engelhardt-Caramel-Bier überall käuflich! ≡
es kommen **Caramel-Biere** in den Handel, die oft minderwertige Nachahmungen unserer renommierten Qualitätsbiere sind. — Sie können sich vor solchen Nachahmungen schützen, wenn Sie auf das **blaue Etikett** und die **Firma** achten:
ENGELHARDT
≡ Grösste Malzbierbrauerei Deutschlands ≡

Vierter Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr, in **„Kellers Festsälen"**, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **„Die Reichstagswahlen".** Referent: Reichstagsabgeordneter **Otto Büchner.**
2. Aufstellung des Kandidaten.

207/9* **Mitgliedsbuch legitimiert.** **Der Vorstand.**

2. Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Dezember 1911, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Bockbrauerei, **Tempelhofer Berg,**
Kliems Festsäle, **Hasenheide 12/13,**
Nissles Festsäle, **Dennewitzstr. 13.**

Tagesordnung:

Der jetzige Reichstag und die getäuschten Wähler.

Referenten: Reichstagsabgeordnete **Frank**-Mannheim, **Paul Göhre, Severing**-Bielefeld.

Jedermann eingeladen! Freie Diskussion. 212/3* **Der Vorstand.**

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Dezember 1911, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Obiglo's Festsäle, Schwedter Str. 23/24.
Konzerthallen Süßmilch, Bornholmer Str. 7.
Borussia-Säle, Ackerstr. 6/7.

Tagesordnung:

Volk, Klassenherrschaft und Regierung.

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Adolf Albrecht**-Halle a./S.
Reichstagsabgeordneter **Karl Haberland**-Düsseldorf.
Stadtverordneter **Max Grunwald**-Berlin.

Die Einberufer: Wilhelm Baumann, Rheinsberger Str. 67.
Otto Lucke, Ueckermünder Str. 2.
Salomon Joseph, Tieckstr. 31.

233/12*

RIXDORF

Achtung! **Reichstagswähler!** **Achtung!**

Heute Dienstag, abends 8½ Uhr:

Drei öffentliche Wähler-Versammlungen

Tagesordnung:

1. **Die Belastung des Volkes durch die Steuern und Zölle.**
2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.

237/4

in folgenden Lokalen:

Für den	Für den	Für den
4. u. 5. Kommunal-Wahlbezirk	**10. Kommunal-Wahlbezirk**	**22. Kommunal-Wahlbezirk**
in den	bei	im
Passage-Festsälen, Bergstr. 151.	**Wolff, Kirchhofstraße 41.**	**Karlsgarten, Karlsgartenstr. 6/10**
Referent: Genosse **Klaß.**	Referent: Genosse **Späthe.**	Referent: Genosse **Wacker.**

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung wird Massenbesuch erwartet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. **Filiale Berlin.** **Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.**

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr, in Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal 1911. 2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

130/9* **Die Ortsverwaltung.**

NB. **Die für die Sektion der Lackierer zum Donnerstag, den 7. d. Mts., festgesetzte Versammlung fällt wegen der Filialversammlung aus, und werden die Kollegen ersucht, in der letzteren zu erscheinen.** D. O.

Bekanntmachung.

1000 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher Täter oder Teilnehmer des in der Nacht zum 10. November 1911 in der Kantine des hiesigen Zentralgüterbahnhofs an dem Kaffeeküchenwirt **Ulrich** verübten Raubmordes zur Anzeige bringt. 273/13

Stettin, den 1. Dezember 1911.

Der Erste Staatsanwalt.

Eile zu Weile!

119 Dresdener Straße (Eckhaus Oranienpl.) **119**

Ueber **1000** **Pelz-Stolas**

Muffen, Kolliers

Extra billige Preise!

Echte Skunks-Stolas von **25 M.** an. Pelz-Hüte, Hutstreifen Felle, Köpfe, Schweife in allen Fellarten.

Eigene Kürschnerei.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.

Bitte genau auf **Nr. 119** und **Ecke zu Weile** z. achten.

21 Gegründet 1864 **21**

Pelzwaren.

Engros—Export.

S. Schlesinger,
Neue Königstr. 21
Ordonnanzhaus.
Kein Laden!
II. Etage.

Einzelverkauf

wie alljährlich zu billigst. Preisen

Pelz-Stolas
Muffen

Chick garnierte **Damenpelzhüte** federleicht.

Reparaturen sauber und billig.

Sonntag geöffnet.

Bitte genau auf Hausnummer **21** zu achten.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Fernspr.: Amt 4, 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstr. 9 Fernspr.: Amt 3, 6708.

Küchenmöbelbranche.

Mittwoch, den 6. Dezember, abends 6½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: 130/8

Branchen-Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Das Erscheinen aller Kollegen erwartet **Der Obmann.**

Frauenstimmrecht Groß-Berlin!

Frauenwohl Groß-Berlin!

Dienstag, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, in den **„Arminhallen", Kommandantenstr. 58:**

Oeffentliche Volksversammlung

Thema:

Heimarbeiterschutz und Konfektionsarbeiterstreik.

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Robert Schmidt.** Fräulein **Else Lüders.** 1885b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Branche der Modell- u. Fabriktischler und Modelldrechsler.

Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung

bei Woldt, Pflugstraße 5.

93/13 Tagesordnung:

Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Vertrauensmänner-Versammlungen der übrigen Bezirke und Branchen finden am **Mittwoch nicht statt.**

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag):

Weihnachts-Vergnügen

in „Mörners Festsälen", Koppenstraße 29.

Billetts a 50 Pf. werden in sämtlichen Zahlstellen ausgegeben.

Perlmutter- und Hornarbeiter.

Mittwoch, den **5. Dezember**, findet **keine Branchenversammlung** statt. **Der Obmann.**

Verband der Schneider und Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Achtung! **Wäscherei-Arbeiterinnen.** **Achtung!**

Mittwoch, den **6. Dezember, abends 6½ Uhr** (gleich nach Arbeitsschluß), im Lokal zum **„Prälaten", Weißensee, Berliner Straße,** Ecke Lehderstraße:

Versammlung

für alle **Arbeiterinnen der Dampfwaschanstalten „Ilse", „Gumpel", „Altenburg", „Kulicke", „Breyer", „Walter u. Co.", „Ida", „Schneewittchen", „Juwel", „Davidsohn"** und **„Splendid".**

Tagesordnung: „Mißstände in den Dampfwaschanstalten und die Leiden der Wäschearbeiterinnen". Referent: Kollege **W. Ene.**

Kolleginnen! Agitiert für die Versammlung und erscheint alle!

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4.

Große Firma vergibt Teppiche, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren **auf Teilzahlung ohne Anzahlung.** Keine Kassierer. Chiffre S. 100, „Vorwärts"-Spedition, Auguststr. 50.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling. Amt III, 2438.

Achtung! 50/1*

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees** und **Saalinhabern** unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10½—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. **Der Vorstand.**

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal **lila** und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Mittwoch, den 6. Dezember cr., abends 8½ Uhr:

Allgemeine

Mitglieder-Versammlung

bei Boeker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Die Gewerkschaften und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Ref.: Genosse **Ucko.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

170/8 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralkranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(E. H. Nr. 2, Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wie denken die Mitglieder über die fernere Gestaltung der Kasse.

253/10* **Der Vorstand.** J. A.: Richard Schröder, Tilsiter Str. 7.

Hugo Beling

Weingroßhandlung u. Likörfabrik

60 eigene Filialen. * **Einzelverkauf zu Engrospreisen.**

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

Im ersten Wahlkreis fand am Sonntagmittag eine gutbesuchte Wählerversammlung im Zelt 4, Tiergarten, statt. Der Landtagsabgeordnete Heinrich Ströbel hielt einen Vortrag über das Thema „Volksnot, Kriegshetze und Sozialismus". Er schilderte die Bedrückung des Volkes durch Steuern und Zölle zugunsten der besitzenden Klasse und ihrer imperialistischen Politik. Scharfe Kritik übte der Redner im Laufe seiner Ausführungen an dem Verhalten der Freisinnigen, die zwar mit schönen Worten niemals sparten, aber, an ihren Taten gemessen, sich stets als Vertreter der Besitzenden gezeigt hätten. Die Arbeiter, die kleinen Geschäftsleute, die Unterbeamten, die Leute des bedrängten Mittelstandes, sie alle lassen sich täuschen, wenn sie glauben, Rettung aus ihrer Bedrängnis beim Freisinn finden zu können. Die Freisinnigen hätten noch immer versagt, wenn sie Stellung nehmen sollten gegen die Interessen der Besitzenden. Der Redner gedachte der Kriegshetze der jüngsten Zeit und des schwankenden Verhaltens des Freisinns. Er schilderte die furchtbare Kriegsgefahr und wie sie gesteigert würde, wenn den fortgesetzten Rüstungen nicht eine energische Opposition entgegengesetzt wird. Dazu aber sei allein die Sozialdemokratie entschlossen, die dem Kulturfortschritt die Bahn freimachen wolle, die den Frieden der Nationen zu erhalten und die Volksrechte zu verteidigen entschlossen ist. Mit einem Appell an die Wähler, am 12. Januar dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimmen zu geben, schloß der Redner seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag.

Zur Diskussion forderte der Vorsitzende die Gegner heraus, aber niemand meldete sich. Aus der Versammlung wurde gerufen: „Wo ist Kaempf?" Herr Kaempf war nicht da. Der Vorsitzende verlas Entschuldigungsbriefe von dem Vorsitzenden der Demokratischen Vereinigung und von dem Ausschuß der Privatangestellten, die am Erscheinen in der Versammlung verhindert waren.

Genosse Dr. Heinemann nahm dann das Wort, um darauf hinzuweisen, daß uns die aufregenden Ereignisse in der großen Politik leicht vergessen lassen, was uns in der inneren Politik vom neuen Reichstag droht. Er erinnere an die Strafgesetznovelle, zu der Professor Liszt, ein eifriger Verteidiger der Kandidatur von Kaempf, einen Gegenentwurf ausgearbeitet habe, der unglaublich reaktionäre Bestimmungen enthalte. Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre, das kleinste Streikvergehen mit Geldbußen bis zu 5000 M. bestraft werden. Vor dieser „freisinnigen" Politik könne man nicht genug warnen.

Der Kandidat unserer Partei, Düwell, hielt eine recht eindrucksvolle Ansprache an die Versammelten, in der er schilderte, wie das Agrariertum und der Industriekapitalismus, unterstützt durch den Ultramontanismus, heranstürmen, um das aufstrebende Volk niederzuhalten. Im besonderen sprach er dann über das Verhältnis der Privatangestellten im Wirtschaftsleben. Ihre ideologische Auffassung von der Stellung, die sie einnehmen, werde zerstört von der Wirklichkeit, die ihnen Klassenkämpfe aufnötigt, um ihre Rechte als Arbeiter zu verteidigen. — Uebergehend auf den bevorstehenden großen Kampf um den Reichstag, forderte der Redner zur vollsten Kraftentfaltung auf, denn diesmal gelte es, einen Schritt vorwärts zu kommen oder niedergeworfen zu werden. (Beifall.)

In seinem Schlußwort warnte der Vorsitzende vor einer Vertrauensseligkeit der Demokratischen Vereinigung gegenüber. Für uns stehe die soziale Frage im Vordergrunde, die wir stets im Auge behalten müssen. Mit Hochrufen auf unsere Partei schloß die Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag, den 5. Dezember, abends 8½ Uhr, finden drei öffentliche Versammlungen statt: In der Bockbrauerei, Tempelhofer Berg, Kliems Festsäle, Hasenheide 12/13, und Nitzles Festsäle, Dennewitzstr. 13. Tagesordnung: Der jetzige Reichstag und die getäuschten Wähler. Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Frank, Paul Göhre und Severing. Die Genossen werden gebeten, für zahlreichen Besuch zu agitieren.

Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Morgen Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: „Die Eröffnung des Reichstagswahlkampfes. Referent: Stadtverordneter Wilhelm Pfannkuch.

Wählerversammlungen im Kreise Niederbarnim tagen am:

Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in Friedrichsfelde bei Bürger (früher Bube), Prinzenallee 30.

Dienstag, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, in Erkner bei Degebrodt.

Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, in Borsigwalde in den Borsigwalder Festsälen, Spandauer Straße 42/43.

Donnerstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Berlin-Petersburger Viertel in den „Prachtsälen des Ostens", Frankfurter Allee.

Das Kreis-Wahlkomitee.

Charlottenburg. Heute abend 8½ Uhr im Volkshause, Rosinenstraße: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

Wilmersdorf-Halensee. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, treten die Mitglieder zu der in der letzten Vereinsversammlung angekündigten Besprechung im Gesellschaftshause, Wilhelmsaue 112, zusammen.

Der Vorstand.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr im großen Saale des Stadttheaters, große öffentliche Versammlung. Der Kandidat des Kreises Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil hat das Referat übernommen. Genossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch obiger Versammlung.

Adlershof. Heute Dienstag, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung vom „Jugendheim", Bismarckstr. 11, aus.

Am Donnerstag, den 7. d. M., im Lokale des Herrn Wöllstein, Bismarckstr. 24: Große öffentliche Versammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil wird über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen. Genossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlung.

Grünau. Heute Dienstag im Lokal Jägerhaus: öffentliche Versammlung. Genosse Weber spricht über die bevorstehende Reichstagswahl.

Genossen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung.

Der Vorstand.

Karlshorst. Die für heute angesetzte Mitgliederversammlung findet nicht statt.

Die Bezirksleitung.

Königs-Wusterhausen und Wildau. Den Parteigenossen obiger Orte zur Kenntnis, daß der Extra-Zahlabend nicht am heutigen Dienstag, sondern am Mittwoch, den 6. Dezember, stattfindet.

Der Vorstand.

Pankow. Am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr: Extrazahlabend in den bekannten Lokalen.

Die Bezirksleitung.

Borsigwalde - Wittenau. Dienstag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr: Handzettelverteilung zur Versammlung am Mittwoch von den Lokalen Schulz, Zülcke und Woitschach.

Die Bezirksleitung.

Potsdam. Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr, im Saale Kaiser-Wilhelm-Str. 88: Wahlvereinsversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Spandau. Morgen Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Gustav Borchardt, Seeburger Str. 29: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die praktischen Arbeiten zur Reichstagswahl. 2. Wahl eines Wahlkomitees.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die erste Zweckverbandsversammlung, die gestern im Rathause zusammengetreten ist, erledigte nur Arbeiten vorbereitender Natur. Bemerkenswert war in der Rede des Oberpräsidenten der Hinweis auf eine bessere sittliche und körperliche Ausbildung der heranwachsenden Jugend, insbesondere der schulentlassenen Jugend. Diese Aufgabe mit den Zwecken des Verbandes zu verquicken, mußte in mehr als einer Beziehung Verwunderung erwecken.

Die Versammlung bezeigte ihre Königstreue, indem sie an den Kaiser ein Huldigungstelegramm sandte.

Berliner Asyl-Verein für Obdachlose. Im Monat November nächtigten im Männer-Asyl 14 900 Personen, wovon 7675 badeten, im Frauen-Asyl 3969 Personen, wovon 1312 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Wiesenstr. 55/59, für Frauen: Colberger Straße 30.

Gegen die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes machen die Haus- und Grundbesitzer mobil. Im „Grundeigentum" wird folgende Resolution veröffentlicht:

„Auf Grund eines in der Delegiertenversammlung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine vom 16. Oktober 1911 gefaßten Beschlusses spricht sich hiermit der Bund der Berliner Grundbesitzervereine ganz entschieden gegen die Errichtung des von den städtischen Behörden geplanten Wohnungsamtes aus. Die Berliner Hausbesitzerschaft steht auf dem Standpunkte, daß einerseits für die Beaufsichtigung der Wohnungen schon völlig ausreichende gemeinnützige Einrichtungen, wie Gewerbepolizei, Baupolizei und Armenpflege, vorhanden sind, andererseits die Schaffung des Wohnungsamtes den Etat der Stadt Berlin weiterhin äußerst bedenklich belasten würde, ohne daß mit Sicherheit weitere Erfolge zu erwarten wären."

Die Stadtverordneten, die Hausbesitzer sind und die von Hausbesitzersgnaden ins Rathaus geschickt worden sind, haben sich hiernach zu richten. Wir sind sicher, daß sie den ihnen erteilten Auftrag gewissenhaft ausführen werden.

In Wirklichkeit wird Berlin durch die Einrichtung eines städtischen Wohnungsamtes nur zahlreichen anderen Städten nachhinken.

Städtischer Seefischverkauf.

Für die am Mittwoch und Donnerstag an den bekannten Verkaufsstellen zum Verkauf gelangenden Seefische sind die Preise erheblich herabgesetzt, da infolge Nachlassens der Stürme in der Nordsee bedeutend größere Quantitäten an den Markt gebracht werden können. Zum Verkauf gelangt nur ganz frische, allerfeinste Ware. Es wird kosten: Schellfisch das Pfund 23 Pf.; Kabeljau das Pfund 21 Pf., im Ausschnitt 24 Pf.; Seelachs das Pfund 22 Pf., im Ausschnitt 25 Pf.; Goldbars das Pfund 17 Pf.; Schollen das Pfund 25 Pf.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Delegiertenwahlen für die Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker wurden 3061 Stimmen für die gemeinsame Liste der Handlungsgehilfen und Transportarbeiter abgegeben.

Preisunterschiede bei Vergebung von Fleischlieferung für die Armee. Gestern wurden die Preisangebote für den Fleisch- und Wurstbedarf der Berliner Garnison im ersten Halbjahr 1912 von der Intendantur des Gardekorps geöffnet. Es ergaben sich dabei, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" berichtet, ganz erhebliche Preisdifferenzen. Bei Los I, das 302 550 Kilogramm Rind-, Kalb- und Hammelfleisch umfaßt, beträgt die Differenz zwischen dem Höchstangebot des Herrn Franz Gerigk (471 070 M.) und dem niedrigsten Angebot des Herrn Otto Voigt (421 362 M.) 49 708 M.; bei Los II, das 270 880 Kilogramm Schweinefleisch, Speck und Wurst umfaßt, hat die Differenz zwischen dem Höchstangebot des Herrn Franz Gerigk (387 957 M.) und dem niedrigsten Angebot der Herren O. Künzel u. Söhne (345 497 M.) 42 460 M. betragen.

Die Schwimmhalle in der Volksbadeanstalt in der Oderberger Straße ist nach Beendigung der Wiederherstellungsarbeiten gestern vormittag für das Publikum wieder eröffnet worden.

Der Abzugskanal der B. E.-W. in der Kloster- und Stralauer Straße für das Kondenswasser ist wieder gedichtet. Das Wasser fließt nun nicht mehr in die Baugrube der Untergrundbahn für die Spreekreuzung. Die Pumpen arbeiteten am Sonntag, um das eingedrungene Wasser wieder aus der großen Grube, die sich bis zur Mitte der Spree erstreckt, zu entfernen. Insgesamt sind rund 120 000 Kubikmeter Wasser in die Grube geflossen, die außerdem auch noch etwas versandet ist. Diese ungeheueren Wassermengen sind mit den starken Pumpen, dank der ausgezeichneten Leistungen der an der Baugrube untergebrachten Lokomobilen, nun wieder entfernt worden.

Um die Dianawerke. Entgegen einer von parteioffiziöser Seite stammenden Meldung über das Verschwinden der Inhaber der „Dianawerke", Neue Friedrichstr. 4, ersuchen die beiden angeblich beteiligten Herren Schrödter und Fredrich durch ihren Rechtsbeistand, um die Feststellung, daß sie nicht aus Berlin spurlos verschwunden und von der Polizei gesucht worden sind. Beide sind nach ihren Angaben niemals an einer Firma „Merkurwerke" beteiligt gewesen. Schrödter ist nach seinen Angaben nicht Inhaber der „Dianawerke" gewesen, vielmehr war er nur als stiller Gesellschafter an der Firma beteiligt. Fredrich war nur kurze Zeit Inhaber der Firma, die er schon im Juli an Halsen abgetreten hat.

Der geraubte Adlerorden. Empfindlich bestohlen wurde der Geheimrat Z. aus der Mariendorfer Straße in Steglitz durch einen Sonntagnachmittagseinbrecher. Während sich Herr Z. mit seiner Ehefrau für eine Stunde aus der Wohnung entfernt hatte, um einen kleinen Spaziergang zu unternehmen, drang ein Dieb in die verschlossenen Räume ein. Der dreiste Einbrecher durchsuchte alle Ecken nach Wertsachen. Er erbeutete eine größere Anzahl wertvoller Silbersachen, Schmuckgegenstände, und auch den Roten Adlerorden, der schon so oft die Brust des Geheimrats geziert, verschmähte der Räuber nicht. Als bald darauf das Ehepaar heimkehrte, gab es eine recht unangenehme Ueberraschung.

Zwei Geldschränke „aufgeknabbert". Ueber die Dächer nahm eine verwegene Einbrecherbande, die der Schokoladenfabrik von Rudolf Pavel, G. m. b. H., Uckermarkstr. 189 eine nächtliche Visite abstattete, ihren Weg. Um in das Bureau der Fabrik zu gelangen, mußten die Diebe einen großen Umweg machen. Sie drangen in das Nebenhaus ein, stiegen aufs Dach und kletterten dann nach dem Dach des Fabrikgebäudes hinüber. Vom Boden drangen sie dann nach den unteren Stockwerken vor und so gelangte die Bande schließlich in das Kassenzimmer. Gar manche Tür hatten die Einbrecher auf ihrem Diebeszug aufbrechen müssen. Die „Hauptarbeit" sollte aber erst im Bureau kommen. Es waren dort zwei mit Panzerplatten gefestete Geldschränke aufzubrechen. Nach schwerer Mühe glückte dies aber. Doch die Diebe sollten vergeblich gearbeitet haben. Nicht einen Pfennig Bargeld fanden sie vor. Am Abend vorher waren die Summen anderweitig sicherer untergebracht worden. Um sich wenigstens etwas schadlos zu halten, stahlen die Diebe für mehrere hundert Mark Schokolade.

Straßenunfälle. In der letzten Nacht wurde ein etwa 68jähriger Mann gegen 1 Uhr in der Brunnenstraße Ecke der Demminer Straße beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einer Autodroschke überfahren. Der Ueberfahrene erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels, Gehirnerschütterung und schwere Gesichtsverletzungen; er wurde nach dem Virchow-Krankenhaus geschafft.

Ein bisher Unbekannter versuchte am Sonntagabend gegen ¼9 Uhr den Anhängewagen eines Straßenbahnzuges der Linie 37 in der Brunnenstraße Ecke der Rügener Straße während der Fahrt zu besteigen, fiel vom Trittbrett herunter und kam neben den Zug zu liegen. Er erlitt eine starke Gehirnerschütterung und wurde in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation Badstraße und von dort nach dem Virchow-Krankenhause geschafft. Der Verletzte ist ungefähr 40 Jahre alt und 1,68—1,70 Meter groß, hat einen dunklen Schnurrbart und ein rundes, volles Gesicht und trug einen schwarzen Ueberzieher, einen dunkelgrauen Anzug, einen steifen Hut und schwarze Schnürschuhe.

Ein weiterer schwerer Straßenunfall ereignete sich vorgestern abend zwischen 7 und 8 Uhr. In der Bürknerstraße in Rixdorf wurde eine unbekannte Frau beim Ueberschreiten des Dammes von einer Kraftdroschke angefahren und so schwer verletzt, daß sie bewußtlos liegen blieb. Man brachte sie nach dem Krankenhause am Urban, wo sie bald nach ihrer Einlieferung starb, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. Es ist eine ungefähr 60 Jahre alte Frau, die dem Mittelstande angehört zu haben scheint. Sie hat graumeliertes Haar und trug einen schwarzen Ueberrock, eine braune Taille, eine schwarze Kapuze und einen Trauring, der F. P. 1876 gezeichnet ist.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin und Umgegend) feierte Sonnabend im Saale der Brauerei Friedrichshain sein 21. Stiftungsfest durch ein Monstrekonzert, dessen Programm infolge Ueberladung erst gegen halb eins zum Abschluß gelangte. Wir wissen ganz gewiß die guten Absichten der Veranstaltung zu würdigen. Dennoch muß im Interesse williger Aufnahmefähigkeit immer wieder vor allzu reichlich bemessenen Musikgenüssen gewarnt werden. Von ernstem Bestreben, zu den Höhen reiner Kunst hinzuführen, zeugte die Einbeziehung mehrerer Darbietungen aus dem Bereich der Kammermusik (Joh. Brahms) durch das Potsdamer Trio: Otto Becker (Klavier und Orgel), Bianca Becker-Samolewska (Violine) und Walter Schmidt (Violoncello). Infolge der nicht zum besten bestellten Akustik gingen leider alle feinsten Schönheiten verloren und nur unverknüpfte Tonbruchstücke fielen in das Ohr der Hörer. Für Sologesänge war die Hofopernsängerin Maria Ekeblad gewonnen worden. Ihre wundervollen Stimmittel, ihre reife Vortragskunst, sowohl bei dramatischen wie rein lyrischen Gesangsstücken bürgt selbst vor den verwöhntesten Hörern für die höchsten Genüsse.

In der Hauptsache jedoch gipfelte das Konzert in der Absicht, einesteils neue Chorgesänge auf deren musikalischen Wert zu erproben, anderenteils die Leistungsfähigkeit verschiedener Berliner Arbeitersängervereinigungen einer Beurteilung zu unterstellen.

Was zunächst die dargebotenen Lieder angeht, so war die Auslese denn doch eine sehr magere. An wirklich gehaltvollen Dichtungen mangelt's heutzutage wahrlich nicht. Umso unbegreiflicher ist es, daß es noch immer Komponisten gibt, die den lyrischen Kitsch als Unterlage für ihre Vertonung erkiesen. Ob sich außerdem ein Text auch mit proletarischer Weltanschauung vertrage, darauf scheint man noch immer viel zu wenig Gewicht zu legen. Banale spießbürgerlich-frömmelnde Gedichte wie „Glockenläuten", „Gewitternacht" oder Gelegenheitsreimereien, wie „Das Land so weit" ... „Schöner Rhein, Vater Rhein" ... „Frühlingsstürme" versprechen keinerlei über das kompositorische Durchschnittsniveau hinausgehende Ausbeute. Was kann z. B. unseren G. Ad. Uthmann bewogen haben, eine sprachlich wie stofflich mit den landläufigsten Handwerksbehelfen operierende „Heimkehr des Verbannten" im gewöhnlichen Tafelliederstil zu verarbeiten? Gerade von dieser Sorte bietet das Programm mehr, als im Interesse der Arbeitergesangschöre zu wünschen ist. Um nun ihre Armut an Erfindung markanter Melodien zu verdecken, ergehen sich nicht wenig Liederkomponisten in einer über Gebühr forcierten Ausmalung von Situationen und Momenten, die mit dem Ganzen in gar keinen Zusammenhang mehr gebracht werden können. So entstehen dann Chöre, die zwar im erkünstelten Durcheinanderschlingen der einzelnen Stimmen nicht selten die schwierigsten technischen Aufgaben aufnötigen, dafür aber der gesanglichen Entfaltung schon so gut wie gar nichts bieten. Noch betrübender ist, wenn man auch mit hervorragenden Liedertexten nichts rechtes anzufangen weiß. Da begegnet uns beispielsweise Platens klassische Ballade „Das Grab im Busento" in einer geradeswegs kläglichen „Vertonung". Soviel von den Kompositionen.

An ihrem Vortrage beteiligten sich nacheinander sechs hiesige Männerchöre. Es lag hauptsächlich an der unglücklichen Wahl der betreffenden beiden Gesänge, wenn die „Liedesfreundschaft" (Dirigent: R. Bühring) kein volles Bild ihrer wirklichen Leistungsfähigkeit gewährte. So kleine Gesangvereine sollten einfachere Chöre pflegen. Zu welcher aufragenden Höhe Arbeitersänger gebracht werden können, davon zeugt wohl der Männergesangverein „Lerche" (Chormeister: H. Schulzen). Er offenbart neben sprachlicher Rundung, wie richtiger Atemgymnastik eine Sicherheit des künstlerischen Vortrags und eine überaus sympathische Klangschönheit. So wurde denn der übrigens sinngemäß und wirksam durchkomponierte Chor: „Der Fremdenlegionär" (von Wengert) gerade prachtvoll zur Geltung gebracht. Es war nach meinem Empfinden die beste Gabe überhaupt! Der Männerchor „Vorwärts" (Chormeister: Th. Weber-Buchholz) interessierte durch den zuweilen von unreiner Intonation etwas getrübten Chor „Auf stürmender See" von W. Sturm — übrigens auch eine jener üblen Vertonungen vorzüglicher dichterischer Unterlagen. Auch die Leistungen des Männerchors „Moabit" (Dirigent P. Weinrich) konnten wegen der gewählten belanglosen Lieder nur bedingungsweise hervortreten. Dagegen boten die beiden gröhten von P. A. Joseph zielsicher geleiteten Chöre „Liberté" und „Fichte-Georginia" jeder für sich, besonders endlich im gemeinschaftlichen Vortrag des Uthmannschen „Ich warte Dein ..." (schönes Gedicht von Klara Bohm-Schuch) die vorzüglichste Chorleistung. Der Walzerchor „Dorfschwalben aus Oesterreich" mag als zündende Programmnummer zur Belebung der Stimmung empfohlen sein.

Eine heftige Gasexplosion erfolgte Sonntag früh in dem Restaurant von August Geguß in der Landsberger Straße 30. Der Explosionsherd lag in einem hinter der Schankstube belegenen Vereinszimmer. Hier war unbemerkt Gas ausgeströmt, und als nach Geschäftsschluß der Wirt mit einem brennenden Streichholz durch das Zimmer gehen wollte, entzündete sich das Gas unter starker Detonation. Herr Geguß wurde von einer Stichflamme erfaßt und zu Boden geschleudert. Er erlitt schwere Verbrennungen im Gesicht und an den Händen, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Der durch die Explosion erzeugte Luftdruck nahm seinen Weg nach dem Schankraum und drückte hier die beiden großen Schaufenster ein, die klirrend auf den Straßendamm flogen, ohne glücklicherweise jemand zu verletzen. Die Stichflammen hatten auch Vorhänge und Gardinen in Brand

gesetzt, doch konnte diese Gefahr von der schnell herbeigerufenen Feuerwehr bald beseitigt werden.

Wegen eines gefährlichen Brandes wurde die Feuerwehr Sonntag vormittag nach der Invalidenstraße 124, Ecke Eichendorffstraße am Stettiner Bahnhof, gerufen. Dort war im Erdgeschoß in dem Lagerraum eines Zigarrengeschäfts, vermutlich infolge Ueberhitzung eines eisernen Ofens, Feuer ausgebrochen, das Regale mit leeren und vollen Zigarrenkisten erfaßte und sich auch auf den Laden ausdehnte. Als Brandinspektor Hammer mit dem Löschzug aus der Linienstraße eintraf, war die Situation schon recht bedrohlich, da sich eine starke Rauchentwicklung geltend machte. Der erstickende Qualm drang in die Zimmer eines im ersten Stock befindlichen Hotels, so daß die Feuerwehrmannschaften mehrere Hotelgäste über die Treppe in Sicherheit bringen mußten. Der kleine enge Hof des Grundstücks war derart in Rauch gehüllt, daß man glaubte, es sei dunkle Nacht. Der Löschangriff erfolgte mit zwei Schlauchleitungen, von denen eine von der Straße und eine vom Hofe aus vorgenommen wurde. Nach halbstündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt. Der Lagerraum ist größtenteils ausgebrannt, und im Laden wurde die Decke und ein Teil des Warenvorrats zerstört, so daß der Schaden erheblich ist. — Auf dem Schlesischen Güterbahnhof brannte außerdem ein Wagen mit Kohle.

Radrennen im Sportpalast (Winterbahn). Das 25 Stunden-Rennen, das sich vom Sonnabend, den 2. Dezember, 11 Uhr abends, bis zum Sonntag, den 3. Dezember, 12 Uhr nachts erstreckte, endete mit dem Siege der Mannschaft A. Stellbrink-Miquel vor Stabe-Pawke und Finn-Ehlert, die je zwei Runden zurückgeschlagen und deren Plätze sich erst im Endspurt entschieden, wobei Stabe leicht vor Finn siegte. Das Rennen wurde von 16 Paaren bestritten, die sich beliebig abwechseln konnten. Der Verlauf war ziemlich monoton, da die meisten Paare ebenbürtig waren und auch die Anlage der kleinen Bahn nicht die Kämpfe zuläßt, die sich auf einer größeren abspielen können. Durch Sturz und andere Zwischenfälle schieden im Laufe des Rennens immer mehr Fahrer aus. Gelegentliche Vorstöße hatten Erfolg und sprengten das Feld auseinander. Die größte Entscheidung brachte indes die 21. Stunde. A. Stellbrink-Miquel sahen ihre fortwährenden Angriffe von Erfolg gekrönt und überrundeten das Feld. Das aussichtsreichste Paar Stol-Schilling gab bald danach auf. Auch Hoffmann kam zu Fall und schied mit seinem Partner Sonntag aus, so daß nur noch 6 Paare im Rennen blieben. Bis zum Schluß ereignete sich nichts mehr. —

Ergebnis: 5 Stunden-Rennen: 1500, 1000, 700, 500, 400, 300 M. 1. A. Stellbrink-Miquel 708,800 Kilometer; 2. Stabe-Pawke, 2 Runden; 3. Finn-Ehlert, 2 R.; 4. Tadewald-Techmer, 3 R.; 5. Schallwig-v. Raymer, 7 R.; 6. Marx-Packebusch, 9 R. zurück. Die in den Jahren 1906 und 1909 in Treptow abgehaltenen 24 Stunden-Rennen, die von Stol-Vanderstuyft bezw. Stabe-Pawke gewonnen wurden, hatten mit 789,310 Kilometer bezw. 818,045 Kilometer ein weit besseres Resultat.

Einige am Sonnabend vor Beginn des Rennens stattgefundene Fliegerrennen hatten folgendes Ergebnis: 10 Kilometer-Rennen. 25, 15, 10 M. 1. Ostermeier 15 Min. 36⅘ Sek.; 2. Rudel; 3. K. Müller. Bei verschiedenen Rekordversuchen von 19 Fahrern erzielten Ganzevoort, K. Müller und F. Stellbrink die beste Zeit.

Wahlkampf im Kreise Potsdam-Osthavelland.

Spandau.

Ueber die bevorstehende Reichstagswahl sprach am Sonntagmittag Parteisekretär Genosse Müller-Berlin in einer gutbesuchten Wählerversammlung in dem Saale der Brauerei Pichelsdorf. In etwa 1½stündiger Rede unterzog der Referent die allgemeine politische Lage und das Verhalten des Reichstags vom Bülowblock bis zum jetzigen Bethmann Hollwegschen Schnapsblock einer eingehenden Kritik. Redner wies darauf hin, wenn man bei der kommenden Wahl nicht die Augen offen behalte, auch das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr ist, und forderte zum Schluß zu einer tüchtigen Wahlagitation für den Kandidaten Genossen Dr. Karl Liebknecht auf. Der große Beifall bewies, daß der Redner den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nach einigen Schlußworten des Genossen Trompler wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Potsdam.

Zu einer Riesenveranstaltung wurde die Wahlversammlung unter freiem Himmel am Sonntag. Beim Ausgang wurden über 2150 Personen gezählt. Eine solche Zahl hat noch keine politische Partei in Potsdam als Zuhörer erreicht. Die Versammlung wies auch eine starke Beteiligung aus bürgerlichen Kreisen auf, ein Zeichen, daß der behördliche Druck, der es fertig bringt, daß kein Saalbesitzer der Sozialdemokratie seinen Saal zur Verfügung stellt, aufklärend auf die Bürgerschaft Potsdams wirkt. Der Kandidat des Kreises Genosse Liebknecht kennzeichnete das Verhalten der konservativen Parteien mit ihrem Kandidaten Oberbürgermeister Vosberg, der sich selbst auf politischem Gebiete als „Neuling" bezeichnete. Ihre Sache stehe schlecht; sie hätten schon die Person des Kaisers in den Wahlkampf gezogen und wollten damit den „Hohenzollernwahlkreis, den vornehmsten Kreis Deutschlands" (!) retten. Dem Appell des Kandidaten an die Versammlung, rege bis zum Wahltag für die Wahl eines Sozialdemokraten zu agitieren, schloß sich der Vorsitzende Genosse Staab unter Hinweis auf die besondere lokale Agitationsmethode der Konservativen an. Genossin Bathe wandte sich an die Frauen. Hofften die Gegner durch die Saalabtreibung die Sozialdemokraten in der „Residenzstadt" mundtot zu machen, so ist ihnen das nicht geglückt. Eine lebhafte Bewegung wird von der Wahlversammlung unter freiem Himmel ausgehen!

Teltow und Niederbarnim.

Zichtenau.

In einer gut besuchten Volksversammlung im Gesellschaftshaus sprach am Sonntag Genosse Dr. Moses über: „Die bevorstehende Reichstagswahl." Die an den volksfeindlichen Taten des schwarzblauen Blocks sowie an dem gefahrdrohenden Kriegsspiele geübte scharfe Kritik löste unter den Versammelten stürmischen Beifall aus.

Hennickendorf.

Vor einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Restaurant Zur Wachtelburg hierselbst referierte am Sonntag der Parteisekretär Genosse Rudolf Bühler-Lichtenberg über das Thema: „Reichstagswahl und Volkswille." In etwa zweistündiger Rede geißelte der Referent die allbekannten Sünden des schwarzblauen Blocks. Seinen Ausführungen wurde von der Versammlung stürmischer Beifall gezollt. Anwesende Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Am Schluß der Versammlung traten sogleich einige Teilnehmer dem sozialdemokratischen Wahlverein (Bezirk Herzfelde) bei. Auch in Hennickendorf — dieser einstigen Domäne junkerlicher Willkür — gewinnt die Sozialdemokratie immer mehr Einfluß.

Liebenwalde.

Seit wenig mehr als Jahresfrist steht uns hier endlich wieder ein Saal zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen zur Verfügung; während es uns jahrzehntelang verwehrt war, zu den Wählern in dieser dunkelsten Ecke des Niederbarnimer Kreises zu sprechen. Wie sehr aber auch diese inzwischen durch die reaktionären Taten des Hottentotten- und später des Schnapsblocks aufgepeitscht worden sind, zeigte die prächtige, von über 300 Einwohnern unseres Ackerbürgerstädtchens und seiner ländlichen Umgebung besuchte öffentliche Versammlung, in der der Kandidat des Kreises, Genosse Artur Stadthagen, über: „Teuerung, Kriegsgefahr und Reichstagswahl" sprach. Stürmischen Beifall erntete Genosse Stadthagen, während allgemeine Entrüstung hervorgerufen wurde durch die Ausführungen seiner Gegner, die besonders die Konservativen und den Bund der Landwirte in Schutz nehmen zu sollen glaubten. Volle Gerechtigkeit in ihrem Wirken sollte der Sozialdemokratie ein sich an der Debatte ebenfalls beteiligender Anhänger der demokratischen Vereinigung.

Der Verlauf der Versammlung berechtigt zu den schönsten Hoffnungen für die kommende Reichstagswahl und zeigt ferner, daß auf die Dauer alle von den Gegnern angewendeten Mittel, mögen sie nun ihre List oder ihre Brutalität zu Hilfe nehmen, nicht verhindern, daß der Same des Sozialismus, der auch anfänglich auf harten, steinigen Boden fiel, doch endlich überall aufgehen wird.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Oeffentliche Gesundheitspflege der Stadt Charlottenburg im Jahre 1910.

Der soeben veröffentlichte Verwaltungsbericht der Stadt Charlottenburg über das Jahr 1910 enthält eine ausführliche Uebersicht über die gemeindliche Fürsorge auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege. In den beiden der Stadt gehörigen Krankenhäusern Westend und Kirchstraße wurden bei einem Bestande von insgesamt 859 Betten im Berichtsjahre 11 237 Personen behandelt. Die Gesamtzahl der Krankenhauspflegetage betrug 270 645. Im Krankenhausabonnement waren 1521 Dienstboten versichert, von denen 173 behandelt wurden. Den Gesamtausgaben von 1,181 Millionen Mark standen Einnahmen von 774 000 Mark gegenüber. Der Gesamtzuschuß (einschl. der Beamtenbesoldung) betrug 487 886 Mark. Die Fürsorge für Lungenkranke erfuhr eine so erhebliche Erweiterung, daß das städtische Krankenhaus Westend nicht alle Tuberkulosen aufnehmen konnte und durch Vertrag mit dem Krankenhaus Nordend ein neuer Pavillon für 30 Lungenkranke zu ausschließlicher Verfügung der Stadt geschaffen werden mußte. Die Fürsorgestelle, die seit 2 Jahren eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet, wurde 1910 von 3544 Personen in Anspruch genommen. 1435 der Fälle wurden allein von Charlottenburger Aerzten überwiesen. Die Gesamtzahl der Untersuchungen belief sich auf 12 203. In Heilstättenbehandlung traten 250 Personen; davon trug in 183 Fällen die Stadt die ganzen oder teilweisen Kosten. Die Dauer der Heilstättenbehandlung wurde zum Teil bis auf 10 Monate ausgedehnt und betrug durchschnittlich 3 bis 4 Monate. Den Erholungsstätten wurden 1532 Personen überwiesen; außerdem 50 skrofulöse Kinder aus tuberkulosen Familien in Ferienkolonien entsandt. Auch erstreckte sich die Tätigkeit der Fürsorgestelle dahin, Beihilfen zu einem Landaufenthalt (in 17 Fällen), Mietzuschüsse und andere Unterstützungen (in 113 Fällen) zu erwirken. Auch wurden zur Vermeidung des Zusammenschlafens Betten beschafft. Durch die Lungenkrankenfürsorge wurden ferner Milch, Krankenessen, Stärkungsmittel verabfolgt. Die Kosten der städtischen Fürsorgestelle beliefen sich auf 30 700 Mark, wozu noch für Heilstättenbehandlung unter anderem 175 000 Mark traten. Das Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten nahm 3654 (1909: 2014) Untersuchungen vor. Die Desinfektionsanstalt nahm 7577 Desinfizierungen, davon in 2280 Fällen solche der Wohnung, vor. Die beiden Volksbadeanstalten erfuhren eine Steigerung der Besucherzahl von 458 652 auf 483 830. In der Hauptanstalt badeten allein 410 745 Personen. 20 662 Bäder wurden davon unentgeltlich an Gemeindeschüler und -schülerinnen abgegeben. Die Fürsorgestelle für Alkoholkranke wurde von 94 Kranken aufgesucht. Die Stelle erteilte an jedermann unentgeltlich Auskunft über die Alkoholfrage, gewährt kostenlos ärztliche Beratung und bietet Rat und Beistand jeder Art für Kranke und deren Angehörige. Schließlich entfaltet die Stadt Charlottenburg eine ausgedehnte Fürsorge für Säuglinge. Zur Vorbereitung der Mütter für ihre Aufgabe des Selbststillens gewährte die Stadt 299 Schwangeren Vorernährung. 140 Schwangere wurden kostenlos längere Zeit vor der Entbindung ins Krankenhaus aufgenommen. 2180 Mütter erhielten Stillunterstützungen. Die Fürsorgestellen wurden von 3015 ehelichen und 991 unehelichen Säuglingen in Anspruch genommen. Von 2750 neuaufgenommenen Kindern standen 64 Prozent erfreulicherweise im ersten Lebensmonat. Die Fürsorgestellen gaben 224 500 Liter Milch ab; 69 Prozent davon gegen Zahlung von 10 Pfennig für ½ Liter. 220 000 Liter Milch sind pasteurisiert, so daß die Stadt noch einen Zuschuß von 10 Pfennig pro Liter leisten muß. Die Unterhaltungskosten der Fürsorgestellen beliefen sich auf über 95 000 Mark, die Beihilfen an Schwangere und Stillende (einschl. Generalkosten) auf über 33 000 Mark, die Kosten für Säuglinge in der Kindererholungsstätte auf über 20 000 Mark. Insgesamt gab die Stadt für die Säuglingsfürsorge 131625 Mark aus. Für die Gesundheitspflege überhaupt (einschließlich Straßenreinigung und Entwässerung) brachte die Stadt im Jahre 1910 rund 2,6 Millionen Mark gegen 0,8 Millionen Mark im Jahre 1910 auf.

Rixdorf.

Der Agitation für die kommende Reichstagswahl sind eine Anzahl Wählerversammlungen gewidmet, die vom heutigen 5. bis 8. Dezember in allen Kommunalwahlbezirken Rixdorfs abgehalten werden. In diesen Versammlungen soll über das zeitgemäße Thema: „Die Belastung des Volkes durch die Steuern und Zölle" gesprochen werden. Es muß eines jeden Wählers Pflicht sein, der die volksfeindliche Politik des Reichstages erkannt hat, selbst den letzten Wahlberechtigten auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen und zum Besuch derselben anzuhalten. Nur so ist es möglich, die weitesten Schichten der Bevölkerung über ihre elende Lage aufzuklären. Es sei daher heute und die folgende Tage auf den Inseratenteil des „Vorwärts" aufmerksam gemacht, in dem nähere Angaben über das Arrangement der Versammlungen enthalten sind.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die letzte Stadtverordnetensitzung stimmte der Aufnahme einer Anleihe von 12 000 M. zur Umpflasterung des Kreuzdammes am Peußhausenschen Grundstück in der Bahnhofstraße, sowie verschiedener anderer Umpflasterungen zu. Genosse Schönsee brachte hierauf zur Sprache, daß, als den Forstarbeitern von den beschlossenen Löhnen Mitteilung gemacht worden sei, dieselben erst nicht dafür arbeiten wollten. Aufs schärfste sei das Verhalten des Magistrats hierbei zu verurteilen, der an die königliche Oberförsterei ein Schreiben gerichtet habe, in welchem dieselbe aufgefordert wird, die Arbeiter von hier dort nicht einzustellen. Es sei einer Behörde unwürdig, schwarze Listen aufzustellen. Der Bürgermeister verteidigte die Maßnahmen des Magistrats, indem er betonte, daß an beide benachbarten Oberförstereien geschrieben worden sei, um dort die Nichteinstellung der von hier fortgehenden Arbeiter zu veranlassen. Dies sei zulässig und ihr gutes Recht. Nachdem Genosse Richter nochmals den sonderbaren Anschauungen des Bürgermeisters entgegengetreten war, erfolgte Schluß der Sitzung.

Bernau.

Der städtische Verkauf von grünen Heringen, pro Mandel 30 und 40 Pf., findet heute Dienstag, den 5. Dezember, vormittags, Bürgermeisterstraße 111/112, statt. Donnerstag, den 7. d. Mts., nachmittags, erfolgt der Verkauf der Kartoffeln, pro Zentner zum Preise von 3,20 M. Die Kartoffeln werden auch kiloweise abgegeben. Freitag, den 8. d. Mts., vormittags, gelangen frische Seefische, das Pfund zu 23 Pf. zum Verkauf.

Lübars-Waidmannslust.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit einem Antrag auf Erweiterung der Dr. Leonhardschen Heil- und Pflegeanstalt. Dieser Antrag hatte zahlreiche Gemeindeangehörigen in den Zuhörerraum gelockt. Es wurde allgemein angenommen, daß dem Ort durch diese Erweiterung moralische Schäden erwachsen würden. Unsere Genossen vertraten die Meinung, daß eine moralische Schädigung des Ortes durch die beschränkte Erweiterung nicht zu erwarten sei; anders aber würde es sein, wenn die vorliegenden Beschwerden der Anwohner begründet seien. Und da aus den vom Vorsteher vorgelesenen Beschwerden kein klares Bild zu gewinnen war, beantragte Gen. Luscher Vertagung und Zugänglichmachung des gesamten Materials. Der Vorsteher glaubte letzteres wegen der von den Behörden zu kurz bemessenen Zeit nicht beschaffen zu können; er schlug daher vor, eine Kommission zu wählen, die sich mit dem Material befaßt und in der nächsten Sitzung Bericht erstattet. Dem wurde stattgegeben. Unsere Genossen wünschten noch zu wissen, ob die Anstalt als „Heil- und Pflegeanstalt" oder als Irrenanstalt konzessioniert sei. Der Vorsteher entgegnete, das augenblicklich nicht sagen zu können. Die Abfuhr der Wirtschaftswässer wurde versuchsweise dem Fuhrmann Klein auf ein Jahr vertraglich übertragen. Hierauf teilte der Vorsteher mit, daß der Schöffe Kühne sein Amt krankheitshalber niedergelegt hat. Vor kurzem brachte ein hiesiges Ortsblatt einen Artikel, der sich mit dieser Niederlegung beschäftigte und in dem behauptet wurde, daß der „ewige Streit" um den Ortsnamen „Lübars-Waidmannslust" die Veranlassung zur Amtsniederlegung gegeben habe. Herr Kühne sei ein eifriger und zäher Verfechter des alten Ortsnamens „Lübars" und er habe auch Kämpfer gefunden, die mit vollem Recht für die Erhaltung des seit über 33 Jahren bestehenden Ortsnamens „Waidmannslust" mutig und wacker mit Erfolg eingetreten sind usw. Es ist dies eine Irreführung der Oeffentlichkeit. Der Ortsname „Lübars" besteht heute noch so, wie er vor 100 Jahren bestanden hat, nur daß sich der Ortsteil westlich der Oranienburger Chaussee im Volksmunde Waidmannslust nennt. Daß Herr Kühne vor einigen Jahren, als die amtlichen Schriftstücke den Namen „Lübars-Waidmannslust" (heute „Lübars, Station Waidmannslust") führten, energisch Front machte, war nicht nur sein gutes Recht, sondern als Schöffe auch seine Pflicht. Durch diese Schriftstücke hätten Konfusionen entstehen können. Im übrigen war Herr Kühne als Schöffe ein aufrichtiger und ehrlicher Charakter.

Spandau.

Die letzte geheime Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich mit dem Ankauf des Gutes Wansdorf für den Preis von 2 550 000 M. Der Kaufpreis soll auf Wunsch bis zum vollen Betrage ausgezahlt und durch eine Anleihe aufgebracht werden, die mit 3½ bis 4½ Proz. verzinst und mit ¼ Proz. getilgt werden soll. Die Versammlung genehmigte den Ankauf. Das Gut soll zu Rieselzwecken verwendet werden. In Einwohnerkreisen ist man sehr verwundert darüber, daß man mit dem jetzigen Klärverfahren durch Kohle, welches erst als ganz vorzüglich empfohlen wurde, wieder brechen will. Auch der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung dem Ankauf zugestimmt. Es haben sich aber inzwischen einige Schwierigkeiten herausgestellt, welche eine Berieselung nicht zulassen. So soll unter anderem das Gelände viel zu tief liegen. Bis zum Abschluß des Kaufvertrages werden noch verschiedene Punkte aufgeklärt werden müssen über die Verwendbarkeit des Gutes. Der Preis soll ja ein angemessener sein, vielleicht ebenso angemessen wie der der Rustwiesen, deren Ankauf die letzte Magistratssitzung auch wieder einmal beschäftigte. Magistrat und Stadtverordnete hatten den Ankauf der Rustwiesen für 6,80 Mark pro Quadratmeter vor einiger Zeit abgelehnt. Jetzt ist das Angebot für 6,20 Mark pro Quadratmeter erneut worden. Aber der Magistrat hat dasselbe abgelehnt, weil der Preis zu hoch sei. Das Konsortium, welches hinter diesem Verkauf steht, wird schließlich den Preis wohl noch weiter ermäßigen.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Bezirksverein der Brandenburger Vorstadt hat an den Magistrat und die Stadtverordneten eine Eingabe um Errichtung einer Badeanstalt auf dem Kiewitt gerichtet. — Der Erweiterungsbau des Realgymnasiums war schon in einer früheren Sitzung Gegenstand der Tagesordnung. Die seinerzeit vorgelegten Projekte hat man noch etwas umgeändert, so daß nunmehr der Erweiterungsbau 240 000 Mark kosten wird, welche Summe bewilligt wurde. — Nachdem eine Anzahl Städte mit gutem Beispiel vorangegangen sind, sieht sich auch die Stadt Potsdam veranlaßt, an bedürftige Kinder der Gemeindeschule Milch zu verabfolgen. Ein bereits in zwei Gemeindeschulen vorgenommener Versuch hat überraschende Resultate gezeitigt. Es sollen deshalb im Etat 1912 für diesen Zweck 2450 M. vorgesehen werden. Die Kinder, welche an der Milchpflege teilnehmen sollen, werden von den Lehrern im Verein mit den Schulärzten vorgeschlagen. Ihre Auswahl soll dann noch durch einen besonderen Arzt erfolgen, damit diese Wohltat auch nur wirklich bedürftigen Kindern zugute komme. — Der Fischermeister Schäler hat sich erboten, allen Kindern unter 14 Jahren gegen eine Entschädigung von 175 M. freien Zutritt während des ganzen Winters zu der Eisbahn am Kiez zu gewähren. Diese Summe wurde bewilligt. Eine Anregung aus der Versammlung, für die Volksschüler auch Schlittschuhe zur Verfügung zu stellen, fand keine Zustimmung. — Der Bau einer Stadthalle auf der Freundschaftsinsel dürfte nunmehr perfekt werden. Es hat sich zu diesem Zwecke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht gebildet. Der Abschluß eines Vertrages ist bedingt durch den Erwerb des für den Bau noch erforderlichen Geländes von dem preußischen Fiskus. Ueber die Fragen des Vertrages soll eine gemischte Kommission verhandeln. — Einen großen Raum der Tagesordnung nahm die Bewilligung von Mitteln zur Herstellung von Modellen für den Rathausneubau in Anspruch. Es wurden 2500 M. gefordert. Von den in Betracht kommenden Baustellen, nämlich 1. dem alten Markt, 2. dem Bassinplatz und 3. dem Gelände der Leibgendarmerie, ist das letztgenannte Grundstück ausgeschieden, da nach dem Ergebnis der Verhandlungen mit dem Kriegsministerium das Gelände unverkäuflich ist. Der Magistrat, dem der Bassinplatz am meisten zuzusagen scheint, wollte nun zu den beiden erstgenannten Plätzen Modelle anfertigen lassen. Die Mehrzahl der Stadtverordneten widersprach dem entschieden, weil für sie nur der Alte Markt, wo das Rathaus jetzt steht, in Betracht kommt. Sie will eventuell nur Geld zu einem Modell für diesen Platz bewilligen und wünscht die Ausschreibung eines Wettbewerbs. Ehe die Vorlage der Ablehnung anheimfiel, wurde sie vom Magistrat zurückgezogen, der nunmehr von neuem mit den Verhandlungen beginnen wird.

Die Gewerbegerichtswahl findet am Mittwoch, den 6. Dezember, von 11—1 Uhr und von 6—8 Uhr, im Rathause, 1 Treppe, Zimmer 16, statt. Kein Gewerkschaftler, der sich in die Liste hat eintragen lassen, versäume die Wahl. Er gebe seine Stimme der Liste des Gewerkschaftskartells, Liste 1 (beginnend mit dem Namen Maurer Brinkert). Jeder Wähler bringe sich einen Ausweis (Zeugnis des Arbeitgebers, Steuerquittung oder Militärpaß) als Legitimation mit.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. W. 3. 1. Frau und Kindern gebührt der gesetzliche Pflichtteil. **2. Nein. — H. R. 1.** Verjährung liegt nicht vor. — **W. R. 24.** Nein, sofern

das Telegramm gleichzeitig oder früher als der zusagende Brief eingetroffen ist, sonst ja. — **T. B. 50.** Die Firma hat den Herausgabeanspruch; der Zahlungsanspruch ist verjährt. — **F. Z. 111.** Verjährung in dreißig Jahren. Sie können die Testamentseröffnung beantragen. — **F. K. 125 T.** Ein Recht auf Aufenthalt haben Sie erst, wenn Ihre Naturalisation erfolgt. Ihre Ausländerqualität schließt aber eine Heirat nicht aus. — **A. S. 4.** Ihre Mutter ist schon nach dem jetzigen Gesetz versicherungspflichtig. Es kann die Polizeibehörde oder die Versicherungsanstalt angegangen werden. — **A. F. 99.** Ein Rückerstattungsanspruch besteht in diesem Falle nicht.

Marktpreise von Berlin am 2. Dezember 1911, nach Ermittelung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,20 bis 2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Kavon-Seife / eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Die Kavon-Seife wird nach einem ganz neuen Verfahren gewonnen. Bekanntlich sind die Seifen, die jetzt meistens zur Wäsche benutzt werden, mit Hilfe von Natronlauge oder Soda hergestellt. Es sind das die sogenannten Kernseifen. Die Kavon-Seife ist dagegen eine Kaliseife.

Schon seit undenklichen Zeiten ist den Seifensiedern bekannt, daß Kaliseifen die weitaus besten für alle Haushaltzwecke sein würden, nur gelang es lange nicht, solche Seifen in festen Stücken zu erzeugen. Nach langjährigen Versuchen ist es uns nun endlich gelungen, reine Kaliseife ohne fremde Zusätze in dauernd festen Stücken herzustellen, und wir bringen unsere Seife unter dem Namen Kavon-Seife in den Handel.

Die großen Vorzüge der Kavon-Seife bestehen vor allen Dingen darin, daß sie die Wäsche nicht angreift und die Farben schont. Dabei ist die Seife von einer sehr großen Ausgiebigkeit, die sich schon bei ganz leichtem Anstreichen in der mächtigen Schaumbildung zeigt.

Wir haben die Kavon-Seife, ehe wir sie in den Handel brachten, Hunderten von Hausfrauen zum Probieren in ihrem Haushalt gegeben, und es wird einstimmig die enorme Waschkraft der Seife, sowie die große Schonung der Wäsche und der Farben gepriesen. Z. B. behalten Wollsachen, die sonst so leicht einlaufen und verfilzen, ihre ursprüngliche Form, Farbe und Elastizität. Auch wird gerühmt, daß die Wascharbeit mit Kavon-Seife auffallend bequem und für die Haut angenehm sei. Zu einem Versuch wähle man besonders verschmutzte Wäsche oder empfindliche Stoffe wie Wolle und Seide.

Preis pro Stück 20 Pf.
Jetzt überall erhältlich.

Kavon-Werke Dresden.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 5. Dezember 1911.

Anfang 7½ Uhr.

K. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
K. Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches. Penthesilea.
Hoftheater. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Von Meran zum Ortler. Im Hörsaal: Dr. Berndt: Vererbungsfragen.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.
Berliner. Die Ahnengalerie.
Lessing. Gudrun.
Komische Oper. Rigoletto.
Neues Schauspielhaus. Hans Sonnenstößers Höllenfahrt.
Neues. Das Mädel von Montmartre.
Westen. Die Dame in Rot.
Residenz. Ein Walzer von Chopin.
Neues Operetten. Die moderne Eva.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Schiller O. Maskerade.
Schiller Charlottenburg. Wilhelm Tell.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Sherlock Holmes.
Königgrätzer Straße. Spielereien einer Kaiserin.
Rose. Die größte Liebe.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Lustspielhaus. Die Vergnügungsreise.
Trianon. Mein Baby.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Luisen. Baronesse Claire.
Casino. Der selige Hollschinsky.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Kobi Krach. Nr. 14.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Berlin, wie es weint und lacht.
Voigt. Prinz und Bettlerin.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Kgl. Operntheater. Der Troubadour.
Neues Volkstheater. Geographie und Liebe.
Belle-Alliance. Narrenspiel.
Intimes. Der Brandstifter.

* * *

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.
Kaiser-Panorama. Besteigung der Zugspitze. II. Wanderung auf Java.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Mittwoch 8 Uhr: **Fatinitza.**
Nachm. 4 Uhr: **Max und Moritz.**

Schiller-Theater O.

Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Maskerade.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Egmont.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Don Carlos.

Schiller-Theater

Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Mittwoch, nachm. 3½ Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Ahnengalerie.

Theater in der Königgrätzer Straße

Abends 8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Das Mädel von Montmartre.
Crevette: **Fritzi Massary.**
Sonnt. 3½ Uhr: **Der fidele Bauer.**

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute 8 Uhr:
Ein Walzer von Chopin.
Schwank in 3 Akt. v. Kéroul u. Barré.
Morgen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.
Donnerstag, 7. Dezember, einmalige Aufführung: **Kümmere Dich um Amelie.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus.

8 Uhr: **Sherlock Holmes.**
Bonn-Gastspiel.

Luisen-Theater.

8 Uhr zum **25.** Male:
Baronesse Claire.
Mittwoch: **Wir tanzen durchs Leben.**

Belle-Alliance-Theater

8½ Uhr: **Narrenspiel.**
Mittwoch 4 Uhr: **Aschenbrödel.**
8½ Uhr: **Narrenspiel.**

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
8 Uhr: Zum erstenmal:
Die größte Liebe.
(Der Lumpenpastor.)
Schausp. in 5 Akten von Paul Zoder.
Mittwoch: **Die Barbaren.**

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Francillon.**

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von V. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

Abends 8 Uhr:
Neues Programm.
9 Uhr:
Harry Walden
mit seinem Ensemble in **Brettlkönig.** Vaudeville in 2 Akten von G. Okonkowsky und R. Neidhardt. Text von R. Schanzer. Musik v. W. Kollo.

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg!
Das Kind der Firma
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.

Passage-Theater.

Das große Festprogramm.
Der Triumph der Schönheit!
Lebende Kunstwerke
Claire Waldoff
Der tapfere Herr Ängstlich
Burlesk-Sketch mit
Georg Kaiser u. W. Goldmann
in den Hauptrollen
und **12** Varieté-Sensationen.

Voigt-Theater.

Dienstag, den 5. Dezember 1911:
Gastspiel im **Moabiter Wintergarten,** früher **Artushof,** Perleberger Str. 26
Prinz und Bettlerin.
Englisches Sensationsdrama in sechs Bildern von Siegfr. B. Lutz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Von Meran zum Ortler.
Hörsaal 8 Uhr Dr. Berndt:
Vererbungsfragen.

Union-Theater

Direktion: Willy Cremer.
Alexanderplatz | Unter den Linden
Das erfolgreichste Zugstück der Saison:
„Der fremde Vogel"
Eine Liebestragödie im Spreewald in 3 Akten mit
Carl Clewing
königl. Hofschauspieler und
Asta Nielsen
die „Duse der Kino-Kunst" in den Hauptrollen.
Außerdem
in allen 5 Etablissements
Alexanderplatz × Unter d. Linden
Wedding, Moritzplatz, Hasenheide:
Neueste und erlesenste
Lichtkunst-Spiele
Dramen, Humoresken, Naturschilderungen.

Volks-Theater.

Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 10. Dezember: **Sherlock Holmes.** Detektivkomödie in vier Akten von A. Sachse.
Montag, 11. Dezember: **Der Ernst des Lebens.** Schauspiel in drei Akten von Jul. Schaumberger.

Zirkus A. Schumann

Dienstag, 5. Dezember, 7½ Uhr:
Neu! Neu!
Mr. Mlle. Corradini
großer Dressurakt
Elefant. Pferd, Zebras und Hunde.
Geschwister Weise
genannt: **Die Biedermeier** mit ihren hier noch nie gesehenen konkurrenzlosen Original-Tricks.
Das übrige neue Dezemberprogr.
9½ Uhr: Die große Feerie
1000 Jahre
auf dem **Meeresgrund**
in 5 Bildern
nach Motiven aus **1001 Nacht.**

Folies Caprice.

Abends 8¼ Uhr:
Nr. 14.
Kobi Krach.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis Donnerstag, 7. Dezbr.:
Der selige Hollschinsky.
Freitag, 8. Dezember Premiere anabend
Der Kampf ums Dasein.
Sonntag 3½ Uhr: **Die Tochter des Sträflings.**

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstrasse

Eis-Arena.

Von 10 Uhr an geöffnet.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Um 5½ Uhr:
Das Weihnachtsmärchen
Schneewittchen
Abends
Das prachtvolle Eisballett:
Alpenzauber
Die kleine Charlotte
Apachentänze — Pushballspiel.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr an halbe Preise.
Restaurant ersten Ranges.

Zirkus Busch

Dienstag, 5. Dezember, 7½ Uhr:
Großer Gala-Abend.
Neu! Neu!
Norman Telma,
der mysteriöse Billiardspieler!
Neu! Neu!
Hektor und Lolette,
Equilibristen.
Um 9½ Uhr zum **54.** Male:
U20
Origin.-Ausstattungsstück des **Zirkus Busch** in 5 Bildern.
Vorher das gr. Gala-Programm.

Passage-Panoptikum.

Acht Wochen bei den Feuerfressern
Täglich zu sehen! Lebend
Die wilden Essauas
Karawane sudanesischer Schrei-, Heul- und Feuer-Fakire in einem besonders aufgebauten Dorfe.
Ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Gastspiel
Robert Steidl.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Gastspiel in Enders' Festsälen, Weißensee, Berliner Allee 211:
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang von Kalisch. Musik von Conradi.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
vom 1. bis 16. Dezember:
„Familie Müller"
großes Volksstück in zwei Bildern und das reichhaltige
Spezialitäten-Programm.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** – Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif- Wo nicht zu haben: Rosen-Apotheke Würzburg. *

Geöffnet 8–8 Gegründet 1879 Sonntags 8–2
Moebel-Boebel
ges. geschützt
Berlin S, Oranienstr. 58
(direkt am Moritzplatz)
Kein Laden! Verkauf nur i. Fabrikgeb.
Nebensteh. Schlafzimmer **304.–**
echt Eiche, gewachst
1 Ankleideschrank m. Spiegel M. 107.–
2 Bettstellen à 52 M . M. 104.–
1 Waschtoilette mit Marmor M. 35.–
1 Kachelspiegel M. 26.–
1 Nachttisch M. 20.–
2 Stühle à 6 M. M. 12.–
Umbau extra M. 55.–

Fracht frei durch ganz Deutschl.
Eigene Werkstätten 5 Jahre Garantie Besichtigung erbeten

Seal
von 9,50 an, **Persianer,** imit., von 6,50 an für eleg. Damen-Paletots. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. **Gertraudtenstr. 20-21,** vis-a-vis d. Petrikirche.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Plüschteppiche, mit Farbenfehler, fabelhaft billig, in allen Größen vorrätig, 8.50, 9.85, 11.50, 13.50, 15.75, 18.50, 21.50, 25.75, 28.50, 33 bis 300 Mark. E. Weitzenberg, Vertrieb von Fabrikaten deutscher Teppichwebereien, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt.

Gardinen, Fabrikreste, Restbestände, Fenster 1.85, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 5.75, 6.65, 7.50 usw.

Angeschmutzte Gardinen, Stores, Bettdecken fabelhaft billig.

Englische Tüllgardinen, Meter 38, 46, 55, 65, 75, 85, 90 Pf. bis 3 Mark. 10 Prozent Extrarabatt. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Gardinenwebereien Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße.

Künstler-Gardinen, weiß, crême, 2 Schals, 1 Lambrequin, 4.85, 5.75, 6.50, 7.85, 9.25, 11.—, 13.—, 15.— usw. Große Frankfurterstraße 125.

Tüllbettdecken, Stores, 1.95, 2.50, 3.35, 4.25, 5.75, 6.50, 7.85 usw.

Erbstüllstores, reiche Handarbeit, 3.45, 4.25, 5.75, 7.25, 8.65, 9.25, 12.50, 15.75 usw. **Weitzenberg,** Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Plüschdecken, kaum sichtbare Fehler, 6.85, 7.50, 8.75, 9.85, 11.50, 13.50, 16.50, 19.25 usw.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.15, 2.75, 3.50, 4.65, 5.85, 6.90, 8.85.

National-Plüschdecken 4.35, 5.75, 6.85 bis 13.50. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Tischdeckenfabriken nur Große Frankfurterstraße 125 im Hause der Möbelfabrik, Haltestelle Koppenstraße.

Schlafdecken 1.25, 1.85, 2.50, 2.85, 3.50, 4.85, 6.35 bis 50 Mark.

Reisedecken, Tigermuster, 5.75, 7.50, 9.75, 12.50 bis 45 Mark, Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken, Similiseide, eigene Anfertigung, Bettgröße, 3.75, 4.45, 5.35, 6.50, 7.50, 9.85, 11.50, 13.50, 16.50, 19.50 usw., Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Tuchportieren, komplett 3.85, 4.50, 5.75, 6.50, 7.85, 8.65, 9.75, 12.50, 16 M. bis 30 M.

Plüschportieren. Fenster 5.50, 6.95, 8.25, 9.75, 11.50, 14.65, 17.50, 21.50 usw. Vertrieb von Fabrikaten sächsischer Portierenfabriken Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße.

Leinenportieren, günstiger Gelegenheitskauf, Fenster, entzückende Muster, 3.85, 4.75, 5.95, 6.85, 7.45, 8.50, 9.75, 11.50 bis 30 M. Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle Koppenstraße, im Hause der Möbelfabrik.

Linoleum- und Läuferreste, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.85, 5.65, 7.85, 9.75, 12.5, 17.50, 22.50.

Ziegen- und Angorafelle, Tierstücke, grau, weiß, naturfarben, 3.85, 4.75, 6.95, 7.65, 9.35, 11.75, 13.50 usw. Weitzenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. Haltestelle Koppenstraße. Stadtbahnstation Schlesischer Bahnhof. 721K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse (Leser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Pfandleihhaus. Küstrinerplatz 7, billigster Uhrenverkauf, goldene Kettenverkauf, Doublee-Kettenverkauf, 20jährige Garantie, Teppiche, Portieren, Paletots, Anzüge, Pelzstolas, Verschiedenes. 656K*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 20,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Gardinen, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. *

Gaskronen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Riesenlager Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Boxhagenerstraße zweiunddreißig (Bahnverbindung Warschauerstraße). *

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, farbfehlerhafte, für halben Wert.

Steppdecken, Similiseide, 3,75 an.

Plüschdecken mit Stickfehlern spottbillig.

Wildfelle, Riesenposten, Prachtexemplare, billigst.

Diwandecken mit kleinen Fehlstellen spottbillig.

Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 693K*

Geschichte der Revolutionen, von A. Conrady, wöchentlich ein Heft à 20 Pf. Bestellungen nehmen die Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gaslyren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenéstraße 6 (Wedding), Rixdorf, Berlinerstraße 102. 61K*

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Musikinstrumente, Geigen, Zithern, Mandolinen, Harmonikas, Schirme, Stöcke, passende Weihnachtsgeschenke usw. spottbillig. G. Lucke, Oranienstraße 130. 577K

Gelegenheitskäufe. Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Kessel, Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten, passende Weihnachtsgeschenke usw. zu spottbilligen Preisen. G. Lucke, Oranienstraße 130. 578K

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Sonntags bis abends geöffnet. 1288K*

Zinkwaschfässer, Faber, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Liefern 5 Proz.

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15—40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841K*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbachs Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Leinen gezogen Preis 1,80 M. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Leinen gezogen und zusammenlegbar 2,60 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden. *

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Winterjoppen, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstr.

Gaskronen, Ratenzahlung gestattet, Salonkrone, dreiflammig 15—40,00. Speisezimmer 11—50,00, ältere Muster billigst. Verkauf direkt im Fabrikgebäude Adalbertstraße 60.

Monatsgarderobe, spottbillig. Große Geldersparnis. Jackettanzüge 10, 12, 15, 20 Mark. Gehrockanzüge, Winterulster 8,50 an, Winterpaletots 8,25 an. Hosen 2,50 an, für jede Figur passend, nur in der Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 711K*

Zum Weihnachtsfest. Herrenuhren 3,10, Damenuhren 4,50 an. Goldsachen: wie Ketten, Ringe, Armbänder, Kolliers, Operngläser, im Versatz verfallene Pelzstolas. Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34 I. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld.

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50 Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts“-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 659K*

Betten 12,00, zwei Prachtbetten, umzugshalber, Yorckstraße 17 II. †147

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,— Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Jackett-Anzüge, drei, dunkel, Mittelfigur, wenig getragen, zu verkaufen. Abends nach 5 Uhr. Händler verbeten. Dennewitzstraße 18, Hof III links. †147

Wiegepferd, guterhalten, verkäuflich, Kochhannstraße 9, Zigarrengeschäft. †34

Guitarre, Hängelampe, billig. Bartsch, Kottbuserdamm 65. †140

Für eine Mark wöchentlich Gaskronen. Fabrik Oranienstraße 50, neben Wertheim. 192/8*

Schankeinrichtung mit Billard 600.—, Anzahlung 100.—, Schröter, Böttgerstraße 6. †126

Teppiche. „Vorwärts“-leser erhalten jetzt 20 Prozent. Große Partien Teppiche mit kleinen Webefehlern, Größe zirka 200/300 11,75, 250/350 16,50, 300/400 20,00. Gardinen, Portieren, Tischdecken, Sofadecken, Felle, Läuferstoffe spottbillig. Teppichhaus L. Lefèvre, nur Potsdamerstraße 106 B. (Kein Laden.) Hausnummer beachten. 716K*

Singerbobbin, 20.—, verkauft Kurzner, Ruppinerstraße 15. 1894b

Teppiche. Spottbillige Weihnachtsausnahmepreise! Riesenauswahl! Große Posten wenig fehlerhafte Prachtteppiche 5,25, 6,75, 10,50 bis 36,00. Hochelegante Salon- und Wohnzimmer-Teppiche 14,50 bis 175,00. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt! 642K*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Allerbilligste Einkaufsquelle zum Weihnachtsfeste! Jetzt täglicher Waren-Massenverkauf Riesenauswahl Pelzstolas! Pelzgarnituren! Winterpaletots! Winterulster! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschensachen! Allerbilligster Bettenverkauf! Brautbetten! Bettstücke! Vermietungsbett! Aussteuerwäsche! Reichhaltige Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Portierenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Wanduhren! Wandbilder! Schmucksachen! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Passende Brautgeschenke! Festgeschenke! Belohnt wird selbst der weiteste Weg durch extrabilligen Wareneinkauf im Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Geschäftsverkäufe.

Zentralviehhof. Restaurant, Vereinszimmer, elektrisches Pianino, Billard, Brauereihilfe, krankheitshalber billig zu verkaufen Liebigstraße 17. †135*

Nachweislich gutgehendes Parteilokal. Auskunft „Vorwärts“-Spedition Stettinerstraße. †126

Tischlerei, gute Existenz, im Zentrum der Stadt, per sofort zu verkaufen. Postlagernd NW. 7 unter Chiffre 19194. 1887b

Gute Brotstelle. Wegen Uebernahme eines Autos verkaufe ich billig mein Spezial-Obst- und Gemüsegeschäft in lebhafter Gegend Rixdorfs. Offerten U. 22, Hauptpostamt Rixdorf. 1893b

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor. Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit und gegen bar. Riesen-Auswahl. 1 Stube und Küche Anzahlung von 15,— an. 2 Stuben und Küche Anzahlung von 40,— an. Bunte Küchen, großes Lager. Riesen-Auswahl. Moderne Schlafzimmer, Anzahlung von 30,— an. Moderne Herrenzimmer, Anzahlung von 45,— an. Moderne Speisezimmer. Anzahlung von 50,— an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5,— an. Wochenraten nach Uebereinkunft. Lieferung auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag geöffnet von 8—10 und 12—2 Uhr. 660K*

Möbelangebot bis Weihnachten, spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—. Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lüdeke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. — Aeltere Möbel werden gegen neue umgetauscht. 634K*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Möbelangebot. Durch Ankauf größerer Posten Möbel verkaufen wir bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen, Büfett, Schränke, Vertikos, Sofas, Schreibtische, Spiegel und diverse andere Möbel zu nie dagewesenen billigen Preisen. Kulante Bedingungen. Strengste Reellität. Möbelspeicher, Elsasserstraße 8. 407K*

Nußbaumwirtschaft, passend für Brautleute, Stube, prächtige Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich 220,00 verkauft schleunigst der Verwalter, Weinmeisterstr. 1b/2. 589K*

Brautleuten bildschöne Nußbaumwirtschaft, Stube und Küche spottbillig verkäuflich Wazmannstraße 13 I. 192/6

Chaiselongue, 32 Stahlfedern, 24 Mark. Lagro, Ritterstraße 86 III.

Chaiselongue, hochelegant, 16,—, Plüschgarnitur, Auszugtisch. Lützowstraße 74 I, Pensionat. 231/6

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“-leser 3 Prozent Rabatt. 39K*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27. Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 658K*

Räumungshalber der Lagerräume verkaufe zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Ergänzungsmöbel, moderne Küchen, Umbaue, Umbausofa 48,—, Schreibtische, Schreibsessel 6,50, Facettrumeau 29,—, Spiegelschränke, Ruhebetten 23,—, Möbelfabrik Chausseestraße 49, Hirschowitz.

Massenmöbelverkauf. Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. Kamerlings Möbelspeicher. Außergewöhnlich billige Preise, kleine und große Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke zu Engrospreisen. Mahagonimöbel, Sofas, Matratzen eigener Werkstatt. Lieferung überall frei. *

Kinderbettstelle 7,— Andreasstraße 53. 224K

Gneisenaustr. 10, Ecke Rostizstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kasse und Teilzahlung. *

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Musikinstrumente.

Piano-Gelegenheitskauf, neu, 330,00, unter Garantie. Bülowstraße 44. 478K*

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Pianino, fast neu, 275.—, herrliche Tonfülle. Milchgeschäft Grenadierstraße 25 (nahe Alexanderplatz). *

Nußbaumpiano, reich geschnitzt, mit Säulen, kreuzsaitig, früher 475.—, jetzt 375.—. Erstklassiges Fabrikat. Skalitzerstraße 25, Hof links Kontor.

Stutzflügel, gebraucht (Gelegenheitskauf), 350,—. Ferdinand Manthey, Potsdamerstraße 27B. 192/7

Bilder.

Bilder-Bogdan der billigste in Berlin.

Bilder-Bogdan hat eigene Leisten- und Rahmenfabrik.

Bilder-Bogdan verkauft jetzt auch an Private. 686K*

Bilder-Bogdan gibt 5 Prozent und wohnt Weinmeisterstraße 2.

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35,—. Holz, Blumenstraße 44 23K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder. Ausnahmepreise, seltene Gelegenheit, Riesenlager. Allerneueste Modelle, billiger als jede Konkurrenz, nagelneu von 27,50, mit Gummi 34,50. Keine Schundware. Heyse, Königsbergerstraße 7, Oranienstraße 32.

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Zahn bis 50 Pfennig! Platina, Gramm 5,75, kauft Blumenreich, Brunnenstraße 196 (Rosenthaler Tor.) 3016K*

Platinabfälle, Gramm 5,85, Gold-, Silber, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, kauft Blümel, Auguststraße 19.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte, Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 80 Pfennig, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 231/5*

Platina 5,70, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber. Edelschmelzerei, Friedrichstraße 139 (Weidendammbrücke). *

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platina, Stanniol höchstzahlend Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 192/5*

Unterricht.

Regina-Schreibmaschinenschule (Stenographie und Schreibmaschine). Beginn eines neuen Kursus täglich. Auch Abendkurse. Man verlange Prospekte. Huttenlocher u. Krogmann, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Charlottenstraße 6, II. 141/4*

Verschiedenes.

Schäferhund (Polizeihund), schwarz, braun, männlich, entlaufen. Personen, welche irgendwelche Angaben über den Verbleib des Hundes machen können, werden gebeten, ihre Adresse an Marx, Berlin NW. 6, Karlstraße 9, oder Petershagen a./Ostb., Straße 101, gelangen zu lassen. 701K*

Fensterdichtungen. Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2028K*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439K*

Kunststopferei von Frau Kolosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

„Friedrich-Wilhelm“ Generalagentur-Zahlstelle: O. 112, Mainzerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebensversicherung, Sterbekasse, Kinderversicherung. Aufnahme bis 60. Lebensjahr. Steuer abzugsfähig! 450K*

Kunststopferei Leyser, Große Frankfurterstraße 67. 2393K*

Wäsche wird schonendst gewaschen, Freien getrocknet, Leibwäsche, vier Handtücher, Laken 0,10. Kein Vertauschen. Abholung Donnerstags. Frau Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 1888b

Handwäscherei! Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 18. 1889b

Großwäscherei Breschke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche. 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag.

Teilzahlung. Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Dragonerstraße 27. 231/7

Musikverein gesucht, der am zweiten Weihnachtsfeiertag in Theatergesellschaft musikalische Unterhaltung übernehmen will. Offerten J. 3 Hauptexpedition des „Vorwärts“. 1886b

Zeugen gesucht, die am 1. August gesehen, wie eine Frau Niebuhr-Wilmersdorferstraßen Ecke geschlagen und beschimpft. Zu melden bei Plau, Charlottenburg, Spreestraße 44.

Vermietungen.

Wohnungen.

Ausschneiden. Nie wiederkehrende Gelegenheit! Sofort herrliches Zimmer, Küche, renoviert, nur 16,— monatlich, Rixdorf, Kopfstraße 15. Günstige Fahrgelegenheit. 1854b*

Bahnhof Schöneberg, große Stube, Küche sofort Siegfriedstraße 3.

Schöne Vorderwohnung, Stube und Küche, 24 Mark, wegen besonderer Umstände sofort oder 1. Januar zu vermieten Wildenowstraße 24. *

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Redegewandte Arbeiter können mit einem leicht verkäuflichen, gut eingeführten Artikel 10—12 Mark täglich verdienen. Altberg, Rixdorf, Bergstraße 140. 499K*

Zwei Korbmacher auf Rohr und Geschlagenes sofort gesucht. Paul Krause, Korbmachermeister, Paaren im Glien bei Nauen. 1896b

Schlosser auf Treppengeländer, selbständiger Arbeiter, verlangt Muskauerstraße 19. †140

Schürzen-Näherinnen, saubere, außerm Hause, verlangt Kirste, Thaerstraße 42. †34

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Pianofabrik **Bechstein,** Grünauer Str. u. Johannisstraße.
Drehrollenfabrik **Teschke,** Watzmannstr. 27.
Tischlerei **Hirsch,** Rixdorf, Thomasstr. 15.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Thomasiusstr. 18.
Schirmgeschäfte **E. Lichtenstein,** Neue Friedrichstr. 38/40, Leipziger Str. 78, Müllerstraße 3a, Rosenthalerstr. 10, Schönhauser Allee 101, Kottbuser Damm 3, Wilmersdorfer Straße 57, Berliner Straße 4 in Tegel. **Zaduch,** Dresdener Str. 39, **Stenger,** Oranienstraße. **Kohn,** Turmstraße 57.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes“.
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Buchhalter-Gesuch.

Für eine größere Parteidruckerei in Süddeutschland wird zum Antritt auf 1. April 1912 ein tüchtiger, mit Zeitungs- und Druckereigeschäft völlig vertrauter Buchhalter gesucht. Anerbietungen mit Angabe der Gehaltansprüche unter „H 3“ an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 801/2*

Verantwortlicher Redakteur: Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.